

Proletarier aller Länder,
vereinigt euch!

Proletarier aller Länder
und unterdrückte Völker,
vereinigt euch!

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG Organisation für
den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 6
Juli 1998

Rot Front

Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen

- Zum Programm der KPD
Programm der Kommunistischen Partei
Deutschlands vom 31. Dezember 1918
- Den Kampf von Rosa Luxemburg und
Karl Liebknecht für die proletarische
Revolution und den Kommunismus
weiterführen
- Diskussionsbeitrag zu einigen Fragen
der Einschätzung von Rosa Luxemburg
und Karl Liebknecht

Direktvertrieb über

**Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main,
Telefax: 069/730920**

und

Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:

A.Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Vorbemerkung

Seit dem Zusammenbrechen der DDR als Staat, seit „Öffnung der Berliner Mauer“ schwappte und schwappt eine weitere Welle des Antikommunismus über. Der Kommunismus wird – wie schon so oft – für tot erklärt, diesmal aber, wie auch schon so oft, „endgültig“.

Sich dieser antikomunistischen Welle entgegenzustellen, gegen die Strömung anzukämpfen, erfordert zunächst einmal, klar zu sehen, daß nicht der Sozialismus und Kommunismus in der DDR „zusammengebrochen“ ist, sondern das revisionistische Konzept. Das, was die letzten mehr als 30 Jahre in der DDR sich als „Sozialismus“ vorstellte, war längst kein Sozialismus mehr, das war nur eine Variante, eine Form des Kapitalismus.

Aber es war eine Form des Kapitalismus, die sich mit Phrasen über Sozialismus, über Marx, über Rosa Luxemburg, über Kommunismus usw. verschleiert hatte. Die Verwirrung ist dadurch, daß diese Form des Kapitalismus mit sozialistischem Mäntelchen zusammengebrochen ist, nicht gerade kleiner geworden. Im Gegenteil!

Jede kommunistische Kraft heute muß dies genau wissen und berücksichtigen. Den Kampf für den Kommunismus, für den Aufbau einer Kommunistischen Partei heute führen – das heißt, bewußt an kommunistischer Tradition anknüpfen. Das heißt, an der kommunistischen Theorie anknüpfen. Das heißt auch, an der revolutionären Tradition der Kommunistischen Partei im eigenen Land anknüpfen. Das heißt für uns, bewußt am Kampf, an der Tradition der Kommunistischen Partei Deutschlands anzuknüpfen.

Das ist nicht einfach. Was war richtig, was war falsch? Es wurde viel, sehr viel über die KPD geschrieben: Von offenen Antikommunisten, von den heuchlerischen Revisionisten der SED, die behaupteten, sie hätten mit der KPD Ernst Thälmanns, Rosa Luxemburgs

und Karl Liebknechts mehr als den Namen gemein, sie wären angeblich „Fortsetzer“ der von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründeten KPD.

Die Finger wund geschrieben haben sich auch eine andere Sorte von Heuchlern, die ihre „Sympathie“ vor allem für Rosa Luxemburg ständig behaupteten, jedoch ihr Werk, ihr Leben, ihren ganzen Kampf mit heuchlerischem Lob entstellen, ja ins Gegenteil verkehren, so als wäre sie im Grunde so eine Art „linke Sozialdemokratin“ gewesen, eine Anhängerin des bürgerlichen Parlamentarismus oder gar Verfechterin der „Toleranz gegenüber Nazis“.

Es gibt schon ein Mittel, dieses ganze bürgerliche Geschreibsel wie einen Gordischen Knoten zu durchschlagen: Es genügt, die Tatsache der Gründung der KPD durch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ins Gedächtnis zu rufen und „zurück zur Quelle“ zu gehen: Zum von Rosa Luxemburg entworfenen Programm der KPD.

Mit einem großen Schlag wird damit der Konterrevolution, dem Imperialismus und all seinen Anhängern der Krieg erklärt.

Die heuchlerische Berufung der Revisionisten auf Rosa Luxemburg, das faule Lob einerseits, die verqueren, angeblich „vernichtenden Kritiken“ an Rosa anderseits – alles klärt sich, wenn das Programm der KPD gründlich studiert wird.

Unsere Herangehensweise an dieses Programm, an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, an die gesamte revolutionäre KPD läßt sich in zwei Sätzen zusammenfassen:

- Wir verteidigen sie, wir sind solidarisch, wir bekennen uns klar zu ihrem revolutionären Werk und kämpfen für die Fortsetzung dieses Werkes, das die Revisionisten so schmähschlich verraten haben. Das ist die Hauptsache.
- Auf dieser Grundlage werten wir das gesamte positive und negative Erbe der KPD aus und kritisieren solidarisch das, was uns falsch erscheint. Jedes andere Herangehen, jede Verwischung dieses grundsätzlichen Standpunkts führt in den Sumpf des Opportunismus,

in den Sumpf der Anpassung an all die obergelehrten „Vernichter“ und „Kritikaster“ der KPD Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts.

Sich mit dem kommunistischen Werk Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs auseinanderzusetzen, das ist für uns keine Stubengelehrtheit, sondern die Verpflichtung, den von ihnen gewiesenen Weg des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus

- ★ für den revolutionären Bürgerkrieg zum Sturz der deutschen Bourgeoisie,

- ★ für die revolutionäre Diktatur des Proletariats und den Sozialismus,

- ★ für die wahrhaft revolutionäre Kommunistische Partei des Proletariats,

- ★ für einen unversöhnlichen Kampf gegen Opportunismus und Reformismus,

- ★ für den proletarischen Internationalismus und den Kampf gegen den verfluchten deutschen Chauvinismus


unter den heutigen Bedingungen des Kampfes fortzuführen.

Redaktion „Rot Front“

Hervorhebungen in Zitaten, soweit nicht anders gekennzeichnet, wie im Original.



Zum Programm der KPD

- **Auf dem Weg zur Gründung der KPD –
Der Kampf von 1914 bis 1918**
 - **Die grundlegenden marxistischen
Programmpunkte im Programm der KPD**
 - **Dokument: Das Programm der KPD**
 - **Kritiken und Diskussionspunkte
zum Programm der KPD**
- 

Nach dem Tod von Karl Marx und Friedrich Engels waren es Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die in Deutschland nach der völligen Verbürgerlichung der Sozialdemokratie als erste durch die **Gründung der KPD** einen ideologischen, politischen und organisatorischen **Neubeginn der kommunistischen Arbeiterbewegung** geschaffen haben. Damit hatten sich unter der Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die besten Kräfte von der vom Revisionismus und Opportunismus zerfressenen Sozialdemokratie getrennt.

Diese Leistung ist um so beeindruckender, wenn wir uns verdeutlichen, wie tief über Jahrzehnte hin die Bindung an die deutsche Sozialdemokratie gewesen war, wie schwer der (zu späte) Bruch mit dieser Partei gefallen war, um an der Seite Lenins und der Bolschewiki, an der Seite der Oktoberrevolution und der sich formierenden **Kommunistischen Internationale** für die Diktatur des Proletariats, für den Sozialismus und Kommunismus zu kämpfen.

Die **Gründung der KPD** war der Höhepunkt des Prozesses der **Loslösung** der Linken um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von der Sozialdemokratie, des Prozesses der selbstkritischen Überprüfung ihrer eigenen Positionen.

Das **Programm der KPD** war sichtbares, dokumentiertes Zeichen dieser Lostrennung. Diese war zugleich der **Beginn** des Aufbaus einer wirklichen **Kommunistischen Partei**, der **vollständigen Loslösung** vom Opportunismus, eines Kampfes, der mit der Gründung der KPD **nicht** abgeschlossen war, sondern seinen organisierten Anfang nahm. Rosa Luxemburg forderte auf dem Gründungsparteitag in ihrer Rede zum Programm die Kommunistinnen und Kommunisten auf, den Kampf gegen den opportunistischen Sumpf der Sozialdemokratie auf der Basis der revolutionären Lehre von Marx und Engels, der marxistischen Prinzipien des **Kommunistischen Manifests** zu führen, die die Sozialdemokratie so schändlich verraten hatte. Das auf dem Gründungsparteitag der KPD Ende 1918 beschlossene Programm, dessen Entwurf von Rosa Luxemburg im November 1918 verfaßt wurde, gehört zu den revolutionären Programmen der deutschen Arbeiterbewegung und legte **einen der Grundsteine für die Schaffung einer wirklich marxistisch-leninistischen Partei in Deutschland**.

Das revolutionäre Bekenntnis zur gewaltsamen proletarischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats im Programm zeigt, wie scharf die Trennungslinie gegenüber der sozialchauvinistischen, verfaulten SPD und auch gegenüber dem von der Kautskyschen USPD propagierten „friedlichen und parlamentarischen Weg der Revolution“ gezogen wurde.

Das Programm der KPD blieb im Gegensatz zu der Tradition der Opportunisten in der deutschen Vorkriegssozialdemokratie nicht nur ein schönes Stück Papier, sondern war in der revolutionären Erhebung der Jahre 1918/19 und in den folgenden Jahren eine großartige „Anleitung zum Handeln“, ein wirkliches Kampfprogramm, eine Kriegserklärung an den „eigenen“, den deutschen Imperialismus. Und das ist der Grund, warum dieses Programm so „stiefmütterlich“ behandelt wird, kaum bekannt ist und im Rahmen pseudowissenschaftlicher Abhandlungen bewußt nur am Rande erwähnt wird.

Umgekehrt ist das der Grund, warum wir es heute erneut herausgeben, propagieren und zum Studium, zum Kampf gegen den Antikommunismus aller Schattierungen benutzen werden.

Dabei ist es auch wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß die Gründung der KPD 1918 und die Schaffung ihres Programms das Ergebnis eines sehr harten Kampfes gegen Opportunismus und Sozialchauvinismus war.

Auf dem Weg zur Gründung der KPD – Der Kampf von 1914 bis 1918

Bis die Linken in der deutschen Sozialdemokratie um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 30. Dezember 1918 auf dem Höhepunkt der Revolution in Deutschland die KPD gründeten, hatten sie einen langen und für sie nicht immer geradlinigen Weg der Loslösung vom Opportunismus hinter sich.

Vom Tage der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten und damit ihres endgültigen Übergangs auf die Seite der Konterrevolution bis zur Gründung der KPD sollte es noch über vier Jahre dauern. Dies waren Jahre eines beeindruckenden Kampfes gegen den kriegführenden deutschen Imperialismus, aber auch eines zähen Ringens in den eigenen Reihen.

Die Herausbildung der „Gruppe Internationale“ im Kampf gegen die Sozialchauvinisten

★ Schon am 4. August 1914, dem Tag des Verrats der SPD-Führung, versammelte Rosa Luxemburg in ihrer Wohnung namhafte Vertreter der Linken, um ein gemeinsames Vorgehen gegen die Sozialchauvinisten zu beraten.

★ Am 2. Dezember 1914 gab Karl Liebknecht mit seinem „Nein!“ zu den Kriegskrediten als einziger Abgeordneter im Reichstag das erste öffentliche, unübersehbare und auch international beachtete Zeichen des Protestes und der Kritik an der sozialchauvinistischen Politik der „Vaterlandsverteidigung“ der SPD-Führung.

★ Die Ausschaltung der innerparteilichen Demokratie in der SPD, die Knebelung der revolutionären marxistischen Opposition durch die bürokratische Disziplin der Opportunisten machte die Notwendigkeit des Aufbaus einer eigenständigen Organisation der revolutionären marxistischen Kräfte deutlich.

★ Die Herausbildung einer solchen eigenständigen marxistischen Organisation war Gegenstand der illegalen Besprechung der Linken am 5. März 1915 in Berlin.

Die versammelten Vertreter der Linken beschlossen, zukünftig als verantwortliche Vertrauensleute für ein bestimmtes Gebiet in Deutschland tätig zu werden: Sie stellten sich als Aufgabe, die Opposition auf eigener organisatorischer Basis zusammenzufassen und als Verbindungsleute revolutionäre Materialien und Flugblätter zu verbreiten.

Auf Beschluß der Konferenz erschien im April 1915 die erste Nummer der marxistischen Zeitschrift „Die Internationale“. Die von Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin verfaßten Artikel rechneten nicht nur mit den offenen Sozialchauvinisten ab, sondern auch mit den versöhnlerischen Opportunisten, den Kautskyanern (den späteren USPDlern). „Die Internationale“ war ein wichtiger Schritt der ideologischen Sammlung der Linken und bewirkte deren engeren organisatorischen Zusammenschluß. Es bildete sich die illegal arbeitende „Gruppe Internationale“, die spätere „Spartakusgruppe“ heraus.

Aufgrund der Militärzensur konnte jedoch nur eine Nummer der Zeitschrift erscheinen, und von dieser wurden lediglich einige tausend Exemplare vertrieben. Allerdings konnte sie später in der Schweiz nachgedruckt, illegal nach Deutschland transportiert und dort verbreitet werden.

Die Entfaltung eigenständiger revolutionärer Massenagitation und Aktionen

● Die „Gruppe Internationale“ stellte sich gleich zu Beginn ihrer Entstehung nicht nur die Aufgabe, lediglich innerhalb der SPD zu wirken, um die revolutionären Mitglieder zu gewinnen, sondern sie verstand sich als Keim einer zu schaffenden revolutionären marxistischen Führung der zukünftigen proletarischen Klassenkämpfe gegen den kriegführenden deutschen Imperialismus.

● Die ersten von der „Gruppe Internationale“ initiierten Massenaaktionen waren Kundgebungen von Arbeiterinnen gegen die Teuerung und gegen den Krieg. Hunderte von Frauen durchbrachen im März und Mai 1915 den Burgfrieden und den Belagerungszustand und protestierten vor dem Reichstag gegen die Regierung.

● Eines der wichtigsten Flugblätter der „Gruppe Internationale“ war der von Karl Liebknecht verfaßte Aufruf „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“, der seit Mai 1915 massenhaft in ganz Deutschland verbreitet wurde. Das war die Kriegserklärung der „Gruppe Internationale“ an den deutschen Imperialismus.

● Auf Initiative Lenins und der Bolschewiki wurde im September 1915 in Zimmerwald in der Schweiz eine internationale sozialistische Konferenz durchgeführt. Die Vertreter der „Gruppe Internationale“ konnten sich auf der Konferenz nicht zum organisatorischen Bruch mit den Opportunisten entschließen und blieben auch hinter der Forderung Karl Liebknechts „Burgkrieg statt Burgfrieden!“ zurück, die er in seinem Begrüßungsschreiben an die Konferenz aufstellte.

● Am 1. Januar 1916 versammelten sich die Linken zu einer illegalen Reichskonferenz. Die Genossinnen und Genossen nahmen die von Rosa Luxemburg verfaßten „Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“ als Plattform an. Die „Leitsätze“

beinhalteten auch die Aufgabe, eine neue Internationale der Arbeiterklasse aller Länder zu schaffen.

Die Konferenz beschloß auch die Herausgabe von „Politischen Briefen“, die mit „Spartakus“ unterzeichnet waren und die in ganz Deutschland illegal verbreitet wurden. Diese „Politischen Briefe“ dienten zur Information und zur Selbstverständigung. Aus dem Namen „Spartakus“ entstand mit der Zeit die Bezeichnung „Spartakusgruppe“.

- Auf der illegalen Reichskonferenz der Spartakusgruppe vom 19. März 1916 wurden die Vorbereitungen getroffen, um in die großen revolutionären Massenaktionen gegen den Krieg eingreifen zu können. In den nächsten Monaten und Jahren entwickelte sich die Spartakusgruppe durch Aufrufe und die Unterstützung von Demonstrationen, Protestkundgebungen und Streiks zum Motor der revolutionären Massenbewegung gegen den Krieg und für den Sturz der Regierung.

- Am 1. Mai 1916 schleuderte die Spartakusgruppe an der Spitze einer mehrere tausend Teilnehmer zählenden Anti-Kriegs-Kundgebung in Berlin dem deutschen Imperialismus die unversöhnliche Kampfansage entgegen: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ Karl Liebknecht, der diese Parolen der vielköpfigen Menge der Demonstranten zurief, konnte von dem riesigen Polizeiaufgebot gefaßt und verhaftet werden.

- Karl Liebknecht gestaltete den Prozeß gegen ihn um zu einer Anklage gegen den deutschen Imperialismus. Seine Verteidigungsreden wurden illegal verbreitet. Der Prozeß war von Solidaritätskundgebungen begleitet. Als das Urteil, vier Jahre Zuchthaus, ausgesprochen wurde, kam es zu den ersten politischen Massenstreiks während des Krieges in Deutschland. Tausende wurden aufgrund ihrer Beteiligung an den Solidaritätsstreiks und Protestkundgebungen ins Gefängnis geworfen oder zum Militärdienst einberufen.

- Die Spartakusgruppe war jedoch die ganze Zeit ein Bestandteil der deutschen Sozialdemokratie. Sie kämpfte auf eigener Plattform und mit eigener Organisation und zog einen klaren Trennungsstrich zu den sozialchauvinistischen und opportunistischen Führern, doch sie war der Meinung, daß der Kampf für die

„Liquidierung des ‚Haufens organisierter Verwesung‘, der sich heute deutsche Sozialdemokratie nennt, ... sich als unvermeidlicher Nachtrag dem Weltkriege anschließen (wird) und ... als große öffentliche Machtfrage unter Aufbietung aller Kräfte ausgefochten werden (muß)“.

(Rosa Luxemburg, „Offene Briefe an Gesinnungsfreunde“, 6. Januar 1917, Gesammelte Werke, Band 4, S. 236)

- Im April 1917 gründeten die opportunistischen Versöhnler um Kautsky die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“, die USPD.

Die Spartakusgruppe beteiligte sich nach kontroverser Diskussion in ihren eigenen Reihen an der Gründung dieser Partei (eine Minderheit der Genossinnen und Genossen wollte zur Gründung einer eigenständigen kommunistischen Arbeiterpartei schreiten, anstatt der USPD beizutreten). In einer Stellungnahme zur Gründungskonferenz der USPD begründete Rosa Luxemburg diese Haltung der Spartakusgruppe:

„Die Richtung ‚Internationale‘ bleibt, was sie war. Nicht aus Opportunitätsrücksichten irgendwelcher Art ist sie der neuen Partei beigetreten und nicht zu einer rührenden Aussöhnungsverbrüderung mit der Arbeitsgemeinschaft im unterschiedslosen Brei einer rückgratlosen ‚Opposition‘. Sie ist der neuen Partei beigetreten, um – im Vertrauen auf zunehmende Verschärfung der allgemeinen sozialen Lage und im bewußten Hinarbeiten auf sie – die neue Partei vorwärtszudrängen, ihr mahnendes Gewissen zu sein und als Ausdruck der weitgehendsten Bedürfnisse der Arbeiterbewegung im ganzen bei Zuspitzung und Aufeinanderplatzen der sozialen Gegensätze die wirkliche Führerschaft in der Partei zu übernehmen.“

(Rosa Luxemburg, „Rückblick auf die Gothaer Konferenz“, 25. Mai 1917, Gesammelte Werke, Band 4, S. 273)

Die Spartakusgruppe blieb trotz Beitritt ihrer Mitglieder in die USPD weiterhin eine organisatorisch selbständige Gruppe mit eigener ideologischer und politischer Plattform und selbständiger Agitation und Arbeit unter den Massen.

Die weitere Entwicklung zeigte, daß diese Haltung, die viel zu späte Gründung der KPD, doch ein fauler Kompromiß gewesen war.

Der Bruch mit dem Opportunismus und die Gründung der KPD

● Für die weitere Entwicklung der Spartakusgruppe waren die Erfolge der Revolution in Rußland und die Erfahrungen der Bolschewiki entscheidend.

Die Februarrevolution, die den Zarismus hinwegfegte, und die sozialistische Oktoberrevolution, die die Macht der imperialistischen Bourgeoisie Rußlands zerschlug und die Diktatur des Proletariats errichtete, wies den Weg heraus aus dem imperialistischen Krieg.

Die Arbeiter- und Soldatenmassen folgten dem Beispiel in Rußland und erhoben sich zum Kampf. Hunderttausende streikten im April 1917 gegen den Krieg und den Hunger. Im August 1917 meuterten die Matrosen der Hochseeflotte. Und im Januar 1918 streikten Hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter vor allem der Rüstungsbetriebe und der Schwerindustrie gegen die Fortsetzung des Krieges.

Mit Aufrufen, Flugblättern und durch die Beteiligung der Genosseninnen und Genossen stand die Spartakusgruppe an der Spitze der Massenbewegung. Sie trug in die Kämpfe das Bewußtsein von der Notwendigkeit des Sturzes der Macht der deutschen Imperialisten durch die proletarische Revolution und der Errichtung der Republik der Arbeiter- und Soldatenräte nach dem Vorbild der russischen Revolution.

● Das Beispiel des siegreichen Kampfes der russischen Bolschewiki in der sozialistischen Oktoberrevolution blieb nicht ohne Wirkung auf die Linken in der deutschen Sozialdemokratie. Es ließ keinen Zweifel daran, daß an eine Erkämpfung der Diktatur des Proletariats ohne Kampf gegen jeglichen Opportunismus nicht zu denken ist.

Die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Deutschland lehrte ebenso, daß nicht nur der Bruch mit der sozialchauvinistischen SPD, sondern auch mit der opportunistischen, versöhnlerischen USPD unvermeidlich geworden war, da diese Partei sich dem gewaltsamen Bürgerkrieg für die Eroberung der politischen Macht

durch das Proletariat entgegengestellte und statt dessen eine „friedliche“ und „demokratische“ Entwicklung zum Sozialismus propagierte.

Die Genossinnen und Genossen der Spartakusgruppe erkannten jetzt, daß ihre Zugehörigkeit zur USPD ein Fehler gewesen war. Franz Mehring, ein Kampfgenosse von Karl Marx und Friedrich Engels und ein führendes Mitglied der Spartakusgruppe, schrieb im Juni 1918 in dem „Offenen Brief an die Bolschewiki“:

„Nur in einem haben wir uns getäuscht: nämlich als wir uns nach der Gründung der Unabhängigen – selbstverständlich unter Wahrung unseres selbständigen Standpunktes – ihr organisatorisch anschlossen, in der Hoffnung, sie vorwärtstreiben zu können. Diese Hoffnung haben wir aufgeben müssen; alle Anläufe dieser Art scheiterten daran, daß unsere besten und erprobtesten Leute von Führern der Unabhängigen als Lockspitzel verdächtigt wurden, was auch ein liebes Erbteil der ‚alten bewährten Taktik‘ ist.

Darüber könnte man schließlich die Achseln zucken, aber was unseren Leuten den Geduldfaden gerissen hat, das ist der sinnlose Kampf, den Kautsky und Kompanie gegen die Bolschewiki führen.“

(Franz Mehring, „Offenes Schreiben Franz Mehrings an die Bolschewiki, 3. Juni 1918, Gesammelte Schriften, Band 15, S. 776)

- Auf der am 7. Oktober 1918 stattfindenden Reichskonferenz rief die Spartakusgruppe die Arbeiterklasse Deutschlands zum Sturz der imperialistischen Regierung und zur Revolution auf.

Die Konferenz verkündete ihre Solidarität mit der russischen Revolution und der Partei der Bolschewiki:

„In der Diskussion über die internationale Lage wurde der Tatsache Ausdruck gegeben, daß die Bewegung in Deutschland eine wesentliche moralische Unterstützung durch die russische Revolution gefunden hat. Es wurde beschlossen, den Genossen in Rußland den Ausdruck des Dankes, der Solidarität und brüderlichen Sympathie zu übermitteln mit dem Versprechen, diese Solidarität nicht nur durch Worte, sondern durch Aktionen, entsprechend dem russischen Vorbild, zu betätigen.“

(„Spartakus“, Nr. 12 vom Oktober 1918, in: „Spartakusbriefe“, Berlin 1958, S. 470/ 471)

- Der Matrosenaufstand in Kiel Anfang November 1918 war das Signal: Binnen weniger Tage bildeten sich überall in Deutschland Arbeiter- und Soldatenräte. Die Woge der Revolution erreichte am 9. November Berlin. Mehrere hunderttausend Menschen gingen auf die Straße, bewaffneten sich, besetzten fast alle Regierungsgebäude, befreiten die Gefangenen und stürzten die Monarchie.

Am 8. November öffneten sich auch für Rosa Luxemburg unter dem Druck der Massen die Gefängnistore, nachdem schon vorher Karl Liebknecht amnestiert worden war. Beide warfen sich, ohne eine Sekunde zu verschenken, in die Kämpfe und sahen auch gleich die Notwendigkeit, diesen spontanen Erhebungen bewußten Charakter zu verleihen. Clara Zetkin schilderte diese Phase des Kampfes folgendermaßen:

„Die Revolution bedurfte einer Stimme, die die Massen weckte, ihnen die Richtung und das Ziel ihres Kampfes zeigte und das gefährliche Treiben der Gegenrevolution unter sozialistischer Flagge enthüllte; sie bedurfte einer Stimme, die sie vor Halbheit und Flauheit warnte und lehrte, kämpfend auf die eigene Kraft zu bauen. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg riefen zusammen die ‚Rote Fahne‘ ins Leben.

(Clara Zetkin, „Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht“, Februar 1919, Ausgewählte Reden und Schriften, Band II, S. 84)

- Am 9. November 1918, dem Tag des Sturzes der Monarchie, erschien erstmals „Die Rote Fahne“ als Zeitung der Spartakusgruppe in Berlin. Sie wurde in einer besetzten Druckerei und einem besetzten bürgerlichen Zeitungsverlag herausgegeben.

- Am 11. November 1918 wurde auf einer Besprechung führender Mitglieder der Spartakusgruppe in Berlin der Spartakusbund zur Leitung der revolutionären Massenbewegung gegründet. Eine Zentrale des Bundes wurde gebildet, in der u. a. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Mitglied waren.

- In Berlin drängten die revolutionären Arbeiter und Soldaten zu immer entschiedeneren Schritten gegen die Konterrevolution. Der Einfluß des Spartakusbundes auf die revolutionären Massen und ihre Aktionen nahm zu. So rief „Spartakus“ am 7. Dezember nach einem mißlungenen Putsch der Konterrevolution die Arbeiter und Soldaten zu einer bewaffneten Demonstration auf, der 30 000 folgten. Auch nach einem mißlungenen Angriff der Reaktion auf die revolutionären

Matrosen folgten Tausende von Arbeitern und Soldaten dem Aufruf von „Spartakus“ zur Demonstration, in deren Verlauf Druckerei und Redaktion des „Vorwärts“, des Zentralorgans der SPD, besetzt wurden. In diesen Kämpfen wurde der „Rote Soldatenbund“ unter der Führung von „Spartakus“ gebildet.

Die Zentrale des Spartakusbundes rief für den 29. Dezember 1918 eine Reichskonferenz des Spartakusbundes ein. Die wichtigsten Beschlüsse dieser Konferenz waren die Gründung der KPD und die Diskussion und Verabschiedung des Parteiprogramms.

Gegen die sozialdemokratische Tradition, die Partei als „Wahlverein“ anzusehen, haben Rosa und Karl mit der Gründung der KPD 1918 ganz bewußt gebrochen. Sie haben sich als Ziel gesetzt, die gerade gegründete Kommunistische Partei als eine *revolutionäre Kampforganisation* aufzubauen, die in der Lage ist, die proletarischen Massen und ihre Verbündeten im Bürgerkrieg gegen den deutschen Imperialismus zum Sieg zu führen.

Im Januar 1919 schrieb Rosa Luxemburg, daß der erste Parteitag der KPD hoffen läßt,

„daß die Kommunistische Partei Deutschlands als Stoßtrupp der proletarischen Revolution zum Totengräber der bürgerlichen Gesellschaft wird.

Jetzt gilt es mit aller Kraft ans Werk zu gehen ...

Das deutsche Proletariat zu dem gewaltigen Hammer zu schmieden, der die Klassenherrschaft zerschmettern wird, das ist die geschichtliche Mission der Kommunistischen Partei Deutschlands.“

(Rosa Luxemburg, „Der erste Parteitag“, 1919, Gesammelte Werke, Band 4, S. 514/515)

● Die Gründung der KPD erfolgte jedoch zu spät. Die Massen hatten sich bereits zur Revolution erhoben. Die junge Partei konnte unmöglich in wenigen Wochen das leisten, wozu Jahre nötig sind: das Vertrauen der Massen in den Kämpfen gewinnen und den Einfluß jeglicher Opportunisten in der Arbeiterbewegung systematisch untergraben und vernichten. Das Verbleiben der Linken in der SPD und später in der USPD bis zum Ausbruch der Revolution in Deutschland hatte es den konterrevolutionären Führern der Sozialdemokratie erleichtert, die Arbeiterklasse über ihre verräterische Politik zu täu-

schen und sie gegen die revolutionäre Politik aufzuhetzen. So folgte in den Tagen der Entscheidung die Mehrheit der Arbeiterklasse nicht den Kommunisten. Den opportunistischen Führern, die an der Spitze der imperialistischen Konterrevolution standen, gelang es, die zusammen mit der marxistischen Avantgarde kämpfenden Massen gewaltsam niederzuschlagen.

In den Januarkämpfen 1919 in Berlin ermordeten die unter dem Oberbefehl Noskes (SPD) stehenden konterrevolutionären Truppen der SPD-Regierung Hunderte von revolutionären Arbeitern und Soldaten, zum Teil nachdem sie sich bereits ergeben hatten. Am 15. Januar 1919 wurden von dieser von der SPD befehligten Soldateska auch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verhaftet und brutal ermordet.

● Diese Tragödie hat Ernst Thälmann 10 Jahre später der deutschen Arbeiterbewegung als negative Lehre aufgezeigt:

„Die Tragödie der deutschen Revolution im Jahre 1918, in den Januarkämpfen 1919, in den Kämpfen nach dem Kapp-Putsch 1920, den Märzkämpfen 1921, bis zur letzten Welle der akuten revolutionären Situation, dieser ersten Periode, im Oktober 1923 – sie bestand in dem Zwiespalt zwischen den objektiven ausgereiften revolutionären Verhältnissen einerseits und der subjektiven Schwäche des deutschen Proletariats, hervorgerufen durch das Fehlen einer zielklaren bolschewistischen Partei andererseits.

An der Jahreswende 1918/1919 waren die Massen bereit zum Kampf, aber es fehlte die zielklare Führerin, die diesen Kampf hätte organisieren, den Bluthund Noske und seine Komplizen Ebert und Scheidemann samt ihren Generalen und weißen Gardes durch die planvolle Organisation und Durchführung des bewaffneten Aufstandes zerschmettern und ausrotten können. (...)

Karl und Rosa wurden gerade deshalb zu Opfern der barbarischen sozialdemokratischen Konterrevolution, zu Opfern der Noske, Ebert und Scheidemann und ihrer gekauften Meuchelmörder, weil sie noch nicht dem deutschen Proletariat die Waffe hatten schmieden können, die das russische Proletariat zum Siege befähigte: die bolschewistische Partei!“

(Ernst Thälmann, „9. November 1918 – die Geburtsstunde der deutschen Revolution“, 1928, „Reden und Aufsätze“, Band II, Frankfurt 1972, S. 13)

Nichts konnte das Fehlen einer kampferprobten revolutionären Partei, das von ihr geschaffene sozialistische Bewußtsein und die Organisiertheit der Mehrheit der Arbeiterklasse ersetzen.

Die Gründung der KPD und die revolutionäre Schaffung einer programmatischen Grundlage in Form des Programms der KPD war nichtsdestotrotz ein herausragender Markstein auf dem weiteren Weg zur proletarischen Revolution, für die Schaffung einer starken Kommunistischen Partei.

**Telegramm des Gründungsparteitags der KPD an die
russische Sowjetregierung:**

Einstimmig wurde beschlossen, der russischen Sowjetregierung ein Begrüßungstelegramm zu senden.

An die russische sozialistische Sowjetrepublik!

Die Reichskonferenz des Spartakusbundes, die heute die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet hat, sendet die aufrichtigsten Grüße der russischen Räterepublik, den russischen Mitkämpfern gegen den gemeinsamen Feind der Unterdrückten aller Länder. Das Bewußtsein, daß bei Euch alle Herzen für uns schlagen, gibt uns in unserem Kampfe Kraft und Stärke.

Es lebe der Sozialismus! Es lebe die Weltrevolution!

Die grundlegenden marxistischen Programmpunkte im Programm der KPD

Mit deutlichen und zugleich mitreißenden Worten erklärt das Programm der bürgerlichen Klassenherrschaft in Deutschland den Krieg.

Legalistischer Tradition und diplomatischer Rücksichtnahme, wie sie in der alten, vom Opportunismus zerfressenen Sozialdemokratie vor dem Krieg bereits üblich geworden waren, werden in dem Programm der Krieg erklärt. Die marxistischen Ansichten und Prinzipien stehen im Programm im direkten Gegensatz zu den reformistischen und opportunistischen Positionen, die in der SPD seit der Jahrhundertwende immer mehr die offizielle Politik bestimmten und schließlich zum Verrat der SPD-Führung am revolutionären internationalistischen Kampf des Proletariats bei Kriegsausbruch geführt hatten.

Das Programm ist auch deshalb von großer Bedeutung, weil es ein *Beispiel ist für die Korrektur von Fehlern der besten Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung.*

Mit entscheidend für diese Korrektur war auch das Lernen aus den Erfahrungen der russischen Oktoberrevolution und der Politik der Bolschewistischen Partei. Dies hob Rosa Luxemburg in ihrer Rede zum Programm auf dem Gründungsparteitag der KPD mit den Worten hervor:

„...wir sollen es nie vergessen, wenn man uns mit Verleumdungen gegen die russischen Bolschewisten kommt, darauf zu antworten: wo habt ihr das ABC eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt ihr's geholt: die Arbeiter- und Soldatenräte;

...die russische Revolution war es, die die ersten Losungen für die Weltrevolution ausgegeben hat.“

(„Bericht über den Gründungsparteitag der KPD“, 1918/1919, herausgegeben von der KPD (Spartakusbund), S. 28)

Entweder Fortdauer des Kapitalismus, neue Völkermorde oder Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung

Im Abschnitt I des Programms wird entgegen der heuchlerischen Lüge der offenen Sozialchauvinisten und der Kautskyschen Versöhner („Zentristen“), daß der Krieg angeblich ein „Verteidigungskrieg Deutschlands“ sei und die Arbeiterklasse deshalb den Klassenkampf einstellen und gemeinsam mit der Bourgeoisie das „Vaterland“ verteidigen müsse, der wahre Charakter des Krieges enthüllt:

Der erste Weltkrieg war ein imperialistischer Raubkrieg, in dem die deutschen Imperialisten den **„blutigen Wahn von der Weltherrschaft des preußischen Säbels“** verwirklichen wollten.

Angesichts des millionenfachen Tods und Elends, den dieser imperialistische Raubkrieg den Völkern gebracht hatte, zeigt das Programm auf, worin die gesellschaftlichen und klassenmäßigen Wurzeln der imperialistischen Kriege bestehen:

„Die bürgerliche Klassenherrschaft – das ist der wahre Schuldige des Weltkrieges in Deutschland wie in Frankreich, in Rußland wie in England, in Europa wie in Amerika. Die Kapitalisten aller Länder – das sind die wahren Anstifter zum Völkermord. Das internationale Kapital – das ist der unersättliche Baal, dem Millionen auf Millionen dampfender Menschenopfer in den blutigen Rachen geworfen werden.“

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 36)

Um des Profits und des imperialistischen Raubes willen hetzte die Bourgeoisie aller Länder die Werktätigen im Kriege aufeinander.

In der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiterklasse, dem Kapitalismus, der sich zum Imperialismus entwickelt hat, wurzeln die imperialistischen Kriege, wurzelt der Kampf der imperialistischen Mächte um Vorherrschaft oder gar um Weltherrschaft zum Zwecke des maximalen Profits.

Gegen den Kapitalismus und Imperialismus erhebt sich die „**Weltrevolution des Proletariats**“. Die proletarische Weltrevolution stellt sich die Vernichtung der kapitalistischen Ausbeuterordnung zur Aufgabe:

- ★ „Nieder mit dem Lohnsystem!“
- ★ „Keine Ausbeuter und Ausgebeutete mehr!“

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein

Im Abschnitt II des Programms wird aufgezeigt, daß der Sozialismus kein Traum, keine Illusion von einer Gesellschaft ohne Ausbeutung ist, sondern es wird die Befreiung der Arbeiterklasse als das Werk der Arbeiterklasse selbst behandelt. Das Programm betont in diesem Abschnitt die Aktivität und die Bewußtheit des Proletariats in der sozialistischen Revolution und beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Dieser Abschnitt des Programms steht im direkten Gegensatz zu den Auffassungen der opportunistischen „Führer“ in der deutschen Vorkriegssozialdemokratie. Sie wollten die Arbeiterklasse zu blinden Befehlsempfängern ihrer Entscheidungen degradieren und wandten sich gegen den spontanen Kampf der Massen, weil dieser angeblich der „Führung durch die Partei“, sprich: ihrer opportunistischen, abwieglerischen Kontrolle, widerspreche. Noch verhaßter als die spontanen revolutionären Aktionen der Massen, denen sie noch dazu das Zwangskorsett der bürgerlichen Gesetzlichkeit verpassen wollten, ist den Opportunisten eine sich ihren Aufgaben und Zielen bewußt werdende und revolutionär kämpfende Arbeiterklasse, da diese einer

opportunistischen Führung den „Gehorsam“ aufkündigen und sich den wirklich revolutionären marxistischen Führern zuwenden würde.

Die opportunistische Verfälschung der „führenden Rolle der Partei“ bestand daher darin, die Masse der Arbeiterklasse, ja selbst die Masse der Parteimitglieder, möglichst uninformiert zu halten, sie von der Erörterung und Entscheidung der Parteifragen so weit wie möglich auszuschließen und ihnen lediglich fertige Beschlüsse der Parteiführung vorzulegen, die sie dann nur noch auszuführen hätten.

Eine wirklich revolutionäre marxistische Führung der Arbeiterklasse, eine wirklich kommunistische Partei muß sozialistisches Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineintragen, denn nur die sich der Aufgaben und Ziele der proletarischen Revolution bewußten Arbeitermassen können die politische Herrschaft der Bourgeoisie stürzen, die Produktionsmittel enteignen und die bürgerlichen Ideen bekämpfen.

Gegen die zutiefst bürokratisch und opportunistisch verfälschten Auffassungen von der „Führung der Partei“, die den Pseudo-Sozialisten als Schutzschild für ihre opportunistische und später dann – seit Beginn des ersten Weltkriegs 1914 und in der Revolution 1918/1919 – für ihre offen verräterische Politik dienten, stellt das Programm in diesem Abschnitt heraus:

„Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 40)

Die sozialistische Revolution löst nicht eine alte, überlebte Ausbeuterordnung durch eine neue Ausbeuterordnung ab, wie es die in der Weltgeschichte vorausgegangenen Revolutionen taten, sondern die Arbeiterklasse verwirklicht in der sozialistischen Revolution eine Gesellschaft, in der jegliche Ausbeutung abgeschafft ist. Daher heißt es im Programm:

„Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die gewaltigste Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution der Weltgeschichte zugefallen ist.“

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 38)

Weiter führt das Programm aus, daß in der sozialistischen Revolution nicht wie in der bürgerlichen Revolution die Massen nur Werkzeug einer Minderheit sind, sondern:

„Die sozialistische Revolution ist die erste, die im Interesse der großen Mehrheit und durch die große Mehrheit der Arbeitenden allein zum Siege gelangen kann.“

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 38)

Und zum programmatischen Ziel dieser proletarischen Revolution, das auf dem Weg über die Diktatur des Proletariats verwirklicht wird, heißt es:

„Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt.“

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 39)

Welches sind die grundlegenden Schritte, die die Arbeiterklasse in der proletarischen Revolution verwirklichen muß, um zum bewußten Gestalter ihres Lebens und zum Lenker der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung zu werden?

Dazu führt das Programm in diesem Abschnitt an:

Das Proletariat muß die *politische Macht erobern* und sich seinen eigenen proletarischen Klassenstaat schaffen:

„Von der obersten Spitze des Staates bis zur kleinsten Gemeinde muß deshalb die proletarische Masse die überkommenen Organe der bürgerlichen Klassenherrschaft, die Bundesräte, Parlamente, Gemeinderäte, durch eigene Klassenorgane, die Arbeiter- und Soldatenräte, ersetzen...“

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 39)

Dieser proletarische Staat vollzieht „die wirtschaftliche Umwälzung“ in einem „von der proletarischen Massenaktion getragenen Prozeß“. Unter den „nächsten wirtschaftlichen Forderungen“ im Programm nehmen die *Forderungen zur Enteignung der Produktionsmittel der Bourgeoisie einen zentralen Platz ein*:

„4. Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik.

5. Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an...

6. Übernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens durch die Räterepublik.“

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 45)

Doch damit das Proletariat eine sozialistische Gesellschaft aufbaut, in der wirklich „die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein“, in der sie wirklich „das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt“, dazu bedarf es einer *umfassenden Kulturrevolution*:

„Die Proletariermassen müssen lernen, aus toten Maschinen, die der Kapitalist an den Produktionsprozeß stellt, zu denken, freien, selbsttätigen Lenkern dieses Prozesses zu werden. Sie müssen das Verantwortlichkeitsgefühl wirkender Glieder der Allgemeinheit erwerben, die Alleinbesitzerin alles gesellschaftlichen Reichtums ist. Sie müssen Fleiß ohne Unternehmerpeitsche, höchste Leistung ohne kapitalistische Antreiber, Disziplin ohne Joch und Ordnung ohne Herrschaft entfalten. Höchster Idealismus im Interesse der Allgemeinheit, straffste Selbstdisziplin, wahrer Bürgersinn der Massen sind für die sozialistische Gesellschaft die moralische Grundlage, wie Stumpfsinn, Egoismus und Korruption die moralische Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft sind.“

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 39/40)

Damit die Arbeiterklasse alle diese Ziele verwirklichen kann, bedarf es vor allem zweier grundlegender Voraussetzungen:

- ★ zum einen die Errichtung der Diktatur des Proletariats
- ★ und zum anderen die Leitung des proletarischen Klassenkampfes durch die mit den Massen eng verbundene kommunistische Partei.

Diese beiden grundlegenden Voraussetzungen behandelt das Programm in den folgenden beiden Abschnitten.

Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg. Die Diktatur des Proletariats ist die wahre Demokratie

Warum kann die proletarische Revolution nur im Bürgerkrieg die Herrschaft der Bourgeoisie stürzen und nur mit der Diktatur des Proletariats den Widerstand der Bourgeoisie brechen und den Sozialismus aufbauen?

Dies behandelt der III. Abschnitt des Programms.

In diesem Abschnitt wird dem Lakaiendienst von Kautsky & Co. für die deutschen Imperialisten entgegengetreten. Diese „theoretischen Häupter“ der deutschen Sozialdemokratie und opportunistischen Führer der USPD bekannten sich zwar in Worten zur sozialistischen Revolution, zogen jedoch gegen „Gewalt“ und „Diktatur“ zu Felde. Sie predigten die „reine Demokratie“, das „friedliche Nebeneinander von Ausbeutern und Ausgebeuteten“ und lehnten jegliches gewaltsame und diktatorische Vorgehen gegen die Reaktionäre ab.

Gegen diese pazifistischen Wegbereiter der Konterrevolution, die wie z. B. Kautsky zur Zeit der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in den Staatsarchiven in Berlin im Auftrag der konterrevolutionären SPD-Regierung die „Kriegsschuldfrage“ untersuchten, macht das Programm klipp und klar deutlich, daß die Bourgeoisie nie und nimmer freiwillig und friedlich auf ihre Privilegien, ihren Profit und ihre Macht verzichtet, daß das Proletariat daher *revolutionäre Gewalt* anwenden muß:

„Es ist ein toller Wahn zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen. ...

Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Sproß der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zy-

nismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkriege an den Tag gelegt hat. ... sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.

All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden.“

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 41)

Das Programm fordert daher *„die Bewaffnung des Volkes und Entwaffnung der herrschenden Klassen“*. (ebenda)

Im besonderen fordert das Programm als *„sofortige Maßnahmen zur Sicherung der Revolution“* u. a.:

„1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der nichtproletarischen Soldaten. Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen.

2. Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsbestände sowie Rüstungsbetriebe durch Arbeiter- und Soldatenräte.

3. Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz. Bildung einer Roten Garde aus Proletariern als aktiven Teil der Miliz, zum ständigen Schutz der Revolution vor gegenrevolutionären Anschlägen und Zettelungen.“

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 43)

Darüber hinaus fordert das Programm als *„sofortige Maßnahme“* die Aburteilung der Kriegsverbrecher und Konterrevolutionäre:

„7. Einsetzung eines Revolutionstribunals, vor dem die Hauptschuldigen am Kriege und seiner Verlängerung, die beiden Hohenzollern, Ludendorff, Hindenburg, Tirpitz und ihre Mitverbrecher sowie alle Verschwörer der Gegenrevolution abzuurteilen sind.“

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 44)

Die „*Diktatur des Proletariats*“ bezeichnet das Programm als das „*nötige Rüstzeug*“, als die Voraussetzung im Kampf um den Sozialismus, diesen „*gewaltigsten Bürgerkrieg der Weltgeschichte*“:

„Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen.

Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie wie der Gott Thor seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.“

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 42/43)

Das Programm nennt also *zwei Seiten der Diktatur des Proletariats*:

★ Erstens die unterdrückerische, diktatorische Aufgabe der Niederhaltung der konterrevolutionären Bourgeoisie und aller Reaktionäre;

★ zweitens die demokratische, erzieherische Aufgabe für die Arbeiterklasse und die Masse des arbeitenden Volkes.

Unter der Herrschaft der Bourgeoisie von „Demokratie“ und „Gleichheit“ zu reden, ist verlogene Demagogie, denn für die Ausgebeuteten und Geknechteten kann es keine Gleichheit mit den Ausbeutern und Herrschenden geben. Die bürgerliche Demokratie ist eben nur eine Form der Herrschaft der Bourgeoisie.

Demokratie für die große Masse der Arbeitenden verwirklicht erst die Diktatur des Proletariats. Die Masse der Arbeitenden herrscht mittels der Räte. Die Räterepublik ermöglicht den breiten

arbeitenden Massen, über ihre Geschicke selbst zu entscheiden. Die Verwirklichung der proletarischen Demokratie in den Räten wird z. B. sichergestellt, durch das

„Recht der Arbeiter und Soldaten zur jederzeitigen Rückberufung ihrer Vertreter“.

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 44)

Die Kommunistische Partei ist der zielbewußteste Teil des Proletariats

Die Akzentsetzung im IV. Abschnitt des Programms ergibt sich aus der Polemik gegen negative Erfahrungen in der deutschen Sozialdemokratie, aus der Ablehnung des verknöcherten, von den Arbeitermassen losgelösten Parteiapparates, wie er sich in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg in der SPD herausgebildet hatte. Diese Bürokratisierung der Partei, die Abkapselung vor allem der Parteiführer von den einfachen Parteimitgliedern aus der Arbeiterklasse und von der Arbeiterklasse überhaupt war ja auch ein Grund für die Verbreitung des Opportunismus in der SPD vor dem imperialistischen Weltkrieg und für die schließliche Umwandlung der SPD zu einer bürgerlichen Reformpartei gewesen.

Vor diesem Hintergrund betont das Programm, daß die Partei sich nicht über die Arbeitermassen stellt, sondern als bewußte Avantgarde in die Arbeiterbewegung sozialistisches Bewußtsein und die Ziele der proletarischen Weltrevolution hineinträgt:

„Der Spartakusbund ist keine Partei, die über die Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will. Der Spartakusbund ist nur der zielbewußteste Teil des Proletariats, der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtlichen Aufgaben hinweist, der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen nationalen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution vertritt.“

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 47)

Das Programm hebt zugleich die Notwendigkeit der engen Verbindung der Partei mit den Arbeitermassen hervor. Die Partei muß sich das Vertrauen der Massen und die bewußte Zustimmung der Arbeiter zu ihren Ansichten, Zielen und Kampfmethoden im Klassenkampf und in der proletarischen Revolution erwerben und nicht durch Aufgehen im System bürgerlich-parlamentarischer Abstimmungen.

„Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 47)



Dies sind unserer Meinung nach die zentralen marxistischen Positionen des KPD-Programms, mit denen die Genossinnen und Genossen um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die revolutionäre Fahne des proletarischen Klassenkampfes für die Diktatur des Proletariats und für den Sozialismus gegen alle Opportunisten in der deutschen Sozialdemokratie inmitten der deutschen Revolution von 1918/1919 aufgepflanzt haben. Das Programm stellte in wesentlichen Punkten den revolutionären Marxismus wieder her und räumte auf mit dem „Ersatz-Marxismus“ der selbsternannten Gralshüter à la Kautsky & Co., den Rosa Luxemburg in ihrer Rede zum Programm auf dem Gründungsparteitag treffend als Opportunismus charakterisierte:

„Der offizielle Marxismus sollte als Deckmantel dienen für jede Rechnungsträgerei, für jede Abschwenkung von dem wirklichen revolutionären Klassenkampf, für jede Halbheit, die die deutsche Sozialdemokratie und überhaupt die Arbeiterbewegung, auch die gewerkschaftliche, zu einem Dahinsiechen im Rahmen und auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft verurteilte, ohne jedes ernste Bestreben, die Gesellschaft zu erschüttern und aus den Fugen zu bringen.“

(„Bericht über den Gründungsparteitag der KPD“, 1918/1919, herausgegeben von der KPD (Spartakusbund), S. 24)

Daher knüpfte Rosa Luxemburg in dieser Rede zu Recht am „Kommunistischen Manifest“ von 1848 von Karl Marx und Friedrich

Engels an. Das Programm verteidigte den revolutionären Marxismus gegen die opportunistischen Pseudo-Sozialisten in der deutschen Sozialdemokratie, die zwar marxistische Schlagworte im Munde führten und sich auf Marx beriefen, jedoch den Marxismus in Wirklichkeit seines revolutionären Inhalts beraubten und durch schnöden Reformismus ersetzten:

„Nun Parteigenossen, heute erleben wir den Moment, wo wir sagen können: wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner. Wenn wir heute in unserem Programm erklären: *die unmittelbare Aufgabe des Proletariats ist keine andere als – in wenigen Worten zusammengefaßt – den Sozialismus zur Wahrheit und Tat zu machen und den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, so stellen wir uns auf den Boden, auf dem Marx und Engels 1848 standen* und von dem sie prinzipiell nie abgewichen waren. Jetzt zeigt sich, was wahrer Marxismus ist und was dieser Ersatz-Marxismus war, der sich als offizieller Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie solange breit machte. Ihr seht ja an den Vertretern dieses Marxismus, wohin er heutzutage geraten, als Neben- und Beigeordneter der Ebert, David und Konsorten. Dort sehen wir die offiziellen Vertreter der Lehre, die man uns jahrzehntelang als den wahren, unverfälschten Marxismus ausgegeben hat. Nein, Marxismus führte nicht dorthin, zusammen mit den Scheidemännern konterrevolutionäre Politik zu machen. *Wahrer Marxismus kämpft auch gegen jene, die ihn zu verfälschen suchten*, er wühlte wie ein Maulwurf in den Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaft und er hat dazu geführt, daß heute der beste Teil des deutschen Proletariats unter unserer Fahne, unter der Sturmflagge der Revolution marschiert und wir auch drüben, wo die Konterrevolution noch zu herrschen scheint, unsere Anhänger und künftigen Mitkämpfer besitzen.“
(ebenda, S. 24–25)

Das Programm der KPD von 1918 *propagiert und begründet grundlegende kommunistische Programmpunkte der proletarischen Revolution und des Kampfes für die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus.*

Somit steht es in der Tradition der von Marx und Engels angeleiteten revolutionären marxistischen deutschen Arbeiterbewegung, auch wenn es keinesfalls die marxistische Klarheit des „Kommunistischen

Manifests“ oder der anderen programmatischen Arbeiten von Marx und Engels zur proletarischen Revolution in Deutschland aufweist.

Die Stärken, aber auch die Schwächen des Programms von 1918 werden auf der Grundlage des Studiums der programmatischen Hauptschriften von Marx und Engels zur sozialistischen Revolution in Deutschland deutlich.¹

Wir wollen daher im folgenden das Programm der KPD von 1918 abdrucken und zur Diskussion stellen. Im Anschluß daran werden wir auf Fehler und Unzulänglichkeiten des Programms eingehen.

¹ Diese auch für unsere heutige programmatische Arbeit Grundlage und Richtschnur bildenden Schriften von Marx und Engels sind:

- „Manifest der Kommunistischen Partei“ von 1848, „Kritik des Gothaer Programms“ von 1875, „Zur Kritik des Sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891“ (Kritik des Erfurter Programmentwurfs).

Bei der Klärung programmatischer Fragen und der Erarbeitung eigener programmatischer Dokumente für die proletarische Revolution in Westdeutschland sind darüber hinaus von ebenfalls großer Bedeutung:

- „Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“ von 1903
- „Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)“ von 1919
- Die Arbeiten Lenins zu den Programmen der Kommunisten Rußlands (Siehe „Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) 1919“, mit dem Anhang „Reden von Lenin zum Parteiprogramm“, zusammengestellt vom Buchladen Georgi Dimitroff, Frankfurt, September 1989).
- Die von Lenin verfaßten programmatischen Leitsätze des I. und II. Kongresses der Kommunistischen Internationale von 1919 und 1920. (Siehe „Die Kommunistische Internationale in Thesen, Resolutionen, Beschlüssen und Aufrufen“, Band I, 1919–1924, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, 1998).

Siehe auch „Zum 1. Kongreß der Kommunistischen Internationale, März 1919: Die aktuelle Bedeutung der ‚Leitsätze über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur‘“, in: „Gegen die Strömung“ Nr. 45, August 1989)

- „Programm der Kommunistischen Internationale“ von 1928
- Die Schriften Stalins zum Programm der Kommunistischen Internationale (siehe Marxistisch-Leninistische Schriftenreihe, „Programm der Kommunistischen Internationale“ mit Anhang: Stalin, „Über das Programm der Kommunistischen Internationale“ von 1928)

Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands

**angenommen am 31. Dezember 1918 auf dem
Gründungsparteitag der KPD**

Zwischentitel wurden von der Redaktion eingefügt.

I

Am 9. November haben Arbeiter und Soldaten das alte Regime in Deutschland zertrümmert. Auf den Schlachtfeldern Frankreichs war der blutige Wahn von der Weltherrschaft des preußischen Säbels zerronnen. Die Verbrecherbande, die den Weltbrand entzündet und Deutschland in das Blutmeer hineingetrieben hat, war am Ende ihres Lateins angelangt. Das vier Jahre lang betrogene Volk, das im Dienste des Molochs Kulturpflicht, Ehrgefühl und Menschlichkeit vergessen hatte, das sich zu jeder Schandtat mißbrauchen ließ, erwachte aus seiner vierjährigen Erstarrung – vor dem Abgrund.

Am 9. November erhob sich das deutsche Proletariat, um das schmachvolle Joch abzuwerfen. Die Hohenzollern wurden verjagt, Arbeiter- und Soldatenräte gewählt.

Aber die Hohenzollern waren nie mehr als Geschäftsträger der imperialistischen Bourgeoisie und des Junkertums. Die bürgerliche

**Die bürgerliche
Klassenherrschaft – das
ist der wahre Schuldige
des Weltkrieges**

Klassenherrschaft – das ist der wahre Schuldige des Weltkrieges in Deutschland wie in Frankreich, in Rußland wie in England, in Europa wie in Amerika. Die Kapitalisten aller Länder,

das sind die wahren Anstifter zum Völkermord. Das internationale Kapital – das ist der unersättliche Baal, dem Millionen auf Millionen dampfender Menschenopfer in den blutigen Rachen geworfen werden.

Der Weltkrieg hat die Gesellschaft vor die Alternative gestellt: entweder Fortdauer des Kapitalismus, neue Kriege und baldigster Untergang im Chaos und in der Anarchie oder Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung.

Mit dem Ausgang des Weltkrieges hat die bürgerliche Klassenherrschaft ihr Daseinsrecht verwirkt. Sie ist nicht mehr imstande, die Gesellschaft aus dem furchtbaren wirtschaftlichen Zusammenbruch herauszuführen, den die imperialistische Orgie hinterlassen hat.

Produktionsmittel sind in ungeheurem Maßstab vernichtet. Millionen Arbeitskräfte, der beste und tüchtigste Stamm der Arbeiterklasse hingeschlachtet. Der am Leben Gebliebenen harret bei der Heimkehr das grinsende Elend der Arbeitslosigkeit, Hungersnot und Krankheiten drohen die Volkskraft an der Wurzel zu vernichten. Der finanzielle Staatsbankrott infolge der ungeheuren Last der Kriegsschulden ist unabwendbar.

Aus all dieser blutigen Wirrsal und diesem gähnenden Abgrund gibt es keine Hilfe, keine Rettung als im Sozialismus. Nur die Weltrevolution des Proletariats kann in dieses Chaos Ordnung bringen, kann allen Arbeit und Brot verschaffen, kann der gegenseitigen Zerfleischung der Völker ein Ende machen, kann der geschundenen Menschheit Frieden, Freiheit, wahre Kultur bringen. Nieder mit dem Lohnsystem! Das ist die Losung der Stunde. Anstelle der Lohnarbeit und der Klassenherrschaft soll die genossenschaftliche Arbeit treten. Die Arbeitsmittel müssen aufhören, das Monopol einer Klasse zu sein, sie müssen Gemeingut aller werden. Keine Ausbeuter und Ausgebeutete mehr! Regelung der Produktion und Verteilung der Produkte im Interesse der Allgemeinheit. Abschaffung wie der heutigen Produktionsweise, die Ausbeutung und Raub, so des heutigen Handels, der nur Betrug ist.

Keine Ausbeuter und Ausgebeutete mehr!

Anstelle der Arbeitgeber und ihrer Lohnsklaven: freie Arbeitsgenossen! Die Arbeit niemandes Qual, weil jedermanns Pflicht! Ein menschenwürdiges Dasein jedem, der seine Pflicht gegen die Gesellschaft erfüllt. Der Hunger hierfür nicht mehr der Arbeit Fluch, sondern des Müßiggängers Strafe!

Erst in einer solchen Gesellschaft sind Völkerhaß, Knechtschaft entwurzelt. Erst wenn eine solche Gesellschaft verwirklicht ist, wird die Erde nicht mehr durch Menschenmord geschändet. Erst dann wird es heißen: Dieser Krieg ist der letzte gewesen!

Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!

Sozialismus ist in dieser Stunde der einzige Rettungsanker der Menschheit. Über den zusammensinkenden Mauern der kapitalistischen Gesellschaft lodern wie ein feuriges Menetekel die Worte des „Kommunistischen Manifests“:

Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!

II

Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die gewaltigste Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution der Weltgeschichte zugefallen ist. Diese Aufgabe erfordert einen vollständigen Umbau des Staates und eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft.

Dieser Umbau und diese Umwälzung können nicht durch irgendeine Behörde, Kommission oder ein Parlament dekretiert, sie können nur von der Volksmasse selbst in Angriff genommen und durchgeführt werden.

**Die sozialistische
Revolution ist die erste,
die im Interesse der
großen Mehrheit und
durch die große Mehrheit
der Arbeitenden allein
zum Siege gelangen kann**

In allen bisherigen Revolutionen war es eine kleine Minderheit des Volkes, die den revolutionären Kampf leitete, die ihm Ziel und Richtung gab und die Masse nur als Werkzeug benutzte, um ihre eigenen Interessen, die Interessen der Minderheit, zum Siege zu führen. Die sozialistische

Revolution ist die erste, die im Interesse der großen Mehrheit und durch die große Mehrheit der Arbeitenden allein zum Siege gelangen kann.

Die Masse des Proletariats ist berufen, nicht bloß der Revolution in klarer Erkenntnis Ziele und Richtung zu stecken. Sie muß auch selbst, durch eigene Aktivität, Schritt um Schritt den Sozialismus ins Leben einführen.

Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt.

Von der obersten Spitze des Staates bis zur kleinsten Gemeinde muß deshalb die proletarische Masse die überkommenen Organe der bürgerlichen Klassenherrschaft, die Bundesräte, Parlamente, Gemeinderäte, durch eigene Klassenorgane, die Arbeiter- und Soldatenräte ersetzen, alle Posten besetzen, alle Funktionen überwachen, alle staatlichen Bedürfnisse an dem eigenen Klasseninteresse und den sozialistischen Aufgaben messen. Und nur in ständiger, lebendiger Wechselwirkung zwischen den Volksmassen und ihren Organen, den Arbeiter- und Soldatenräten, kann ihre Tätigkeit den Staat mit sozialistischem Geiste erfüllen.

**Die überkommenen
Organe der bürgerlichen
Klassenherrschaft durch
eigene Klassenorgane, die
Arbeiter- und
Soldatenräte, ersetzen**

Auch die wirtschaftliche Umwälzung kann sich nur als ein von der proletarischen Massenaktion getragener Prozeß vollziehen. Die nackten Dekrete oberster Revolutionsbehörden über die Sozialisierung sind allein ein leeres Wort. Nur die Arbeiterschaft kann das Wort durch eigene Tat zum Fleische machen. In zähem Ringen mit dem Kapital, Brust an Brust in jedem Betriebe, durch unmittelbaren Druck der Massen, durch Streiks, durch Schaffung ihrer ständigen Vertretungsorgane können die Arbeiter die Kontrolle über die Produktion und schließlich die tatsächliche Leitung an sich bringen.

Die Proletariermassen müssen lernen, aus toten Maschinen, die der Kapitalist an den Produktionsprozeß stellt, zu denkenden, freien, selbsttätigen Len-

**Die Proletariermassen
müssen zu denkenden,
freien, selbsttätigen
Lenkern werden**

kern dieses Prozesses zu werden. Sie müssen das Verantwortlichkeitsgefühl wirkender Glieder der Allgemeinheit erwerben, die Alleinbesitzerin alles gesellschaftlichen Reichtums ist. Sie müssen Fleiß ohne Unternehmerpeitsche, höchste Leistung ohne kapitalistische Antreiber, Disziplin ohne Joch und Ordnung ohne Herrschaft entfalten. Höchster Idealismus im Interesse der Allgemeinheit, straffste Selbstdisziplin, wahrer Bürgersinn der Massen sind für die sozialistische Gesellschaft die moralische Grundlage, wie Stumpfsinn, Egoismus und Korruption die moralische Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft sind.

Alle diese sozialistischen Bürgertugenden, zusammen mit Kenntnissen und Befähigungen zur Leitung der sozialistischen Betriebe, kann die Arbeitermasse nur durch eigene Betätigung, eigene Erfahrung erwerben.

Sozialisierung der Gesellschaft kann nur durch zähen, unermüdlichen Kampf der Arbeitermasse in ihrer ganzen Breite verwirklicht

werden, auf allen Punkten, wo Arbeit mit Kapital, wo Volk mit bürgerlicher Klassenherrschaft einander ins Weiße des Auges blicken. Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

**Die Befreiung der
Arbeiterklasse muß das
Werk der Arbeiterklasse
selbst sein**

III

In den bürgerlichen Revolutionen waren Blutvergießen, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen.

Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Meuchelmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter

Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen.

Aber die proletarische Revolution ist zugleich die Sterbeglocke für jede Knechtschaft und Unterdrückung. Darum erheben sich gegen die proletarische Revolution alle Kapitali-

sten, Junker, Kleinbürger, Offiziere, alle Nutznießer und Parasiten der Ausbeutung und der Klassenherrschaft wie ein Mann zum Kampf auf Leben und Tod.

Es ist ein toller Wahn, zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen. Die römischen Patrizier wie die mittelalterlichen Feudalbarone, die englischen Kavaliers wie die amerikanischen Sklavenhändler, die walachischen Bojaren wie die Lyoner Seidenfabrikanten – sie haben alle Ströme von Blut vergossen, sie sind über Leichen, Mord und Brand geschritten, sie haben Bürgerkrieg und Landesverrat angestiftet, um ihre Vorrechte und ihre Macht zu verteidigen.

Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Sproß der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkriege an den

**Die proletarische
Revolution ist zugleich die
Sterbeglocke für jede
Knechtschaft und
Unterdrückung**

**Die imperialistische
Kapitalistenklasse wird
ihr Allerheiligstes, ihren
Profit und ihr Vorrecht
der Ausbeutung, mit
Zähnen und mit Nägeln
verteidigen**

Tag gelegt hat. Sie wird Himmel und Hölle gegen das Proletariat in Bewegung setzen. Sie wird das Bauerntum gegen die Städte mobil machen, sie wird rückständige Arbeiterschichten gegen die sozialistische Avantgarde aufhetzen, sie wird mit Offizieren Metzereien anstiften, sie wird jede sozialistische Maßnahme durch tausend Mittel der passiven Resistenz lahmzulegen suchen, sie wird der Revolution zwanzig Vendéen auf den Hals hetzen, sie wird den äußeren Feind, das Mordeisen der Clemenceau, Lloyd George und Wilson als Retter ins Land rufen – sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.

**Der Gewalt der
bürgerlichen
Gegenrevolution muß die
revolutionäre Gewalt des
Proletariats
entgegengestellt werden**

All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden.

Den Anschlägen, Ränken, Zettelungen der Bourgeoisie die unbeugsame Zielklarheit, Wachsamkeit und stets bereite Aktivität der proletarischen Masse. Den drohenden Gefahren der Gegenrevolution die Bewaffnung des Volkes und Entwaffnung der herrschenden Klassen. Den parlamentarischen Obstruktionsmanövern der Bourgeoisie die tatenreiche Organisation der Arbeiter- und Soldatengesellschaft – die konzentrierte, zusammengeballte, aufs höchste gesteigerte Macht der Arbeiterklasse. Die geschlossene Front des gesamten deutschen Proletariats: des süddeutschen mit dem norddeutschen, des städtischen mit dem ländlichen, der Arbeiter mit den Soldaten, die lebendige geistige Fühlung der deutschen Revolution mit der Internationale, die Erweiterung der deutschen Revolution zur Weltrevolution des Proletariats, vermag allein die granitne Basis zu schaffen, auf der das Gebäude der Zukunft errichtet werden kann.

**Der Kampf um den
Sozialismus ist der
gewaltigste Bürgerkrieg**

Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die

proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen.

Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Land-

proletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Proletariersmasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie wie der Gott Thor seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.

Um dem Proletariat die Erfüllung dieser Aufgaben zu ermöglichen, fordert der Spartakusbund:

**Ausrüstung der
kompakten arbeitenden
Volksmasse mit der
ganzen politischen Macht
für die Aufgaben der
Revolution, das ist die
Diktatur des Proletariats**

**A. Als sofortige Maßnahmen zur Sicherung der
Revolution**

1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der nichtproletarischen Soldaten. Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen.

2. Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsbestände sowie Rüstungsbetriebe durch Arbeiter- und Soldaten-Räte.

3. Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz. Bildung einer Roten Garde aus Proletariern als aktiven Teil der Miliz, zum ständigen Schutz der Revolution vor gegenrevolutionären Anschlägen und Zettelungen.

4. Aufhebung der Kommandogewalt der Offiziere und Unteroftiziere. Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwilli-

ge Disziplin der Soldaten. Wahl aller Vorgesetzten durch die Mannschaften unter jederzeitigem Rückberufungsrecht. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

5. Entfernung der Offiziere und Kapitulanten aus allen Soldatenräten.

6. Ersetzung aller politischen Organe und Behörden des früheren Regimes durch Vertrauensmänner der Arbeiter- und Soldaten-Räte.

7. Einsetzung eines Revolutionstribunals, vor dem die Hauptschuldigen am Kriege und seiner Verlängerung, die beiden Hohenzollern, Ludendorff, Hindenburg, Tirpitz und ihre Mitverbrecher sowie alle Verschwörer der Gegenrevolution abzuurteilen sind.

8. Sofortige Beschlagnahme aller Lebensmittel zur Sicherung der Volksernährung.

B. Auf politischem und sozialem Gebiete

1. Abschaffung aller Einzelstaaten; einheitliche deutsche sozialistische Republik.

2. Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktionen durch Arbeiter- und Soldaten-Räte sowie deren Ausschüsse und Organe.

3. Wahl von Arbeiterräten über ganz Deutschland durch die gesamte erwachsene Arbeiterschaft beider Geschlechter in Stadt und Land nach Betrieben sowie von Soldatenräten durch die Mannschaften, unter Ausschluß der Offiziere und Kapitulanten. Recht der Arbeiter und Soldaten zur jederzeitigen Rückberufung ihrer Vertreter.

4. Wahlen von Delegierten der Arbeiter- und Soldaten-Räte im ganzen Reiche für den Zentralrat der Arbeiter- und Soldaten-Räte, der den Vollzugsrat als das oberste Organ der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt zu wählen hat.

5. Zusammentritt des Zentralrats vorläufig mindestens alle drei Monate – unter jedesmaliger Neuwahl der Delegierten – zur ständigen Kontrolle über die Tätigkeit des Vollzugsrats und zur Herstellung einer lebendigen Fühlung zwischen der Masse der Arbeiter- und Soldaten-Räte im Reiche und ihrem obersten Regierungsorgan. Recht

der lokalen Arbeiter- und Soldaten-Räte zur jederzeitigen Rückberufung und Ersetzung ihrer Vertreter im Zentralrat, falls diese nicht im Sinne ihrer Auftraggeber handeln. Recht des Vollzugsrats, die Volksbeauftragten sowie die zentralen Reichsbehörden und -beamten zu ernennen und abzusetzen.

6. Abschaffung aller Standesunterschiede, Orden und Titel. Völlige rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter.

7. Einschneidende soziale Gesetzgebung, Verkürzung der Arbeitszeit zur Steuerung der Arbeitslosigkeit und unter Berücksichtigung der körperlichen Entkräftung der Arbeiterschaft durch den Weltkrieg; sechsstündiger Höchstarbeitstag.

8. Sofortige gründliche Umgestaltung des Ernährungs-, Wohnungs- und Erziehungswesens im Sinne und Geiste der proletarischen Revolution.

C. Nächste wirtschaftliche Forderungen

1. Konfiskation aller dynastischen Vermögen und Einkünfte für die Allgemeinheit.

2. Annullierung der Staats- und anderer öffentlicher Schulden sowie sämtlicher Kriegsanleihen, ausgenommen Zeichnungen bis zu einer bestimmten Höhe, die durch den Zentralrat der Arbeiter- und Soldaten-Räte festzusetzen ist.

3. Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe; Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften unter einheitlicher zentraler Leitung im ganzen Reiche; bäuerliche Kleinbetriebe bleiben im Besitze ihrer Inhaber bis zu deren freiwilligem Anschluß an die sozialistischen Genossenschaften.

4. Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik.

5. Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat festzusetzen ist.

6. Übernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens durch die Räterepublik.

7. Wahl von Betriebsräten in allen Betrieben, die im Einvernehmen mit den Arbeiterräten die inneren Angelegenheiten der Betriebe zu ordnen, die Arbeitsverhältnisse zu regeln, die Produktion zu kontrollieren und schließlich die Betriebsleitung zu übernehmen haben.

8. Einsetzung einer zentralen Streikkommission mit den Betriebsräten, die der beginnenden Streikbewegung im ganzen Reich einheitliche Leitung, sozialistische Richtung und die kräftigste Unterstützung durch die politische Macht der Arbeiter- und Soldaten-Räte sichern soll.

D. Internationale Aufgaben

Sofortige Aufnahme der Verbindungen mit den Bruderparteien des Auslandes, um die sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen und den Frieden durch die internationale Verbrüderung und revolutionäre Erhebung des Weltproletariats zu gestalten und zu sichern.

IV

Das will der Spartakusbund.

Und weil er das will, weil er der Mahner, der Dränger, weil er das sozialistische Gewissen der Revolution ist, wird er von allen offenen und heimlichen Feinden der Revolution und des Proletariats gehaßt, verfolgt und verleumdet.

Kreuziget ihn! rufen die Kapitalisten, die um ihre Kassenschränke zittern.

Kreuziget ihn! rufen die Kleinbürger, die Offiziere, die Antisemiten, die Preßlakaien der Bourgeoisie, die um die Fleischtöpfe der bürgerlichen Klassenherrschaft zittern.

Kreuziget ihn! wiederholen noch wie ein Echo getäuschte, betrogene, mißbrauchte Schichten der Arbeiterschaft und Soldaten, die nicht

wissen, daß sie gegen ihr eigen Fleisch und Blut wüten, wenn sie gegen den Spartakusbund wüten.

Im Hasse, in der Verleumdung gegen den Spartakusbund vereinigt sich alles, was gegenrevolutionär, volksfeindlich, antisozialistisch, zweideutig, lichtscheu, unklar ist. Dadurch wird bestätigt, daß in ihm das Herz der Revolution pocht, daß ihm die Zukunft gehört.

Der Spartakusbund ist keine Partei, die über die Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will. Der Spartakusbund ist nur der zielbewußteste Teil des Proletariats, der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtlichen Aufgaben hinweist, der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen nationalen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution vertritt.

**Die Kommunistische
Partei ist der
zielbewußteste Teil des
Proletariats, der die
Interessen der
proletarischen
Weltrevolution vertritt**

Der Spartakusbund lehnt es ab, mit Handlangern der Bourgeoisie, mit den Scheidemann-Ebert, die Regierungsgewalt zu teilen, weil er in einer solchen Zusammenwirkung einen Verrat an den Grundsätzen des Sozialismus, eine Stärkung der Gegenrevolution und eine Lähmung der Revolution erblickt.

Der Spartakusbund wird es auch ablehnen, zur Macht zu gelangen, nur weil sich die Scheidemann-Ebert abgewirtschaftet und die Unabhängigen durch die Zusammenarbeit mit ihnen in eine Sackgasse geraten sind.

Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten; Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.

**Die proletarische
Revolution kann sich nur
stufenweise, Schritt für
Schritt, durch Niederlagen
und Siege, zur vollen
Klarheit und Reife
durchringen**

Die proletarische Revolution kann sich nur stufenweise, Schritt für Schritt, auf dem Golgathaweg eigener bitterer Erfahrungen, durch Niederlagen und Siege, zur vollen Klarheit und Reife durchringen.

Der Sieg des Spartakusbundes steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution: Er ist identisch mit dem Siege der großen Millionenmassen des sozialistischen Proletariats.

Auf, Proletarier! Zum Kampf! Es gilt eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen. In diesem letzten Klassenkampf der

**Es gilt eine Welt zu
erobern und gegen eine
Welt anzukämpfen**

Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!

Kritiken und Diskussionspunkte zum Programm der KPD

Bei all den folgenden, zum Teil recht schwerwiegenden Kritiken am Programm der KPD von 1918 muß beachtet werden, daß Rosa Luxemburg, nach jahrelanger Haft bei strenger Isolation aus dem Gefängnis gerade entlassen, nur kurze Zeit zur Verfügung hatte, um den Programmentwurf zu verfassen und mit allen Genossinnen und Genossen gründlich zu diskutieren. Vergleicht man dies mit der Arbeit am „Manifest der Kommunistischen Partei“, den Programmen der Kommunisten Rußlands von 1903 oder von 1919 oder auch dem Programm der Kommunistischen Internationale, dann wird deutlich, wie knapp diese Zeit bemessen war.

Trotzdem bleibt ein Fehler ein Fehler. So hat das Programm nicht immer die nötige Klarheit, wie man sie von einem kommunistischen Parteiprogramm erwartet. Dies wird deutlich, wenn man sich die Kritiken von Marx und Engels am Gothaer und Erfurter Programmentwurf der deutschen Sozialdemokratie, besonders deren Kritiken an der fehlenden Genauigkeit und Klarheit der Sprache in diesen Programmentwürfen vergegenwärtigt.

Das KPD-Programm von 1918 hat daher unserer Meinung nach eher den Charakter eines politischen Kampfprogramms, das grundlegende Programmpunkte für die junge kommunistische Partei in Deutschland festschreibt, die in der Revolution von 1918/1919 und der revolutionären Krise in den darauffolgenden Jahren Richtschnur und Leitlinie der Politik der Partei waren.

Die unserer Meinung nach wesentlichen Fehler, Unzulänglichkeiten oder auch Auslassungen des KPD-Programms sind:

Die Notwendigkeit der Zerschlagung des alten bürgerlichen Staatsapparats wird nicht klar herausgestellt

Gleich im ersten Absatz des II. Abschnittes des Programms wird festgestellt, daß die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung u. a. „einen vollständigen Umbau des Staates“ erfordert.

Dies ist unserer Meinung nach ein Ausdruck der noch ungenügenden Loslösung der Linken von der deutschen Sozialdemokratie. Denn der alte bürgerliche Staat wird nicht einfach umgebaut, sondern muß in der proletarischen Revolution zerschlagen, die alte Staatsmaschinerie, insbesondere Armee, Polizei und die anderen Unterdrückungsorgane müssen zerbrochen werden. Und es reicht unserer Meinung nach auch nicht, daß diese Aufgaben der Zerschlagung des alten Herrschaftsapparats der Ausbeuterklassen und des Aufbaus eines neuen proletarischen Staates im III. Abschnitt des Programms und in den Forderungen auf politischem Gebiet zwar beschrieben, aber die Zerschlagung nicht beim Namen genannt wird. Denn die entscheidende Erkenntnis, daß der alte Staatsapparat unbedingt zerschlagen, zerbrochen, zerstört werden muß, ist eines der wichtigsten Argumente für die unbedingte Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution, für die Notwendigkeit, die Massen systematisch ideologisch und organisatorisch auf den bewaffneten Kampf vorzubereiten.

Dies erkannten Marx und Engels durch das Studium der großen bürgerlichen Revolutionen gegen den Feudalismus und der Besonderheiten der Revolutionen Ende der vierziger Jahre in Deutschland und Frankreich und schließlich 1871 durch die Erfahrungen der heroischen Pariser Kommune. Im Gegensatz zu den früheren bürgerlichen Revolutionen ist es eine Besonderheit der proletarischen Revolution, daß der existierende Staatsapparat nicht einfach übernommen und für die eigenen Interessen eingesetzt werden kann, wie andere Einrichtungen der Gesellschaft (Fabriken, Krankenhäuser, Eisenbahnen, usw.), sondern daß der staatliche Herrschaftsapparat der Ausbeuterklasse von oben bis unten und von unten bis oben zertrümmert

und durch einen grundsätzlich anderen, neuen und neuartigen Staat ersetzt werden muß.

In diesem Sinne hielten es Marx und Engels daher für nötig, den kraftvollen Aufruf des „Manifests der Kommunistischen Partei“ von 1848 zum „gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung“ insofern zu präzisieren, daß das die Zerschlagung und nicht die bloße Übernahme und den Umbau des bestehenden Staatsapparates voraussetzt. Sie fügten 1872 in der Vorrede zum „Kommunistischen Manifest“ hinzu, daß

„die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann“.

(„Vorwort zum Manifest der Kommunistischen Partei“, 1872, Marx/Engels Werke Band 18, S. 96)

Schon vorher hatte Marx festgestellt, daß es nicht mehr wie bei den bisherigen Revolutionen möglich sein wird,

„die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen“.

(Marx, „Brief an Kugelmann“, 12. 4. 1871, Marx/Engels Werke Band 33, S. 205)

Marx hob hervor, daß nun die Aufgabe darin besteht, diese Staatsmaschinerie **„zu zerbrechen“** (ebd., siehe auch „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, 1852, Marx/Engels Werke Band 8, S. 196 ff).

Deshalb halten wir es für unbedingt notwendig, im Programm der kommunistischen Partei offensiv die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates zu propagieren.

Angesichts dieses Fehlers im Programm der KPD von 1918, die Notwendigkeit der Zerschlagung des alten Staatsapparates in der proletarischen Revolution nicht ausdrücklich herausgestellt zu haben, darf man dennoch nicht den bürgerlichen bzw. bürgerlich-revisionistischen Demagogen auf den Leim gehen, die die junge KPD und insbesondere Rosa Luxemburg für ihren bürgerlichen Reformismus bzw. ihre Auffassung vom friedlich-parlamentarischen Hineinwachsen in den Sozialismus vereinnahmen wollen.

Von solchen Vorstellungen war Rosa Luxemburg himmelweit entfernt. Vielmehr war sie der Auffassung, daß

„das deutsche Proletariat ... die Klassenherrschaft zerschmettern wird“.

(Rosa Luxemburg, „Der erste Parteitag“, „Die Rote Fahne“ vom 3. Januar 1919, Gesammelte Werke, Band 4, S. 515)

Sie hat während ihres gesamten Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse gerade solche opportunistischen Auffassungen aufschärfste bekämpft.

Dem Opportunismus Bernsteins, der lediglich für Reformen auf dem Boden der bürgerlichen Klassenherrschaft eintrat, stellte sie den lebendigen revolutionären Marxismus entgegen:

„Klipp und klar müssen wir sagen, wie der alte Cato: Im übrigen bin ich der Meinung, daß dieser Staat zerstört werden muß.“

(Rosa Luxemburg, „Rede über das Verhältnis des trade-unionistischen zum politischen Kampf“, Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1889 in Stuttgart, Gesammelte Werke, Band 1/1, S. 241)

Und gegen den Eintritt des „Sozialisten“ Millerands in die bürgerliche Regierung Frankreichs polemisierte sie öffentlich. Dieser aktiven Unterstützung des bürgerlichen Staates durch die Opportunisten stellte sie die wirklich revolutionäre Aufgabe der Zertrümmerung des bürgerlichen Staates entgegen:

„In der bürgerlichen Gesellschaft ist der Sozialdemokratie dem Wesen nach die Rolle einer *oppositionellen Partei* vorgezeichnet, als *regierende* darf sie nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staates auftreten.“

(Rosa Luxemburg, „Eine taktische Frage“, 1899, Gesammelte Werke, Band 1/1, S. 486)

Die Abgrenzung vom Konzept des individuellen Terrors ist mißglückt

Ohne jeden Zweifel läßt das Programm keinen Spielraum für die Vorstellung von einem friedlichen Weg zum Sozialismus und propagiert den Bürgerkrieg. Doch im Programm taucht ein Satz auf, der

die bürgerlichen und pseudosozialistischen Pazifisten aufhorchen läßt:

„Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Meuchelmord.“

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 40)

Nicht nur die sozialdemokratischen Handlanger der deutschen Bourgeoisie haben in der Vergangenheit seit der in ihrem Auftrag erfolgten Ermordung Rosa Luxemburgs diesen Satz benutzt, um Rosa Luxemburg zur Pazifistin umzufälschen, die die gewaltsame Revolution ablehne.

Doch diese Frage wurde auf dem Gründungsparteitag ausführlich diskutiert. Wer diese Diskussion nachliest, der wird sich leicht davon überzeugen können, daß all diese von der Bourgeoisie gekauften Kreaturen Demagogen und Fälscher sind. Denn in dieser Diskussion kommt klar zum Ausdruck, daß man sich mit dieser Passage vom Konzept des individuellen Terrors abgrenzen wollte, wie er z. B. in Rußland von den Sozialrevolutionären praktiziert worden war.

Neben vielen anderen Beiträgen in der Diskussion führte z. B. Karl Liebknecht zu diesem Satz folgendes aus:

„Es ist aber weiter gesagt, daß wir zu gewärtigen haben, daß die herrschenden Klassen mit Zähnen und Nägeln ihre Machtstellungen verteidigen, und daß die Aufgabe des Proletariats ist, diesen Widerstand der herrschenden Klassen und alle gegenrevolutionären Versuche mit aller Rücksichtslosigkeit, mit eiserner Faust niederzuwerfen (‚Sehr richtig!‘, ‚Bravo!‘). Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß wir nicht eine Limonadenrevolution zu machen gedenken (‚Sehr gut!‘), sondern daß wir entschlossen sind, die eiserne Faust zu erheben und auf jeden niederzuschmettern, der der sozialen Revolution des Proletariats Widerstand entgegensetzt.“

(Karl Liebknecht, „Diskussionsreden auf dem Gründungsparteitag der KPD, Berlin 1918/19“, Gesammelte Reden und Schriften, Band IX, S. 688/689)

Diese Klarstellung in der Diskussion auf dem Gründungsparteitag ist eine wichtige Waffe gegen alle Verräter an den revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung. Trotz dieser klaren Trennungslinie zum Pazifismus muß der berechtigte Versuch, sich

vom Konzept des individuellen Terrors abzugrenzen, als nicht glücklich angesehen werden.

Für uns Kommunisten stellt sich nicht die moralische Frage: für oder gegen Terror und auch nicht gegen politischen Mord eines Tyrannen. Wir sind gegen individuellen, von den Massen losgelösten Terror als unzweckmäßige und schädliche Taktik, vor allem und gerade auch dann, wenn dies zur „revolutionären Strategie“ anstelle der Aktion der Massen erhoben wird. Wir sind für den roten proletarischen Terror, der im Zusammenhang mit der proletarischen Massenbewegung steht, der die Massen erzieht und ihren Kampf vorantreibt, und für den notwendigen Terror der Massen gegen ihre Unterdrücker.

Die Notwendigkeit, wie in diesem Sinne vorgegangen werden muß, macht Lenin auch am Beispiel des Wütens der Konterrevolution in Deutschland nach der Novemberrevolution deutlich:

„Gegen Leute, die so handeln wie die deutschen Offiziere bei der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs, gegen Leute vom Schlage der Stinnes und Krupp, die die Presse kaufen – gegen solche Leute sind wir gezwungen, Gewalt und Terror anzuwenden. Natürlich braucht man nicht von vornherein zu erklären, daß wir unbedingt zum Terror greifen werden; wenn aber die deutschen Offiziere und Kappisten, wenn die Krupp und Stinnes dieselben bleiben, die sie heute sind, dann wird die Anwendung des Terrors unvermeidlich sein. Nicht nur Kautsky, sondern auch Ledebour und Crispien sprechen über Gewalt und Terror ganz im konterrevolutionären Geist. Eine Partei, die von solchen Ideen zehrt, kann an der Diktatur nicht teilhaben, das ist klar.“

(Lenin, „Rede über die Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale“, 1920, Werke Band 31, S. 237)

Und daß Rosa Luxemburg keine solche „Humanistin“ und „Pazifistin“ war, wie ihr die bürgerlichen Hetzer und Renegaten unterstellen, zeigt folgendes Zitat aus einer Rede vor einer Versammlung der USPD kurz vor dem Gründungsparteitag der KPD:

„Man kann nicht mit der Bourgeoisie und den Junkern darüber debattieren, ob man den Sozialismus einführen solle. Sozialismus heißt nicht, sich in ein Parlament zusammensetzen und Gesetze beschließen, Sozialismus bedeutet für uns Niederwer-

fung der herrschenden Klassen mit der ganzen Brutalität, die das Proletariat in seinem Kampfe zu entwickeln vermag.“

(Rosa Luxemburg, „Schlußrede auf der außerordentlichen Verbandsgeneralversammlung der USPD von Groß-Berlin am 15. 12. 1918“, Gesammelte Werke Band 4, S. 459)

Die Solidarität mit dem Kampf der vom deutschen Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Völkern wird nicht angesprochen

Das KPD-Programm entlarvt den deutschen Imperialismus als einen Hauptanstanfiter des Ersten Weltkrieges und die Tatsache, daß die imperialistische Bourgeoisie und das Junkertum den Krieg anzettelten mit dem Ziel, die Weltherrschaft des preußischen Säbels zu errichten.

Der deutsche Imperialismus hatte in diesem imperialistischen Weltkrieg eine Niederlage erlitten. Er hatte alle seine Kolonien an seine imperialistischen Konkurrenten verloren und seine imperialistische Großmachtstellung in Europa eingebüßt. Die anderen imperialistischen Mächte diktierten dem deutschen Imperialismus die Friedensbedingungen.

Dennoch war der deutsche Imperialismus nicht zerschlagen. Trotz der immensen Zahlungen an ihre imperialistischen Konkurrenten und ihre weltweite Schwächung hatten die deutschen Imperialisten nie ihre internationalen Verbindungen gänzlich verloren. Im Gegenteil knüpften sie nach dem Kriege an diese sehr bald wieder an, bauten sie aus und waren weiterhin an der imperialistischen Ausbeutung der Völker anderer Länder beteiligt. Nicht erst unter dem Nazi-Faschismus sann der deutsche Imperialismus auf Revanche. Die weltweiten Vorbereitungen hierfür begannen bereits viel früher.

Wir meinen nicht, daß das Programm diese ganze kommende Entwicklung hätte voraussehen sollen oder können. Das KPD-Programm

selbst geht von einer baldigen Revolution und deren Sieg in Deutschland aus, was auch ein Ende der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker durch den deutschen Imperialismus bedeutet hätte.

Doch auch bei einer solchen – damals durchaus realen – Perspektive durfte im Programm der KPD die ausdrückliche Erziehung des deutschen Proletariats im Geiste des proletarischen Internationalismus, vor allem den Kampf der vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völker zu unterstützen, nicht fehlen.

Bei einer siegreichen Zerschlagung des deutschen Imperialismus durch die revolutionäre Arbeiterklasse und ihre Verbündeten hätten große internationalistische Aufgaben vor der deutschen Arbeiterklasse, vor der siegreichen Diktatur des Proletariats gestanden. Ja, die Möglichkeiten für eine Unterstützung des Kampfes der ehemals vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völker wären größer geworden, einschließlich der Maßnahmen zur Wiedergutmachung für die vom deutschen Imperialismus begangenen Verbrechen. Engels forderte:

„Nun aber steht hinter dem offiziellen Deutschland das sozialistische Deutschland, die Partei, der die Zukunft... gehört. Sobald diese Partei an die Herrschaft kommt, kann sie diese weder ausüben noch festhalten, ohne die Ungerechtigkeiten wiedergutmachen, die ihre Amtsvorgänger gegen andre Nationen begangen.“

(Engels, „Der Sozialismus in Deutschland“, 1891, Marx/Engels Werke Band 22, S. 253)

Doch auch wenn das Proletariat noch nicht siegreich ist, stellt der proletarische Internationalismus, die Unterstützung der Revolution in allen Ländern, eine erstrangige programmatische Aufgabe dar.

Die Unterstützung des Kampfes der vom „eigenen“ Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völker schwächt zudem den eigenen Imperialismus und erleichtert damit den Kampf zu seiner Zerschlagung durch das Proletariat Deutschlands.

Umgekehrt schmiedet das deutsche Proletariat durch die Duldung oder gar Unterstützung des deutschen Imperialismus bei der Ausbeutung und Unterdrückung der Völker anderer Länder nicht nur

selbst seine eigenen Ketten, sondern es macht sich dann selbstverständlich mitschuldig an den Verbrechen der deutschen imperialistischen Bourgeoisie.

Wir halten es daher für einen gewichtigen Fehler, daß im Programm der KPD diese internationalistischen Aufgaben für das revolutionäre deutsche Proletariat zwar knapp als eigener Punkt, aber unzureichend behandelt werden.

Falsche und unklare Aussagen zur Frage der Verbündeten des Proletariats in der sozialistischen Revolution

Als zentrale programmatistische Aufgabe der sozialistischen Revolution auf dem Land wird im KPD-Programm genannt:

„Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften unter einheitlicher zentraler Leitung im ganzen Reiche;“

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 45)

Auch zu den bäuerlichen Kleinbetrieben wird programmatisch richtig Stellung genommen:

„bäuerliche Kleinbetriebe bleiben im Besitze ihrer Inhaber bis zu deren freiwilligem Anschluß an die sozialistischen Genossenschaften.“

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 45)

Das schließt ein, daß die Besitzer der bäuerlichen Kleinbetriebe als Verbündete des sozialistischen Proletariats gewonnen und in den sozialistischen Aufbau einbezogen werden können. Es wird besonders festgestellt, daß die sozialistische Revolution die bäuerlichen Kleinbesitzer nicht gegen ihren Willen kollektiviert, d. h. in die sozialistischen Genossenschaften integriert. Dieser Prozeß des Anschlusses der bäuerlichen Kleinbetriebe muß ein freiwilliger sein. Dies sind richtige Eckpfeiler eines Agrarprogramms der sozialistischen Revolution.

Doch neben diesen richtigen programmatischen Grundsätzen finden sich im Programm auch fehlerhafte Aussagen, die im Widerspruch dazu stehen:

„Aber die proletarische Revolution ist zugleich die Sterbeglocke für jede Knechtschaft und Unterdrückung. Darum erheben sich gegen die proletarische Revolution alle Kapitalisten, Junker, Kleinbürger, Offiziere, alle Nutznießer und Parasiten der Ausbeutung und der Klassenherrschaft wie ein Mann zum Kampf auf Leben und Tod.“

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 41)

a) Hier werden Kleinbürger recht pauschal als Feinde der proletarischen Revolution eingeschätzt. Eine solche polemisch pointierte Feststellung, ja Übertreibung, enthält für die Erziehung der Arbeiterklasse als Hegemon der Kämpfe aller ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen ein großes Problem:

Wissenschaftlich betrachtet ist der „Kleinbürger“ natürlich nicht einfach der „Spießer“. Der „Kleinbürger“ ist auch nicht nur das städtische Kleinbürgertum, ein großer und sehr bedeutender Teil des Kleinbürgertums sind die kleinen Bauern, die es vor allem für die Revolution als Verbündete zu gewinnen gilt.

Die Kleinbauern sind zwar Privatbesitzer ihrer Produktionsmittel, aber in ihrer Masse haben sie im Kapitalismus keine Entwicklungsperspektive. Aufgrund dieser Zwiespältigkeit hat das Proletariat die Möglichkeit, die Masse der Kleinbauern als Verbündete für die sozialistische Revolution zu gewinnen. In diesem Sinne wird im Programm ja auch von dem Anschluß der bäuerlichen Kleibetriebe an die sozialistischen Genossenschaften ausgegangen.

Die oben benannte grobe, ja falsche Herangehensweise hat in gewissem Sinne Tradition in der deutschen Sozialdemokratie, zeigt, daß die junge KPD nicht frei war von altem sozialdemokratischem Ballast. Bereits Marx hatte in seiner Kritik am Gothaer Programm gegen den dort aufgenommenen Lassalleschen Glaubenssatz polemisiert, daß angeblich (der Arbeiterklasse) „gegenüber alle andren

Klassen *nur eine reaktionäre Masse* sind“.² Denn auch die Bourgeoisie trat historisch zuerst einmal als revolutionäre Klasse gegen den Feudalismus auf, und polemisch stellte Marx fest:

„Hat man bei den letzten Wahlen Handwerkern, kleinen Industriellen etc. und Bauern zugerufen: Uns gegenüber bildet ihr mit Bourgeois und Feudalen nur eine reaktionäre Masse?“

(Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, 1875, Marx/Engels Werke Band 19, S. 23)

b) Auch die im Programm geforderte „Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe“ (siehe vorliegende Nummer S. 45) ist in mehrfacher Hinsicht problematisch:

Bei dieser Forderung bleibt von vornherein unklar, welche Schichten der Bauernschaft mit den Begriffen „Großbetriebe“ bzw. „Mittelbetriebe“ gemeint sind.

Richtig ist ohne Zweifel, daß das siegreiche Proletariat unmittelbar den Grund und Boden und den gesamten Besitz an Produktionsmitteln der großen Landgüter (die damals vor allem den Junkern gehörten) enteignen muß. Auf dieser Grundlage muß das Landproletariat sofort den Aufbau einer sozialistischen landwirtschaftlichen Ökonomie in Angriff nehmen.

Es bleibt jedoch unklar, ob das KPD-Programm mit dieser „nächsten wirtschaftlichen Forderung“ nicht nur die sofortige Enteignung der Landgüter der Großgrundbesitzer, sondern darüber hinaus auch die sofortige Enteignung der Großbauern und sogar der Mittelbauern meinte.

Es steht zwar ebenfalls außer Zweifel, daß die Großbauern, die ja zum überwiegenden Teil von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft leben, in allen Phasen der sozialistischen Revolution Feinde des revolutionären Proletariats sind. Trotzdem wäre es falsch, sie als Klasse sofort nach dem Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie zu enteignen, d. h. sie sofort als Klasse zu liquidieren,

² Siehe Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, 1875, Marx/Engels Werke Band 19, S. 22

„denn für die Vergesellschaftung solcher Wirtschaften fehlen noch die materiellen, insbesondere die technischen, und ferner auch die sozialen Voraussetzungen“.

(Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage“, 1920, Werke Band 31, S. 146)

Und falls unter der Kategorie der Mittelbetriebe auch die Mittelbauern mit gemeint sein sollten, so würde diese Forderung nach der Enteignung der Mittelbauern außer acht lassen, daß diese Schicht auf dem Land zunächst vom revolutionären Proletariat neutralisiert werden kann, weil sie vorwiegend von der eigenen Arbeit lebt und nur zu geringem Teil von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft. Dieser Umstand ermöglicht es, im Verlaufe des sozialistischen Aufbaus die Masse der Mittelbauern in die sozialistische Revolution auf dem Land einzubeziehen, wie die Erfahrungen in Rußland später zeigten.

Auch diese fehlende Differenzierung im Herangehen des revolutionären Proletariats an die verschiedenen Schichten der landwirtschaftlichen Produzenten ist Ausdruck eines negativen Ballasts in der jungen KPD, der seine Wurzeln in den Fehlern der Sozialdemokratie der II. Internationale hat.

So hatte Engels die Sozialdemokraten der westeuropäischen Länder vor einer Enteignung der Mittelbauern und selbst der Großbauern unmittelbar nach dem Sieg der proletarischen Revolution gewarnt. Er verwies auf die tief verwurzelte Eigentümermentalität aller Bauern, einschließlich der Kleinbauern, die das Proletariat aber gewinnen will und deshalb nicht abschrecken darf. Er legte dar, daß der „eingefleischte Eigentumssinn“³ den Kleinbauern daran hindere, der sozialistischen Propaganda offene Ohren zu leihen. Die proletarische Staatsmacht habe daher „seinen Privatbetrieb und Privatbesitz in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck“.⁴

³ Siehe Engels, „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“, 1894, Marx/Engels Werke Band 22, S. 489

⁴ Ebenda, S. 499

Die Erfahrungen der russischen Oktoberrevolution und der anderen Revolutionen in Europa nach dem Ersten Weltkrieg hat Lenin als Linie für die Komintern für die Zeit unmittelbar nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats zusammenfassend dargelegt:

„In der Regel aber soll die proletarische Staatsmacht den Großbauern ihr Land lassen und es nur dann konfiszieren, wenn sie der Macht der Werktätigen und Ausgebeuteten Widerstand leisten.“

(Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage“, 1920, Werke Band 31, S. 146)

Es wäre allerdings eine überhebliche Herangehensweise, all diese hier nur angedeuteten Differenzierungen vom Programm der KPD von 1918 zu verlangen. Gerade die in den verschiedenen Phasen der sozialistischen Revolution sich verändernde Haltung des Proletariats zu den Mittelbauern (die nach der Revolution in beträchtlichem Umfang sich aus ehemaligen Kleinbauern zusammensetzen) sind Lehren, die die Kommunisten aus der Revolution in Rußland und der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion gezogen haben.

Den Genossinnen und Genossen der KPD war auf ihrem Gründungskongreß der Mangel in der Behandlung der Frage der Verbündeten des Proletariats auf dem Land in der sozialistischen Revolution bewußt. Nach ausführlicher Diskussion dieser Fragen wurde der Beschluß gefaßt, daß die neugegründete Partei in einer speziellen Kommission die Frage des Agrarprogramms behandeln sollte.

Karl Liebknecht stellte in einem Diskussionsbeitrag auf dem Parteitag heraus, daß gerade die Dorfarmut als Bündnispartner des Proletariats der Städte für die sozialistische Revolution gewonnen werden muß:

„Diesen Klassenkampf wollen wir aber gerade auf das Land hinaustragen, indem wir die gesamte Armut auf dem Lande, das Landproletariat und die Kleinbauern, an uns ketten als Kämpfer für den Sozialismus, für die Durchführung der sozialen Revolution gewinnen, jedenfalls nicht gegen uns aufzubringen suchen.“

(Karl Liebknecht, „Diskussionsreden auf dem Gründungsparteitag der KPD, Berlin 1918/19“, Gesammelte Reden und Schriften, Band IX, S. 687)

Auch Rosa Luxemburg hat auf die außerordentliche Wichtigkeit dieser Fragen hingewiesen und zugleich den ungeheuren Mangel der jungen Partei auf diesem Gebiet aufgezeigt. Sie sagte in ihrer Rede zum Programm:

„Wenn wir Ernst machen wollen mit einer sozialistischen Umgestaltung, müssen Sie Ihr Augenmerk ebenso auf das flache Land richten, wie auf die Industriezentren, und hier sind wir leider noch nicht einmal beim Anfang des Anfangs.“

(„Bericht über den Gründungsparteitag der KPD“, 1918/1919, herausgegeben von der KPD (Spartakusbund), S. 39)

Und ein paar Sätze weiter stellt sie fest:

„Wir müssen deshalb nicht bloß das Arbeiter- und Soldatenräte-System ausbauen, sondern auch die Landarbeiter und Kleinbauern in dieses System der Räte einführen.“

(ebenda, S. 40)

Damit hatte Rosa Luxemburg auch selbstkritisch festgestellt, daß sie selbst, wie auch die Genossinnen und Genossen der Spartakus-Gruppe, die Bauernfrage, d. h. die Frage der Verbündeten des Proletariats auf dem Land, bisher vernachlässigt hatten.

Der Kommunismus als Endziel der proletarischen Revolution wird im Programm nicht erwähnt

Es ist ein erheblicher Mangel des KPD-Programms, daß an keiner Stelle des Programms vom Kommunismus als Endziel der proletarischen Revolution die Rede ist. Es wird lediglich vom Sozialismus und an einer Stelle vom „sozialistischen Endziel“ (siehe vorliegende Nummer, S. 47) gesprochen. Aus dem Zusammenhang wird jedoch nicht klar, ob das Programm hier mit „sozialistischem Endziel“ den Kommunismus als Endziel der proletarischen Revolution meint.

Unserer Meinung nach ist es in einem Programm der proletarischen Revolution unverzichtbar, zu erklären, daß sich das Proletariat nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats erst in der ersten Phase seines Kampfes befindet, in dem es die Gesellschaft nach seinen Zielen umgestaltet. Denn der Sozialismus ist zwar eine Gesellschaft, in der die Ausbeutung abgeschafft ist, doch die Klassenteilung in der Gesellschaft überhaupt ist erst im Kommunismus beseitigt. Der Sozialismus ist daher nicht das Ende des proletarischen Klassenkampfes, sondern erst mit der Er kämpfung des Weltkommunismus, der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft auf der ganzen Welt, ist das Endziel der proletarischen Revolution verwirklicht.

Karl Marx hat in seinen „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“ (Kritik des Gothaer Programms) von 1875 auf die Notwendigkeit dieser Unterscheidung im Programm hingewiesen. Er schrieb in dieser Schrift über die niedere Phase der kommunistischen Gesellschaft, den Sozialismus:

„Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.“

(Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, 1875, Marx/Engels Werke Band 19, S. 20)

Über die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft, den Kommunismus, heißt es dann weiter:

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz

überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

(Ebenda, S. 21)

Trotz dieses erheblichen Mangels des KPD-Programms wäre es eine demagogische Unterstellung, würde man daraus schließen, daß die Genossinnen und Genossen – und insbesondere Rosa Luxemburg als Verfasserin des Programmentwurfs – nicht den Kommunismus als das Ziel des proletarischen Klassenkampfes verstanden hätten.

Ausgehend von Karl Marx und Friedrich Engels hat Rosa Luxemburg den Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie bis hin zum Kommunismus als Grundfrage des Marxismus propagiert:

„Die Marxsche Lehre in allgemeinsten Umrissen besteht ... in der Erkenntnis des historischen Weges, der aus der letzten ‚antagonistischen‘, auf Klassengegensätzen beruhenden Gesellschaftsform in die auf Interessensolidarität aller Mitglieder aufgebaute kommunistische Gesellschaft führt.“

(Rosa Luxemburg, „Karl Marx“, 1903, Gesammelte Werke, Band 1/2, S. 377)

Die Rolle der Partei als Vortrupp des Proletariats in der proletarischen Revolution wird unzureichend behandelt

Der IV. Abschnitt des Programms, der die Rolle der Partei darlegt, ist gegen die negativen Erfahrungen mit der deutschen Vorkriegssozialdemokratie gerichtet. Diese belehrte die Massen schulmeisterhaft, daß der Klassenkampf auch recht schön ordentlich, gesittet und respektvoll vor dem Gesetz geführt werden müsse, und tröstete die Linken immer wieder, daß die Partei schon rechtzeitig die revolutionären Losungen ausgeben werde. Unserer Meinung nach ergibt sich unter anderem aus dieser ideologischen Ausrichtung eine Tendenz, die Rolle der politisch-organisatorischen Führung des Kampfes der Arbeiterklasse durch die Kommunistische Partei unzureichend darzulegen.

Wir sind der Meinung, daß in einem Parteiprogramm, unabhängig von der ideologischen Ausrichtung gegen bürokratische Auffassungen von der „Führung“, unmißverständlich die Partei als führende revolutionäre Kampforganisation des Proletariats mit ihren wesentlichen Aufgaben genannt werden muß. Vorbildlich hierfür ist das Parteiprogramm der SDAPR von 1903. Der diesbezügliche Abschnitt, der auch in das Programm der KPR(B) von 1919 übernommen wurde, heißt:

„Die internationale Kommunistische Partei, die sich die Aufgabe stellt, das Proletariat zur Erfüllung seiner großen historischen Mission zu befähigen, organisiert es zu einer selbständigen politischen Partei, die sich allen bürgerlichen Parteien entgegenstellt, sie leitet seinen Klassenkampf in allen Erscheinungsformen, sie enthüllt ihm den unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Interessen der Ausbeuter und den Interessen der Ausgebeuteten und macht ihm die geschichtliche Bedeutung und die notwendigen Bedingungen der bevorstehenden sozialen Revolution klar. Zugleich damit zeigt sie der gesamten übrigen werktätigen und ausgebeuteten Masse die Aussichtslosigkeit ihrer Lage in der kapitalistischen Gesellschaft und die Notwendigkeit der sozialen Revolution im Interesse ihrer eigenen Befreiung vom Joch des Kapitals. Die Partei der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, ruft in ihre Reihen alle Schichten der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung, soweit sie sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen.“

(„Programm der KPR(B)“, 1919, S. 6; neu herausgegeben vom Buchladen Georgi Dimitroff, Frankfurt/Main, September 1989)

Es ist ein Mangel des Programms der KPD, nicht ähnlich präzise die Rolle der Kommunistischen Partei und ihrer Aufgaben herausgestellt zu haben.

Wir sind jedoch keinesfalls der Meinung, daß die Genossinnen und Genossen der jungen KPD die Partei lediglich als ideologische Führung der revolutionären Arbeiterklasse auffaßten, wie diverse SED-Revisionisten Rosa Luxemburg unterstellen. Daß dem nicht so ist, zeigt nicht nur die Praxis des Eingreifens der KPD in die revolutionären Kämpfe der Arbeiter und Soldaten im Dezember 1918 und Januar 1919 in Berlin und später. Auch im Bericht zur Organisation auf dem Parteitag wird mit der alten sozialdemokratischen Tradition, die Partei als „Wahlverein“ anzusehen, ausdrücklich gebrochen. Es wird das

Ziel gesetzt, die gerade gegründete kommunistische Partei als eine **revolutionäre Kampforganisation** aufzubauen. Rosa Luxemburg schrieb am 3. Januar 1919 in der „Roten Fahne“, daß der erste Parteitag hoffen läßt,

„daß die Kommunistische Partei Deutschlands als Stoßtrupp der proletarischen Revolution zum Totengräber der bürgerlichen Gesellschaft wird.

Jetzt gilt es, mit aller Kraft ans Werk zu gehen...

Das deutsche Proletariat zu dem gewaltigen Hammer zu schmieden, der die Klassenherrschaft zerschmettern wird, das ist die geschichtliche Mission der Kommunistischen Partei Deutschlands.“

(Rosa Luxemburg, „Der erste Parteitag“, 1919, Gesammelte Werke, Band 4, S. 514/515)

Weitere Fehler

Unterschätzung der Möglichkeiten der Bourgeoisie, auch aus tiefsten Krisen noch einen Ausweg zu finden

Zuerst heißt es im Programm:

„Mit dem Ausgang des Weltkrieges hat die bürgerliche Klassenherrschaft ihr Daseinsrecht verwirkt.“

(„Programm der KPD“, siehe vorliegende Nummer, S. 37)

Die sich daran anschließende Schlußfolgerung ist direkt falsch. Denn es heißt weiter:

„Sie ist nicht mehr imstande, die Gesellschaft aus dem furchtbaren wirtschaftlichen Zusammenbruch herauszuführen, den die imperialistische Orgie hinterlassen hat.“

(ebenda)

Diese Aussage ist eine Unterschätzung der Möglichkeiten, die die imperialistische Bourgeoisie selbst in einer gewaltigen Krise noch hat. Die Geschichte hat nicht nur einmal bewiesen, daß es für die Bourgeoisie keine völlig aussichtslose Lage gibt.

Lenin hat auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1920 gegen ähnliche Vorstellungen polemisiert – und Stalin erinnerte 1934 bewußt daran –, die „beweisen“ wollten, daß es für die Bourgeoisie keinen Ausweg mehr aus der Krise gäbe:

„... Revolutionäre (versuchen) zuweilen den Beweis zu führen, daß es absolut keinen Ausweg aus der Krise gebe. Das ist ein Irrtum. Absolut ausweglose Lagen gibt es nicht. Die Bourgeoisie benimmt sich wie ein frech gewordener Räuber, der den Kopf verloren hat, sie macht eine Dummheit nach der anderen, verschärft die Lage und beschleunigt ihren Untergang. Das alles ist richtig. Aber man kann nicht ‚beweisen‘, daß es für die Bourgeoisie absolut keine Möglichkeit gibt, irgendeine Minderheit der Ausgebeuteten durch irgendwelche kleinen Zugeständnisse einzuschläfern, irgendeine Bewegung oder einen Aufstand irgendeines Teiles der Unterdrückten und Ausgebeuteten niederzuschlagen. Wollte man von vornherein versuchen, die ‚absolute‘ Ausweglosigkeit zu ‚beweisen‘, so wäre das leere Pedanterie oder ein Spiel mit Begriffen und Schlagworten.“

(zitiert nach: Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag“, 1934, Werke Band 13, S. 266/267)

Die oben zitierte Passage im Programm der KPD ist unserer Meinung nach in diesem Sinne falsch.

Auch die proletarischen Frauen müssen sich bewaffnen und Teil der Arbeitermiliz des proletarischen Staates werden

In dem Abschnitt „Sofortige Maßnahmen zur Sicherung der Revolution“ wird im Programm die Forderung nach „Bewaffnung der gesamten erwachsenen *männlichen* proletarischen Bevölkerung“ auf

gestellt (siehe vorliegende Nummer, S. 43). Diese Forderung ist unserer Meinung nach nur richtig, wenn die Einschränkung wegfällt, denn Arbeiterinnen und Arbeiter müssen zusammen die bewaffnete proletarische Miliz bilden, wie es Lenin und die Oktoberrevolution gezeigt hatten.⁵ Nicht zuletzt ist die Gleichstellung der Arbeiterinnen in der proletarischen Revolution und unter der Diktatur des Proletariats auch auf diesem Gebiet Teil der Befreiung der Frauen von der Vorherrschaft und Unterdrückung durch die Männer.

Die Losung „Sozialisierung der Gesellschaft“ – ein sozialdemokratisches Überbleibsel

In der alten Vorkriegssozialdemokratie war es verbreitet, von der „Sozialisierung“ der Gesellschaft zu sprechen, im Sinne der sozialistischen Umgestaltung der gesamten Gesellschaft nach Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. In diesem Sinne spricht auch das KPD-Programm von der „Sozialisierung der Gesellschaft“ (siehe vorliegende Nummer, S. 40).

Die junge KPD verwendete diese Losung der „Sozialisierung“ in den darauffolgenden Jahren häufig in ihrer Agitation und Propaganda in den Klassenkämpfen. Sie konnte mit dieser Losung jedoch der konterrevolutionären sozialdemokratischen Demagogie der SPD nicht prinzipienfest entgegentreten, da die SPD ihre Regierungspolitik als Politik der „Sozialisierung“ bezeichnete. Diese verstand darunter jedoch eine Art „Mitbestimmung“ der Arbeiteraristokraten und Arbeiterbürokraten der reformistischen Gewerkschaftsspitzen in einigen Bereichen der Wirtschaft, auf die sie sich mit der Bourgeoisie geeinigt hatte, um den Kampf des Proletariats in reformistischen Bahnen zu halten.

Nach gründlicher Diskussion in ihren eigenen Reihen und im Rahmen der Komintern zu Beginn der 20er Jahre hat die KPD die Fehlerhaftigkeit dieser Losung erkannt und korrigiert. Dabei half auch die scharfe Kritik des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an diesem Begriff. In einem Schreiben des EKKI „An alle

⁵ Vgl. Lenin, „Über die proletarische Miliz“, 1917, Werke Band 23, S. 342/343

Arbeiter Deutschlands, an die Reichszentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands und an den Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ heißt es dazu:

„Das Wort ‚Sozialisierung‘ vertuscht die Notwendigkeit der Konfiskation, die durch das unerträgliche Joch der imperialistischen Schulden und die Verarmung der Arbeiter hervorgehoben wird, vertuscht den Widerstand der Ausbeuter und die Notwendigkeit revolutionärer Maßnahmen des Proletariats zu ihrer Unterdrückung. Diese Fragestellung erzeugt notwendigerweise reformistische Illusionen, die der Diktatur des Proletariats durchaus nicht entsprechen.“

(Die Kommunistische Internationale, 1920, Heft 9, S.159, zitiert nach „Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands“, Berlin 1972, S. 52)

Diese Passage im Programm der KPD muß man daher als ein Überbleibsel der alten Sozialdemokratie kritisieren.

Zwar hat Rosa Luxemburg im Kampf gegen den Bernsteinschen Reformismus gegen die „allmähliche Sozialisierung“ polemisiert. Sie schrieb, daß

„bei der Bernsteinschen Theorie der ‚allmählichen Sozialisierung‘ schließlich aus dem Begriff des Sozialismus selbst alles verschwindet, was wir darunter verstehen, und der Sozialismus zur ‚gesellschaftlichen Kontrolle‘, d. h. zu harmlosen bürgerlichen Sozialreformen wird...“

(Rosa Luxemburg, „Sozialreform oder Revolution?“, 1899, Gesammelte Werke, Band 1/1, S. 454)

Jedoch die Beibehaltung der Losung der „Sozialisierung“ zeigt, daß der Bruch mit den alten sozialdemokratisch-opportunistischen Fehlern auch in dieser Frage noch nicht vollständig vollzogen war.

Zusammenfassung

Das kritische Studium des Programms der KPD ergibt zusammenfassend:

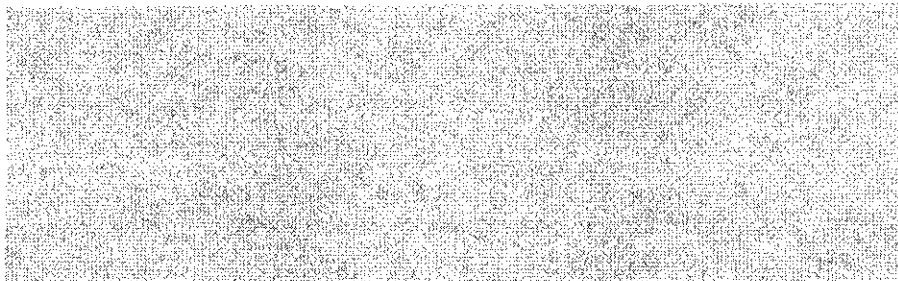
Ein großartiges, revolutionäres, kommunistisches Programm, eine bewußte Kriegserklärung an Revisionismus und Opportunismus, ein beeindruckendes Dokument der Loslösung von dem „stinkenden Leichnam“ der Sozialdemokratie, das wirkliche Gründungsdokument der jungen Kommunistischen Partei, auf dem es heute aufzubauen gilt. Das ist die Hauptsache!

Ein Dokument, in dem der Prozeß des Kampfes der Loslösung von der Sozialdemokratie, vom Revisionismus noch voll im Gange ist, wo in wichtigen, keinesfalls untergeordneten Punkten der sozialdemokratisch-revisionistische Ballast noch nicht ganz abgeworfen ist, somit auch schwerwiegende Fehler den Weg des Aufbaus der Kommunistischen Partei begleiteten – das ist das andere, im richtigen Gesamtzusammenhang keinesfalls unwichtige Ergebnis der Analyse dieses Programms der KPD.

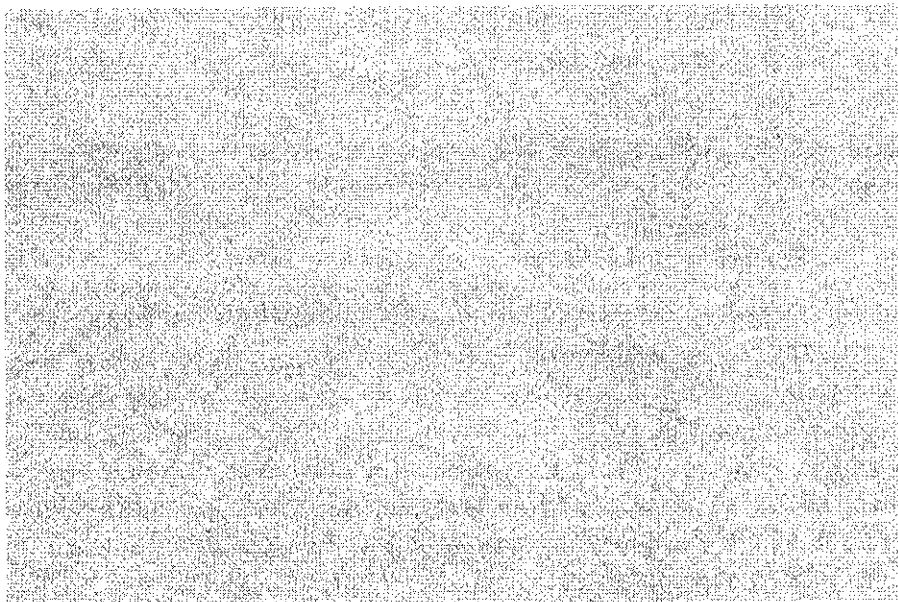
Wir werden durch weitere Analysen der Geschichte der KPD sehen, wie die revolutionären, kommunistischen Inhalte des Programms der KPD beibehalten und ausgebaut, wie der noch vorhandene sozialdemokratische Ballast abgetragen wurde. Wir werden auch sehen, welche Fehler zwar erkannt, aber nicht korrekt kritisiert, nicht korrekt beseitigt wurden.

Wir werden dies analysieren, debattieren und klären mit einem einzigen Ziel:

Heute in der revolutionären Tradition der KPD, der revolutionären Tradition Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und Ernst Thälmanns eine revolutionäre Kommunistische Partei aufzubauen, um den Kampf zur Vernichtung des deutschen Imperialismus fortzusetzen, um Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse aller Länder im Kampf für den Kommunismus in der ganzen Welt unseren Beitrag zu leisten.



**Den Kampf von
Rosa Luxemburg und
Karl Liebknecht für die
proletarische Revolution
und den Kommunismus
weiterführen!**



Stationen und Positionen des revolutionären Kampfes von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Gegen Reformismus – für Revolution

Heute wird die linke Bewegung, ähnlich wie Ende letzten Jahrhunderts, von einer Flut von Anschauungen überschwemmt, die die kommunistischen Ideen für überholt erklären.

Hauptvertreter dieser Anschauungen war damals Eduard Bernstein, der die Revision der marxistischen Grundsätze forderte. So entstand die Strömung des „Revisionismus“.

Von Anbeginn an warfen sich Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht dieser Strömung entgegen und waren schon sehr früh entsprechenden Anfeindungen ausgesetzt. Sie hatten sehr schnell den Ruf als „Spalter“ weg. Doch die Tatsachen beweisen, daß sie es waren, die für eine revolutionäre Einheit eintraten.

Bernstein schuf die Patentformel „Das Endziel, was es immer sei, ist mir nichts, die Bewegung ist alles“ und lieferte damit bis auf den heutigen Tag allen Opportunisten die Legitimation für ihre Abkehr vom revolutionären Weg. Weit davon entfernt, den aktuellen Tageskampf gering zu schätzen, machte Rosa Luxemburg eindringlich klar, daß alles Stückwerk bleibt und letzten Endes die kapitalistische Ordnung stützt bzw. von ihr aufgesogen wird, wenn der Tageskampf nicht dem Kampf für die proletarische Revolution untergeordnet ist:

„Da aber das sozialistische Endziel das einzige entscheidende Moment ist, das die sozialdemokratische Bewegung von der bürgerlichen Demokratie und dem bürgerlichen Radikalismus unterscheidet, das die ganze Arbeiterbewegung aus einer müßigen Flickarbeit zur Rettung der kapitalistischen Ordnung in einen Klassenkampf gegen diese Ordnung, um die Aufhebung dieser Ordnung verwandelt, so ist die Frage Sozialreform oder Revolution?...“

(Rosa Luxemburg, „Sozialreform oder Revolution?“. April 1899, Gesammelte Werke, Band 1/1, S. 370)

Revolution statt Reformismus – das war die Grundhaltung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von Beginn ihres Wirkens an.

Entsprechend war ihre Haltung zum bürgerlichen Staat, einem Werkzeug der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft. Rosa Luxemburg machte auf dem Parteitag der SPD 1898 unmißverständlich klar:

„Im übrigen bin ich der Meinung, daß *dieser Staat zerstört werden muß.*“

(Rosa Luxemburg, „Rede auf dem Parteitag der SPD vom 3. bis 8. Oktober 1898 in Stuttgart“, 1898, Gesammelte Werke, Band 1/1, S. 241)

Die Niederschlagung des Moskauer Aufstandes im Dezember 1905 vermochte Rosa Luxemburgs Zuversicht in keiner Weise zu erschüttern. Am 2. Januar schrieb sie an Karl Kautsky:

„Die Stimmung ist überall schwankend und abwartend. Die Ursache von alledem ist aber der einfache Umstand, daß der bloße Generalstreik die Rolle ausgespielt hat. Jetzt kann nur ein direkter allgemeiner Straßenkampf die Entscheidung bringen, dazu muß aber der Augenblick noch mehr vorbereitet werden.“⁶

1906 schrieb sie in ihrer Schrift „In revolutionärer Stunde: Was weiter?“:⁷

⁶ Zitiert nach: Fred Oelßner, „Rosa Luxemburg - eine kritische biographische Skizze“, Berlin 1951, S. 40.

⁷ In Fred Oelßners Biographie über Rosa Luxemburg von 1951 wird diese Stelle anders aus dem polnischen übersetzt, allerdings ohne Quellenangabe zitiert:

„Die Phase des offenen Kampfes, die begonnen hat, legt der Sozialdemokratie die Pflicht auf der möglichst guten Bewaffnung der fortgeschrittensten Kämpfer, der

„Die beginnende Phase der offenen, bewaffneten Kämpfe auferlegt der Sozialdemokratie die Pflicht der möglichen Bewaffnung der vorderen Reihen der Kämpfenden, das Durchdenken der Pläne und Bedingungen des Straßenkampfes, der Ausnutzung vor allem der Erfahrungen und Lehren des bewaffneten Aufstandes in Moskau. Aber nicht in diesen *technischen* Vorbereitungen zu bewaffneten Aufständen, obwohl sie wichtig und unentbehrlich sind, nicht in ihnen liegt die *Hauptgarantie* des Sieges des Volkes in dem offenen Zusammenstoß mit dem Militär. Entscheidend wird schließlich und endlich nicht die in Kampfabteilungen organisierte Minderheit der Arbeiterklasse sein, die sich den revolutionären Kampf zur speziellen Aufgabe macht, sondern die breiteste Masse des Proletariats. Nur ihre Kampfbereitschaft, ihre organisierten und disziplinierten Bewegungen, ihr Massenheldentum kann der Straßenrevolution den endgültigen Sieg sichern.“

(Rosa Luxemburg, „In revolutionärer Stunde: Wie weiter?“, 1906, Gesammelte Werke, Band 2, S. 35)

Gegen den verdamnten revisionistischen Aberglauben an die „Demokratie“

Die Revisionisten stellten die Klassengegensätze in der Gesellschaft als nicht mehr so bedeutend dar und verbreiteten das Märchen von der „Demokratie“, die angeblich für jeden gleichermaßen von Nutzen sei. Für was braucht man die gewaltsame Revolution, wenn man angeblich doch durch Wahlen Stück für Stück dem Paradiese näherkommt. Durch Wahlerfolge der Sozialdemokraten wurde diese Haltung genährt, durch bestochene Gewerkschaftsführer zusätzlich verbreitet.

Karl Liebknecht nahm von Anbeginn seiner politischen Aktivitäten an gegen diese revisionistischen Verdrehungen der Marxschen Lehre

Fortsetzung der Fußnote

Ausarbeitung der Pläne und der Bedingungen für den Straßenkampf, vor allem die, die Lehren zu ziehen aus dem Moskauer Kampf. Diese technische Vorbereitung für den bewaffneten Kampf ist ungeheuer wichtig und notwendig...“

(Zitiert nach: Fred Oelßner, „Rosa Luxemburg - eine kritische biographische Skizze“, Berlin 1951, S. 40)

Steilung und griff den „revisionistischen Aberglauben an die Demokratie“ an. In einer noch heute verblüffenden Aktualität skizzierte Karl Liebknecht diese reformistische und opportunistische Anschauung. Sie besteht

„1. in dem wahren Gottvertrauen auf eine mystische Wunderkraft, genannt ‚Demokratie‘; 2. in der Unterschätzung des Gegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen Sozialismus und Kapitalismus, sowie in der daraus resultierenden starken Hoffnung auf friedlich glatte Entwaffnung und Gewinnung der Bourgeoisie oder ganzer Teile von ihr, vor allem durch die Kraft der Überredung; 3. – trotz aller Vorbehalte – in dem Abschwören der ‚Revolution‘, der ‚gewaltsamen Aktion‘.“

(Karl Liebknecht, „Die neue Methode“, September 1902, Gesammelte Reden und Schriften, Band 1, S. 17)

Kampf statt Ermattung

Neben den offenen Reformisten um Bernstein bildete sich in der Sozialdemokratie die Strömung des Zentrums heraus, die der Versöhnler um Kautsky. Kautsky, der in der Sozialistischen Internationale hochangesehene Theoretiker, tarnte seinen Opportunismus oft geschickt mit marxistischer Terminologie.

Hochgelehrt erklärte Kautsky, daß man in der „Periode der Ermattung“ nicht von Revolution reden solle (ohne die Revolution rundweg abzulehnen), sondern sich auf Wahlerfolge konzentrieren bzw. beschränken müsse. Rosa Luxemburg erkannte und entlarvte als eine der ersten die kautskyanische Spielart des Opportunismus und zerriß Kautskys theoretische Rauchvorhänge, hinter denen sich **„Nichtsalsparlamentarismus“** verbarg. Rosa Luxemburg hielt Kautskys „schillernde theoretische Spintisierereien für gefährlicher“ als das Gerede der offenen Revisionisten. Sie sah in Kautskys Auftreten

„... eine theoretische Schirmwand für die Elemente in der Partei und in den Gewerkschaften..., die sich bei der weiteren rücksichtslosen Entfaltung der Massenbewegung unbehaglich fühlen, sie im Zaume halten und sich am liebsten so schnell wie möglich auf die alten bequemen Bahnen des parlamentarischen und gewerkschaftlichen Alltags zurückziehen möchten.“

(Rosa Luxemburg, „Ermattung oder Kampf?“, 1910, Gesammelte Werke, Band 2, S. 374)

Revolution statt Reformismus, das war die Grundhaltung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von Beginn ihres Wirkens an. Kampf nicht nur gegen die offenen, sondern gerade auch gegen die versteckten Verteidiger des Kapitalismus war für ihre Haltung kennzeichnend!

Für den proletarischen Internationalismus – Kampf gegen die Verbrechen der deutschen Imperialisten an den unterdrückten Völkern und gegen den deutschen Chauvinismus

Das revolutionäre Wirken Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts war davon gekennzeichnet, den Kampf der vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völker zu unterstützen und den deutschen Chauvinismus anzuprangern. In einer Front mit Lenin brandmarkten sie bereits 1907 auf dem Stuttgarter Kongreß der II. Internationale die rechten Sozialdemokraten unter Führung Bernsteins, die für die Anerkennung einer „zivilisatorisch wirkenden sozialistischen Kolonialpolitik“ eintraten, als Verteidiger der imperialistischen Ausbeutung der Kolonialvölker.⁸

★ Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bekämpften auch konkret die eigene Bourgeoisie und ihre kriegstreiberische Politik der Kolonisierung anderer Völker. Als die deutschen Imperialisten im Juli 1911 ein *Kanonboot nach Marokko* schickten, riefen sie die deutschen Werktätigen zu einem Proteststurm gegen die Verbrechen des imperialistischen Krieges und der Kolonialpolitik auf. Zugleich entlarvten sie den Chauvinismus der Führer der deutschen Sozialdemokratie, die aus Rücksicht auf die anstehenden Wahlen eine internatio-

⁸ Vgl. Karl Liebknecht, *Gesammelte Reden und Schriften*, Band II, S. 71/72 und S. 489

nale sozialistische Kundgebung ablehnten und erst auf Druck der Mitgliederbasis ein Flugblatt herausgaben, das allerdings lediglich auf die Nachteile der imperialistischen Politik für die deutschen Arbeiter einging, aber mit keinem Wort auf die Auswirkungen für die unterdrückten Völker.⁹

★ Rosa Luxemburg rief mehrmals die in Vergessenheit geratene grausame Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus in Afrika in Erinnerung, besonders seinen mörderischen *Unterdrückungsfeldzug bis hin zum Völkermord von 1904 bis 1907 in Südwestafrika*:

„Wo blieb... der Entrüstungssturm im Reichstag, als deutsche Militärs wehrlose Hereroweiber und Kinder in die Wüste trieben, um sie dort in Wahnsinn verröcheln zu lassen?“

(Rosa Luxemburg, „Die Bilanz von Zabern“, Gesammelte Werke, Band 3, S. 370)

Sie erklärte sich solidarisch mit dem *Freiheitskrieg der Völker der Hereros und Namas* (letztere unter dem Schimpfwort „Hottentotten“ bekannt) gegen die Kolonialherrschaft der deutschen Imperialisten, die ihren ersten Völkermord an 80 000 Hereros begingen, indem sie sie niederschossen, in die Wüste trieben und dort verhungern und verdursten ließen.¹⁰

★ Rosa Luxemburg prangerte auch das Schweigen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur *Hinrichtung eines Eingeborenenführers in Kamerun* an, die im August 1914 nach der blutigen Niederschlagung eines Volksaufstandes gegen die deutsche Kolonialherrschaft als Vergeltungsmaßnahme durchgeführt wurde.¹¹

⁹ Siehe dazu die Artikel von Rosa Luxemburg über die Marokko-Krise von Juli bis November 1911, Gesammelte Werke, Band 3, S. 5 bis S. 69; siehe auch die Rede von Karl Liebknecht auf dem Parteitag der SPD „Gegen die Marokkopolitik der deutschen Imperialisten“, September 1911, Gesammelte Reden und Schriften, Band IV, S. 456 ff.

¹⁰ Siehe Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 3, S. 70 und 412, sowie Band 4, S. 161

¹¹ Siehe Rosa Luxemburg, „Die Krise der Sozialdemokratie“, 1916, Gesammelte Werke, Band 4, S. 112

★ Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bekämpften entschieden die *Expansion des deutschen Imperialismus in der Türkei*, die Aus-saugung und Ruinierung der türkischen Kleinbauern im Interesse des deutschen Bank- und Industriekapitals, von Deutscher Bank, Siemens, Krupp usw., mit Hilfe der türkischen Regierung, dem gehor-samen Werkzeug und Vasallen des preußisch-deutschen Militarismus.¹²

★ Karl Liebknecht prangerte im Reichstag die *Ausrottung der Armenier* in der Türkei an, die gegen das türkische Kompradoren- und Grundbesitzerregime für nationale Unabhängigkeit kämpften. Zwischen 1915 und 1918 wurden vom türkischen Regime unter maßgeblicher Beteiligung und militärischer Führung der deutschen Imperialisten nahezu 1,5 Millionen Armenier systematisch durch Deportation, Zwangsarbeit in Konzentrationslagern, Erschießung und Todesmärsche in die Wüste ermordet.¹³

★ Karl Liebknecht setzte sich auch speziell für die „*völlige Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern*“ auch in bezug auf das Recht zum Aufenthalt im Inlande“ ein und forderte die Beseiti-gung des chauvinistischen „Fremdenrechtes“, vor allem der „Auswei-sungsschmach“.¹⁴

★ Besonders entschieden kämpfte er *gegen eine reaktionäre, anti-semitische Bewegung* an deutschen Universitäten, die sich gegen die Fremden im allgemeinen, aber in erster Linie gegen die Zulassung von Juden richtete.¹⁵

¹² Siehe Rosa Luxemburg, ebenda, S. 83-91

¹³ Siehe Karl Liebknecht, „Der Anfragenfeldzug“, 1916, Gesammelte Reden und Schriften, Band VIII, S. 438/439

¹⁴ Siehe Karl Liebknecht, „Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!“, 1907, Gesammelte Reden und Schriften, Band II, S. 71-73.

¹⁵ Siehe Karl Liebknecht, „Gegen Chauvinismus und Antisemitismus an deutschen Universitäten“, 1913, Gesammelte Reden und Schriften, Band VI, S. 168-202

Kampf gegen den imperialistischen Krieg

Der Kampf Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts war zugleich ein unerbittlicher Kampf gegen den deutschen Imperialismus und seine Kriegsvorbereitungen.

Der deutsche Imperialismus, der bei der imperialistischen Verteilung der Welt zu kurz und zu spät gekommen war, drängte auf Neuerteilung der Weltmärkte und rüstete zum Krieg.

Um Zustimmung in der Bevölkerung zu erlangen, hatte die Bourgeoisie außer ihren Zwangsmitteln eine ganze Palette des Betrugs, der Demagogie, der Bestechung und der Verführung parat. Der Arbeiterklasse wurden das eine oder andere Recht bzw. einige Vergünstigungen in Aussicht gestellt, damit sie über das Unrecht an anderen Völkern schweige.

Das alles fruchtete in der einen oder anderen Weise. Nur ein kleiner Teil der SPD-Führer leistete dem chauvinistischen Taumel wirksamen Widerstand, viele SPD-Führer ließen sich immer stärker in die chauvinistische Politik des deutschen Imperialismus einspannen.

Rosa Luxemburg und Lenin im gemeinsamen Kampf

Sowohl im nationalen als auch internationalen Rahmen gab es in den Reihen der Sozialisten Rückzieher und Halbheiten. Auf dem Internationalen Sozialistenkongreß 1907 in Stuttgart kämpften Rosa Luxemburg und Lenin gemeinsam für eine konsequente Plattform gegen den Krieg, als es darum ging, nicht nur allgemeine Resolutionen zu verabschieden, sondern klar zu sagen, wie sich die Sozialisten im Kriegsfall verhalten sollten:

„Daher brachten Rosa Luxemburg und die russischen sozialdemokratischen Delegierten zur Bebelschen Resolution Abänderungsanträge ein. Diese Anträge besagten 1., daß der Militarismus ein Hauptwerkzeug der Klassenunterjochung ist, verwiesen 2. auf die Aufgabe der Agitation unter der Jugend und betonten 3. die Aufgabe der Sozialdemokratie, nicht nur gegen den Ausbruch von Kriegen oder für die rasche Beendigung bereits aus-

gebrochener Kriege zu kämpfen, sondern auch *die durch den Krieg herbeigeführte Krise auszunutzen, um den Sturz der Bourgeoisie zu beschleunigen.*“

(Lenin, „Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart“, 1907, Werke Band 13, S. 72)

Diese Resolution wurde auf dem Internationalen Sozialistenkongreß 1912 in Basel neuerlich nach gemeinsamem Kampf von Lenin und Rosa Luxemburg bestätigt.

Gegen die „patriotische Rattenfängerei“

Ganz im Geiste dieser Resolution fand parallel zum Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart die Erste Internationale Konferenz Sozialistischer Jugendorganisationen statt. Die Konferenz wurde von Karl Liebknecht initiiert und organisiert. Bis 1910 war Karl Liebknecht Präsident der Jugendinternationale.

Karl Liebknecht erkannte schon früh die Bedeutung des Kampfes um die Arbeiterjugend. Insbesondere widmete er sich der Entlarvung verlogener nationaler Phrasen und demaskierte Militarismus und Chauvinismus.

Wegen seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ wurde er im Oktober 1907 im Leipziger Hochverratsprozeß zu eineinhalb Jahren Festungshaft verurteilt. Karl Liebknecht nutzte den Prozeß als Forum zur antimilitaristischen Agitation und wendete die Anklage gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus.

Ohne sich einschüchtern zu lassen, setzte Karl Liebknecht seinen Kampf gegen den imperialistischen Krieg fort. Für die Zweite Internationale Jugendkonferenz in Kopenhagen, 1910, arbeitete er Thesen aus, die in der korrekten Kampflösung gegen den imperialistischen Krieg „*Krieg dem Krieg*“ mündeten.

„Der Hauptfeind steht im eigenen Land“

Der 4. August 1914 war der Tag, an dem sich der endgültige Bankrott der SPD manifestierte, als die Parlamentsfraktion der SPD den Kriegskrediten des deutschen Imperialismus unter dem Motto zustimmte:

„Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“

(Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte, Berlin 1916; zitiert nach: Rosa Luxemburg, „Die Krise der Sozialdemokratie“, 1916, Gesammelte Werke, Band 4, S. 63)

Mit dieser Zustimmung zu den Kriegskrediten wechselte die SPD endgültig auf die Seite der deutschen imperialistischen Bourgeoisie über.

Rosa Luxemburg charakterisierte, wie Lenin hervorhob, die SPD daher als „*stinkenden Leichnam*“.

Am 2. Dezember gab es den ersten Lichtblick: Karl Liebknecht lehnte als einziger Abgeordneter die Kriegskreditvorlage ab (nachdem er sich am 4. August noch der Fraktionsdisziplin gebeugt hatte). Das *Nein* von Karl Liebknecht schlug wie ein Blitz in tiefster Finsternis ein. Die von der Reaktion siegessicher vorgetragene Burgfriedenspolitik wurde mit einem Schlag zerrissen. Liebknecht wurde zum Symbol der internationalen Solidarität der Völker. Auf der anderen Seite stieg der Haß gegen ihn ins Unermeßliche.

Als Mitglied der illegal arbeitenden Gruppe „Internationale“ trug er die Losung „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ auf die verschiedenste Weise in das Volk, sei es von der Tribüne des Reichstags, sei es in illegalen Flugblättern. Immer schärfer wurde seine Kampfansage an den deutschen Imperialismus. Auch als Karl Liebknecht als Soldat eingezogen wurde, setzte er seinen Kampf gegen Imperialismus und Militarismus fort.

Der Kampf gegen den Imperialismus ist vom Kampf gegen den Opportunismus nicht zu trennen

Unversöhnlicher Kampf nicht nur gegen die offenen, sondern gerade auch gegen die verdeckten Verteidiger des Kapitalismus – das war für die Haltung von Rosa und Karl kennzeichnend. Der Kampf gegen den Revisionisten Bernstein, später gegen Kautsky, gegen die Sozialchauvinisten und Vaterlandsverteidiger innerhalb der SPD war – trotz aller Schwächen – wesentlich für Rosa und Karl.

Rosa Luxemburg, obwohl seit Februar 1915 im Gefängnis, beteiligte sich weiter am revolutionären Kampf. Mit ihrer aus dem Gefängnis herausgeschmuggelten und Anfang 1916 veröffentlichten Schrift „Die Krise der Sozialdemokratie“ („Junius-Broschüre“) rechnete Rosa Luxemburg mit dem Opportunismus und Chauvinismus der SPD ab.

Besonders prangerte sie den Bankrott der sozialistischen Internationale und insbesondere Karl Kautsky an, welcher wiederum die Begleitmusik für den offenen Verrat am proletarischen Internationalismus lieferte, indem er die Sozialistische Internationale als Vereinigung hinstellte, die nur im Frieden wirken könne. Rosa Luxemburg gab in der illegal herausgegebenen Zeitschrift „Die Internationale“ die gebührende Antwort:

„Der welthistorische Appell des Kommunistischen Manifests erfährt eine wesentliche Ergänzung und lautet nun nach Kautskys Korrektur: Proletarier aller Länder, vereinigt euch im Frieden, und schneidet euch die Gurgeln ab im Kriege!“

(Rosa Luxemburg, „Der Wiederaufbau der Internationale“, April 1915, Gesammelte Werke, Band 4, S. 25)

Die 1915 u. a. von Rosa Luxemburg gegründete marxistische Zeitschrift „Die Internationale“ bekämpfte nicht nur die offenen Sozialchauvinisten der SPD, sondern auch die versöhnlerischen Opportunisten, die Kautskyaner. Dadurch wurde die ideologische Sammlung der Linken verstärkt und deren engerer organisatorischer Zusammenschluß vorbereitet. Es bildete sich die illegal arbeitende „Gruppe Internationale“, die spätere „Spartakusgruppe“ heraus, die einen verstärkten Kampf gegen den Opportunismus führte.

Lenin stellte 1917 fest, als er die revolutionären Taten der deutschen Linken zusammenfaßte, daß sie

„... gegen den Reformismus und Opportunismus innerhalb der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie kämpfen;“

(Lenin, „Vorgetäuschter oder wirklicher Sumpf?“, 1917, Werke Band 23, S. 294)

Die Gründung der KPD 1918 unter Führung von Rosa und Karl war der Höhepunkt des Prozesses der Loslösung der Linken um Rosa

Luxemburg und Karl Liebknecht von der opportunistischen Sozialdemokratie. Das Programm der KPD, das von Rosa Luxemburg entworfen wurde, war sichtbar dokumentiertes Zeichen dieser Lostrennung. Dies war zugleich der Beginn der vollständigen Loslösung vom Opportunismus, der mit der Gründung der KPD eben erst seinen organisierten Anfang nahm.

Es war Rosa Luxemburg, die auf dem Gründungsparteitag der KPD forderte, selbstkritisch den Kampf gegen den opportunistischen Sumpf der Sozialdemokratie auf der Basis der revolutionären Lehren von Marx und Engels, der kommunistischen Prinzipien des „Manifests der Kommunistischen Partei“ zu führen, die die Sozialdemokratie so schändlich verraten hatte.

Lenin über Karl Liebknecht 1919

„Karl Liebknecht, dieser Name ist den Arbeitern aller Länder bekannt. Überall, und besonders in den Ententeländern, ist dieser Name zum Symbol der Ergebenheit eines Führers für die Interessen des Proletariats, der Treue zur sozialistischen Revolution geworden. Dieser Name ist das Symbol des wahrhaft ehrlichen, wahrhaft opferbereiten, schonungslosen Kampfes gegen den Kapitalismus. Dieser Name ist das Symbol des unversöhnlichen Kampfes gegen den Imperialismus, eines Kampfes nicht in Worten, sondern in Taten, der gerade dann größte Opferbereitschaft offenbart, wenn das ‚eigene‘ Land vom Tummel imperialistischer Siege erfaßt ist. Mit Liebknecht und den ‚Spartakusleuten‘ geht alles, was unter den Sozialisten Deutschlands ehrlich und wirklich revolutionär geblieben ist, alles Beste und Überzeugte im Proletariat, die ganze Masse der Ausgebeuteten, die erfüllt sind von Empörung und unter denen die Bereitschaft zur Revolution wächst.“

(Lenin, „Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas“, 1919, Werke, Band 28, S. 444/445)

Der 1. Mai 1916 – Demonstration gegen den Krieg

Die im Kampf gegen den Verrat der Sozialchauvinisten entstandene Spartakusgruppe unter Führung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts rief am 1. Mai 1916 zu einer Demonstration gegen den Krieg auf. Zehntausende fanden sich auf dem Potsdamer Platz in Berlin trotz Belagerungszustand und nationalistischer Hetze ein. Plötzlich erschallte Liebknechts Stimme:

„Nieder mit dem Krieg – nieder mit der Regierung!“

Liebknecht wurde noch an Ort und Stelle verhaftet. In einem ersten Verfahren wurde Karl Liebknecht zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Am selben Tag streikten Zehntausende Arbeiter in Berlin und Braunschweig unter der Losung: „Streikt für Liebknecht“. In der zweiten Instanz wurde das Urteil auf vier Jahre Zuchthaus erhöht.

Auch Rosa Luxemburg wurde kurze Zeit später erneut verhaftet und in „Schutzhaft“ genommen. Erst die beginnende Novemberrevolution 1918 brachte beiden die Freiheit:

Am 23. Oktober 1918 wurde Karl Liebknecht auf Druck der Massen freigelassen. Ein Tag später fand für ihn ein Empfang in der Sowjetbotschaft statt.

Der russische Botschafter verlas ein Grußtelegramm der Bolschewiki.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung erzwang am 9. November auch die Freilassung Rosa Luxemburgs.

Lenin über die revolutionären Taten der deutschen Linken 1917

- „... 1: den Hauptfeind im eigenen Lande angreifen;
 2. die Sozialpatrioten des eigenen Landes ... entlarven, bekämpfen, sich mit ihnen nicht ... gegen die Linksradiكالen vereinigen;
 3. nicht nur die Sozialpatrioten, sondern auch die Sozialpazifisten und die ‚Zentrumsleute‘ im eigenen Lande offen kritisieren und deren Schwächen bloßlegen;
 4. die parlamentarische Tribüne zur Aufforderung des Proletariats zum revolutionären Kampfe, zum Umkehren der Waffen, benutzen;
 5. unzensurierte Flugblätter verbreiten und ungenehmigte Versammlungen organisieren;
 6. proletarische Demonstrationen arrangieren, wie z. B. solche auf dem Potsdamer Platz in Berlin, wo Liebknecht verhaftet worden ist;
 7. zu Streiks der Munitionsarbeiter aufrufen, wie es die Gruppe ‚Internationale‘ mittelst unzensurierter Flugblätter getan hat;
 8. offen die Notwendigkeit einer vollständigen ‚Regeneration‘ der heutigen, sich auf reformistische Tätigkeit beschränkenden, Parteien beweisen und in diesem Sinne handeln, wie das Liebknecht getan hat;
 9. die Vaterlandsverteidigung im imperialistischen Kriege unumwunden ablehnen;
 10. gegen den Reformismus und Opportunismus innerhalb der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie kämpfen;
 11. gegen die gewerkschaftlichen Führer, die in allen Ländern, namentlich in Deutschland, England, in der Schweiz, die Avantgarde des Sozialpatriotismus und des Opportunismus bildeten, ebenso rücksichtslos vorgehen usw.“
- (Lenin, „Vorgetäuschter oder wirklicher Sumpf?“, 1917, Werke, Band 23, S. 294)

Vorhut des Proletariats in der Revolution 1918/19 in Deutschland

Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland

Der imperialistische Krieg hatte für die werktätigen Massen in allen kriegführenden Ländern katastrophale Folgen: Millionen Tote, Hunger, Krankheiten und immer wieder die Bedrohung vor Augen, in ein neues Kriegsabenteuer gehetzt zu werden.

Im April 1917 kam es in Deutschland zu ersten großen Massenprotesten für Frieden und Brot. Enorme Bedeutung und Auswirkung hatte im selben Jahr die sozialistische Oktoberrevolution in Rußland. Sie gab den Unterdrückten in aller Welt moralischen Auftrieb und Perspektive.

An der Front bremsten Soldatenverbrüderungen das Kriegsgeschehen und das weitere Vorrücken der deutschen Imperialisten.

Die Genossinnen und Genossen der Spartakusgruppe erkannten die welthistorische Bedeutung des „Roten Oktobers“ und propagierten, die Botschaft der Revolution von Osten nach Westen zu tragen.

Im Januar 1918 beteiligten sich Hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter, besonders der Rüstungsindustrie, an einem Massenstreik gegen die Weiterführung des Krieges, gegen Annexionen insbesondere gegen die Annexion sowjetischer Gebiete. Dies war der Wendepunkt in der Stimmung des deutschen Proletariats.

Der aufgestaute Haß nach vier Jahren Eroberungskrieg des deutschen Imperialismus entlud sich im November 1918 in der offenen Rebellion der Soldaten und dem bewaffneten Aufstand der Arbeiterklasse. Innerhalb weniger Tage stürzte die Masse der Soldaten und der Arbeiterklasse die alten Machthaber, jagte die Monarchie zum Teufel. Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen auch in Deutschland die Macht.

Über die zentralen Ereignisse dieser Novemberrevolution schrieb Ernst Thälmann:

„... Dann aber, im November 1918 ließen sich die viereinhalb Jahre lang betrogenen, gequälten Massen nicht länger bändigen. In Kiel begann es. Der Matrosenaufstand in den ersten Novembertagen war der Auftakt. Noch ganz unklar, verworren, ohne bewußte Zielsetzung nahmen die Matrosen die Macht in ihre Hände, hißten die rote Fahne. Hamburg und München folgten. Zumal in Hamburg trug die Bewegung vom ersten Tage an offen proletarischen Charakter. Es waren die Massen der Werftarbeiter, die sich mit den Soldaten und Matrosen verbrüderten und den revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat Hamburgs, das Organ zur Führung des proletarischen Aufstandes, schufen, der freilich nur wenige Tage bestand.

Berlin selbst folgte am 9. November. Heute vor zehn Jahren marschierten unter der Führung des Spartakusbundes, unter der Führung Karl Liebknechts, die Arbeiter zu den Kasernen, entwaffneten das Militär, verbrüderten sich. Rote Fahnen wehten über dem Schloß, über dem Reichstag, über Berlin.“

(Ernst Thälmann, „9. November 1918 – Geburtsstunde der deutschen Revolution“, „Die Rote Fahne“ vom 9. 11. 1928, Reden und Aufsätze, Frankfurt 1972, Band II/1, S. 10)

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – begeisterte Anhänger der sozialistischen Oktoberrevolution

Auf dem Gründungsparteitag der KPD hob Rosa Luxemburg das Lernen aus den Erfahrungen der russischen Oktoberrevolution und der Politik der Bolschewistischen Partei hervor:

„... Wo habt ihr das Abc Eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt Ihr's geholt: die Arbeiter- und Soldatenräte (Zustimmung); ... die russische Revolution war es, die die ersten Losungen für die Weltrevolution ausgegeben hat.“

(Rosa Luxemburg, „Bericht über den Gründungsparteitag der KPD“, 1918/1919, Gesammelte Werke, Band 4, S. 496)

Auch Karl Liebknecht stellte dem deutschen Proletariat die Aufgabe, den Weg der russischen Sowjetrepublik zu gehen:

„Die russische Sowjetrepublik wurde zum Banner der kämpfenden Internationale, sie rüttelt die Zurückgebliebenen auf, erfüllt die Schwankenden mit Mut und verzehnfacht die Kraft und Entschlossenheit aller. Verleumdung und Haß umgeben sie. Doch sie erhebt sich hoch über diesen ganzen schmutzigen Strom – ein großartiges Werk voll gigantischer Energie und edelsten Idealen. Eine neue, bessere Welt nimmt ihren Anfang ...

Das Rußland der Arbeiter und Bauern, das heute seinen ersten Geburtstag begeht, und das revolutionäre Deutschland, das in diesen Wochen geboren wird, sind in ihrem Schicksal untrennbar miteinander verbunden.

Wir grüßen Sowjetrußland am Tag seines Triumphes und schwören, alle unsere Kräfte für die Lösung der historischen Aufgabe des deutschen Proletariats anzuspannen, für die Vernichtung des deutschen Klassenstaates, für die Schaffung der sozialistischen Republik Deutschland.“

(Karl Liebknecht, „An den VI. Allrussischen Sowjetkongreß“, Grußschreiben vom 6.11.1918, Gesammelte Reden und Schriften, Band IX, S. 588 und 589)

Rosa Luxemburg betonte auch immer wieder, daß der Sieg der Oktoberrevolution nur unter Führung der Bolschewiki erfolgen konnte:

„Die Lenin-Partei war somit die einzige in Rußland, welche die wahren Interessen der Revolution in jener ersten Periode begriff, sie war ihr vorwärtstreibendes Element, als in diesem Sinne die einzige Partei, die wirklich sozialistische Politik trieb.“

(Rosa Luxemburg, „Zur Russischen Revolution“, Gesammelte Werke, Band 4, S. 338)

„Die Lenin-Partei war die einzige, die das Gebot und die Pflicht einer wirklich revolutionären Partei begriff, die durch die Losung: Alle Macht in die Hände des Proletariats und des Bauerntums!, den Fortgang der Revolution gesichert hat...

Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebrach, war in den Bolschewiki vertreten. Ihr Oktoberaufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung für die russische Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus.“

(ebenda, S. 341)

Warum die Novemberrevolution eine bürgerliche Revolution war

Deutschland war schon seit der Jahrhundertwende eine imperialistische Großmacht. Objektiv stand die proletarische Revolution auf der Tagesordnung, ungeachtet dessen, daß noch Aufgaben anstanden, die auf Grund der Niederschlagung der bürgerlichen Revolution 1848 nicht gelöst worden waren. Rosa Luxemburg stellte dazu fest:

„Gerade weil die bürgerliche Rechtsordnung in Deutschland längst besteht, weil sie also Zeit hatte, sich gänzlich zu erschöpfen und auf die Neige zu gehen, weil die bürgerliche Demokratie und der Liberalismus Zeit hatten, auszusterben, kann von einer *bürgerlichen* Revolution in Deutschland nicht mehr die Rede sein. Und deshalb kann es sich bei einer Periode offener politischer Volkskämpfe in Deutschland als letztes geschichtlich notwendiges Ziel nur noch um die *Diktatur des Proletariats* handeln.“

(Rosa Luxemburg, „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“, 1906, Gesammelte Werke, Band 2, S. 153)

Rosa Luxemburg gab den revolutionären Massen die Orientierung auf die sozialistische Revolution:

„Die Monarchie ist hinweggefegt, die oberste Regierungsgewalt ist in die Hände von Arbeiter- und Soldatenvertretern übergegangen. Aber die Monarchie war nie der eigentliche Feind, sie war nur Fassade, sie war das Aushängeschild des Imperialismus. Nicht der Hohenzoller hat den Weltkrieg entfacht, die Welt an allen Ecken in Brand gesteckt und Deutschland an den Rand des Abgrundes gebracht. Die Monarchie war wie jede bürgerliche Regierung die Geschäftsführerin der herrschenden Klassen. Die imperialistische Bourgeoisie, die kapitalistische Klassenherrschaft – das ist der Verbrecher, der für den Völkermord verantwortlich gemacht werden muß.

Die Abschaffung der Kapitalsherrschaft, die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung – dies und nichts Geringeres ist das geschichtliche Thema der gegenwärtigen Revolution.“

(Rosa Luxemburg, „Der Anfang“, „Rote Fahne“ vom 18.11.1918, Gesammelte Werke, Band 4, S. 397)

Doch was historisch schon längst herangereift, objektiv notwendig und möglich war, krankte an der für die proletarische Revolution notwendigen Bewußtheit der Mehrheit der Arbeiterklasse. Rückblickend beschrieb Ernst Thälmann diese Phase des Kampfes:

„... die Proleten und Arbeiterfrauen... drängten in überwältigender Mehrheit ins Lager der proletarischen Revolution. Nicht nur Beendigung dieses einmaligen Krieges, nein, Beseitigung des ganzen kapitalistischen Systems, Errichtung des Sozialismus auf den Trümmern der bankrotten bürgerlichen Gesellschaft – das war das Ziel, das den breitesten Massen vor Augen schwebte, wenn auch noch Verworrenheit, Unsicherheit, Unklarheit über den Weg zu diesem Ziel die Mehrheit der deutschen Arbeiter beherrschten.“

(Ernst Thälmann, „9. November 1918 – Geburtsstunde der deutschen Revolution“, „Die Rote Fahne“ vom 9. 11. 1928, Reden und Aufsätze, Frankfurt 1972, Band II, S. 11/12)

Ernst Thälmann betont abschließend die Bedeutung der Bewußtheit, des subjektiven Faktors für den Kampf der Arbeiterklasse:

„Die Tragödie der deutschen Revolution ... bestand in dem Zwiespalt zwischen den objektiven ausgereiften revolutionären Verhältnissen einerseits und der subjektiven Schwäche des deutschen Proletariats, hervorgerufen durch das Fehlen einer zielklaren bolschewistischen Partei andererseits.“

(ebdenda, S. 13)

Die Mehrheit der Arbeiterklasse drängte in das vom Spartakusbund geführte Lager der proletarischen Revolution. Doch die Verworrenheit, Unsicherheit und Unklarheit der proletarischen Massen, wie der Sozialismus zu verwirklichen sei, und das Fehlen einer Kommunistischen Partei ermöglichte es den konterrevolutionären Führern der Sozialdemokratie, die Massen zu täuschen und sich an die Spitze der Revolution zu stellen.

Das Ergebnis der Revolution vom November 1918 blieb daher auch im Rahmen bürgerlicher Ziele und Inhalte:

„Die deutsche Revolution ist zwar in der Hauptsache ein Werk der deutschen Soldaten und Arbeiter, ihrem bisherigen Sinn und Ergebnis nach ist sie jedoch nur eine bürgerlich-politische Reformbewegung auf Beendigung des jetzigen Weltkrieges und Be-

seitigung der augenfälligsten politischen Vertreter des Systems, das zum Krieg geführt hat.“

(Karl Liebknecht, „Leitsätze vom 28. 11. 1918“, Gesammelte Reden und Schriften, Band IX, S. 630)

Ebert, Scheidemann und Konsorten gelang es, die Leitung des Arbeiter- und Soldatenrates an sich zu reißen und eine Regierung zu bilden. Damit stand an der Spitze der Revolution in Wirklichkeit eine Agentur des deutschen Imperialismus, die das Ziel verfolgte, die Revolution im Blut zu ersticken.

Die SPD-Regierung konspirierte mit der „Obersten Heeresleitung“ der Armee des deutschen Imperialismus. General Gröner von der Obersten Heeresleitung äußerte sich dazu:

„Wir haben uns verbündet zum Kampfe gegen den Bolschewismus. An eine Wiedereinführung der Monarchie war nicht zu denken. Unser Ziel am 10. November war die Einführung der geordneten Regierungsgewalt, die Stützung dieser Gewalt durch Truppenmacht... Zunächst handelte es sich darum, in Berlin den Arbeiter- und Soldatenräten die Gewalt zu entreißen.“

(Nach einem von der SPD herausgegebenen stenographischen Protokoll, zitiert nach: „Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution“, 1929, Internationaler Arbeiterverlag Berlin, Nachdruck 1970, Verlag Neue Kritik, S. 233)

Ebert bestätigte dies:

„Ich schlug Hindenburg ein Bündnis zwischen der Obersten Heeresleitung und der Sozialdemokratischen Partei vor, um mit Hilfe der Obersten Heeresleitung eine Regierung zu bilden, die die Ordnung wiederherstellen konnte.“

(zitiert nach: Paul Merker, „Deutschland – Sein oder Nichtsein“, 1944, Nachdruck Frankfurt 1973, S. 45)

Rosa Luxemburg entlarvte den Charakter und die Taten dieser angeblich revolutionären Regierung:

„Was tut die jetzige revolutionäre Regierung?

Sie beläßt den Staat als Verwaltungsorganismus von oben bis unten ruhig weiter in den Händen der gestrigen Stützen des Hohenzollerschen Absolutismus und der morgigen Werkzeuge der Gegenrevolution;

sie beruft die Konstituierende Nationalversammlung ein, schafft damit ein bürgerliches Gegengewicht zur Arbeiter- und

Soldatenvertretung, verschiebt damit die Revolution auf das Geleise einer bürgerlichen Revolution, eskamotiert die sozialistischen Ziele der Revolution;

sie tut nichts, um die weiter bestehende Macht der kapitalistischen Klassenherrschaft zu zertrümmern;

sie tut alles, um die Bourgeoisie zu beruhigen, um die Heiligkeit des Eigentums zu verkünden, um die Unantastbarkeit des Kapitalverhältnisses zu sichern;

sie läßt die sich auf Schritt und Tritt regende Gegenrevolution ruhig gewähren, ohne an die Massen zu appellieren, ohne das Volk laut zu warnen.

Ruhe! Ordnung! Ordnung! Ruhe! So hallt es von allen Seiten, aus allen Kundgebungen der Regierung, so jubelt das Echo aus allen bürgerlichen Lagern. Das Gezeter gegen das Gespenst der ‚Anarchie‘ und des ‚Putschismus‘, die bekannte Höllenmusik des um Kassenschränke, Eigentum und Profite besorgten Bourgeois ist die lauteste Note des Tages, und die revolutionäre Arbeiter- und Soldaten-Regierung – duldet ruhig diesen Generalmarsch zum Sturm gegen den Sozialismus, ja, sie beteiligt sich daran mit Wort und Tat.

Das Fazit der ersten Woche der Revolution heißt: Im Staate der Hohenzollern hat sich im wesentlichen nichts verändert, die Arbeiter- und Soldaten-Regierung fungiert als Stellvertreterin der imperialistischen Regierung, die bankrott geworden ist.“
(Rosa Luxemburg, „Der Anfang“, Gesammelte Werke, Band 4, S. 398/399)

Da die Mehrheit der Arbeiterklasse sich noch nicht im Lager der proletarischen Revolution befand, sondern im Verlauf der Revolution die verräterische Sozialdemokratie als Agentur des deutschen Imperialismus die Vorherrschaft über die Arbeiterklasse hatte, blieb die Revolution eine bürgerliche Revolution.

In der „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“ heißt es über die Bedeutung der Novemberrevolution in Deutschland:

„Erstens erhielt die Sowjetmacht die Möglichkeit, den Brester Raubfrieden zu annullieren, die Kontributionszahlungen einzustellen und den offenen militärischen und politischen Kampf für die Befreiung Estlands, Lettlands, Bjelorußlands, Litauens, der Ukraine, Transkaukasiens vom Joche des deutschen Imperialis-

mus aufzunehmen. Zweitens – und das war die Hauptsache – mußten das Bestehen eines republikanischen Regimes und die Entstehung von Arbeiter- und Soldatenräten in Deutschland, im Zentrum Europas, die Länder Europas revolutionieren und revolutionierten sie auch tatsächlich, was die Lage der Sowjetmacht in Rußland notwendigerweise festigen mußte. Allerdings war die Revolution in Deutschland eine bürgerliche Revolution und keine sozialistische, waren die Räte das gefügte Werkzeug des bürgerlichen Parlaments, denn in den Räten herrschten die Sozialdemokraten, Paktierer vom Schlage der russischen Menschewiki, und daraus eben erklärt sich die Schwäche der Revolution. Wie schwach die Revolution dort war, ist schon daraus ersichtlich, daß sie die strafflose Ermordung so hervorragender Revolutionäre wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch deutsche Weißgardisten zuließ. Aber trotzdem war es eine Revolution, Wilhelm war gestürzt worden, die Arbeiter entledigten sich ihrer Ketten, und schon das allein mußte die Revolution im Westen entfesseln, einen Aufschwung der Revolution in den europäischen Ländern hervorrufen.“

(„Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“, Moskau, 1938, S. 288)

Die Novemberrevolution in Deutschland hatte also *enorme internationale Bedeutung*. Die unmittelbare militärische Bedrohung Sowjetrußlands durch den deutschen Imperialismus war beseitigt. Der knechtende Brester Friedensvertrag wurde von der Sowjetmacht annulliert, und sie konnte den Kampf für die Befreiung der von den deutschen Truppen besetzten Gebiete aufnehmen. Vor allem war der Sturz der Monarchie und die Entstehung der Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland zugleich ein für die Arbeitermassen anderer europäischer Länder revolutionierendes Beispiel.

Allerdings war es eine *bürgerliche* und noch dazu eine *schwache*, um nicht zu sagen eine *halbe Revolution*. Denn die reaktionären Sozialdemokraten beherrschten die Räte, ketteten sie an das bürgerliche Parlament. So bereiteten die Sozialdemokraten die militärische Konterrevolution vor, die dann unter ihrer Führung ihre Mordtaten offen und ungestraft begehen konnte.

Trotzdem war es in bestimmter Hinsicht eine Revolution. Denn die Monarchie wurde durch den revolutionären Kampf der Massen gestürzt und die Errichtung der Räte macht wurde zu einer unmittelbaren praktischen Frage des revolutionären Klassenkampfes.

Kampf für die Weiterführung der Novemberrevolution zur proletarischen Revolution

Der Kampf des Spartakusbundes, der KPD und ihrer Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zielte darauf ab, sozialistisches Bewußtsein in den Kampf der proletarischen Massen zu tragen und die Massen für die Weiterführung der Revolution zur wirklichen proletarisch-sozialistischen Revolution zu gewinnen.

Die Genossinnen und Genossen des Spartakusbundes gaben in der Novemberrevolution die Losung aus:

„Die ganze Macht in die Hände der arbeitenden Masse, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte.“

(Rosa Luxemburg, „Der Anfang“, 18. 11. 1918, Gesammelte Werke, Band 4, S. 397)

Den opportunistischen Versuchen der Kombination der Räte mit der Nationalversammlung, die die Opportunisten um Kautsky und Co. in der USPD¹⁶ vertraten, hielt Rosa Luxemburg die bolschewistische Politik entgegen:

„Entweder will man die Nationalversammlung als ein Mittel, das Proletariat um seine Macht zu prellen, seine Klassenenergie zu paralysieren, seine sozialistischen Endziele in blauen Dunst

¹⁶ Die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (USPD) wurde im April 1917 von den opportunistischen Versöhnlern um Kautsky gegründet. Sie gewann schnell große Teile der Basis der SPD, da diese nicht länger bereit waren, der sozialchauvinistischen Politik der SPD zu folgen. Die Beteiligung der USPD-Führer an der reaktionären SPD-Regierung Ebert/Scheidemann, ihr Eintreten für die bürgerliche Nationalversammlung, um die Übernahme der Macht durch die Arbeiter- und Soldatenräte zu verhindern, und damit ihr Eintreten für die Aufrechterhaltung der Macht der imperialistischen Bourgeoisie Deutschlands zeigte, daß die USPD ein Bindeglied zwischen den getäuschten revolutionären Massen und dem deutschen Imperialismus war.

Inmitten der Novemberrevolution brach die Spartakusgruppe (deren Mitglieder zugleich auch Mitglieder der USPD gewesen waren, wohl auch um deren proletarische Mitgliederbasis für die sozialistische Revolution zu gewinnen) völlig mit dieser opportunistischen Partei und bereitete die Gründung der KPD vor, die dann im Dezember 1918 erfolgte.

Ende 1920 vereinigte sich die von Ernst Thälmann geführte proletarische Basis der USPD mit der KPD. Die von den opportunistischen Führern beeinflusste Minderheit kehrte in den Schoß der alten reaktionären SPD zurück.

aufzulösen, oder man will die ganze Macht in die Hand des Proletariats legen, die begonnenen Revolution zum gewaltigen Klassenkampf um die sozialistische Gesellschaftsordnung entfalten und zu diesem Zweck die politische Herrschaft der großen Masse der Arbeitenden, die Diktatur der Arbeiter- und Soldatenräte errichten. Für oder gegen den Sozialismus, gegen oder für die Nationalversammlung, ein Drittes gibt es nicht.

Die Unabhängige Partei bemüht sich auch hier krampfhaft, Berg und Tal zusammenzubringen, Feuer und Wasser im Rahmen der ‚Einigkeit‘ zu vereinen.“

(Rosa Luxemburg, „Rede auf dem Parteitag der USPD“, „Rote Fahne“ Nr. 14 vom 29. 11. 1918, Gesammelte Werke, Band 4, S. 425)

Was als „Demokratie überhaupt“ von der Bourgeoisie propagiert wird, entlarvte Rosa Luxemburg in ihren Artikeln in der „Roten Fahne“:

„Was bisher als Gleichberechtigung und Demokratie galt: Parlament, Nationalversammlung, gleicher Stimmzettel, war Lug und Trug! Die ganze Macht in der Hand der arbeitenden Masse als revolutionäre Waffe zur Zerschmetterung des Kapitalismus – das allein ist die wahre Gleichberechtigung, das allein wahre Demokratie!“

(Rosa Luxemburg, „Nationalversammlung oder Räteregierung“, „Rote Fahne“ Nr. 32 vom 17. 12. 1918, ebenda, S. 463)

Karl Liebkecht forderte in seiner Rede auf der Massenkundgebung vor 250 000 Arbeiterinnen, Arbeitern und Soldaten anlässlich des Zusammentritts des 1. Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands die Übernahme der ganzen politischen Macht durch die Räte zur Durchführung der sozialistischen Revolution:

„Vorläufig haben wir in Deutschland keine sozialistische, sondern eine kapitalistische Republik. Die sozialistische Republik muß erst durch das Proletariat herbeigeführt werden, durch den Kampf gegen die jetzige Regierung, die zur Trägerin des Kapitalismus geworden ist. Wir verlangen von dem Kongreß, daß er die volle politische Macht zwecks Durchführung des Sozialismus in die Hand nimmt und die Macht nicht einer Nationalversammlung überträgt, die nicht ein Organ der Revolution sein würde. Wir fordern von dem Rätekongreß, daß er die Hand nach unseren russischen Brüdern ausstreckt und die Delegierten der Russen herüberruft. Wir wollen die Weltrevolution und die

Vereinigung der Proletarier aller Länder unter Arbeiter- und Soldatenräten.“

(Karl Liebknecht, Rede während einer Massendemonstration vor dem preussischen Abgeordnetenhaus, 16. 12. 1918, „Die Rote Fahne“ Nr. 32, Berlin, 17. 12. 1918, Gesammelte Reden und Schriften, Band IX, S. 646)

Der Rätekongreß wurde jedoch von den reaktionären Sozialdemokraten majorisiert, übertrug seine politische Macht an die SPD-Regierung Ebert/Scheidemann und beschloß Wahlen zur Nationalversammlung.

Auf dem Gründungsparteitag der KPD trat Rosa Luxemburg für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ein, obwohl die Mehrheit der Delegierten dagegen war. Dies wird heute noch benutzt, um Rosa als Verteidigerin des Parlamentarismus hinzustellen. In Wirklichkeit trat sie für das Rätesystem und für die revolutionäre Ausnutzung der Nationalversammlung ein:

„Wir müssen den Massen zeigen, daß es keine bessere Antwort gibt auf den gegenrevolutionären Beschluß gegen das Rätesystem, als eine gewaltige Kundgebung der Wähler zustande zu bringen, indem sie gerade Leute wählen, die gegen die Nationalversammlung und für das Rätesystem sind.

... Die Straße soll überall zur Herrschaft und zum Triumph kommen. Wir wollen innerhalb der Nationalversammlung ein siegreiches Zeichen aufpflanzen, gestützt auf die Aktion von außen.

(Rosa Luxemburg, „Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD 1918/1919“, Gesammelte Werke, Band 4, S. 482/483)

Rosa Luxemburg polemisierte in ihrer letzten Schrift, zu einem Zeitpunkt, als die Konterrevolution zu enormen Gegenschlägen ausholte, gegen den Parlamentarismus und stellte trotz erlittener Niederlagen die Bedeutung von Revolutionen dagegen:

„Es ist ja mit den Revolutionskämpfen das direkte Gegenteil der parlamentarischen Kämpfe. Wir hatten in Deutschland binnen vier Jahrzehnten lauter parlamentarische ‚Siege‘, wir schritten geradezu von Sieg zu Sieg. Und das Ergebnis war bei der großen geschichtlichen Probe am 4. August 1914 eine vernichtende politische und moralische Niederlage, ein unerhörter

Zusammenbruch, ein beispielloser Bankrott. Die Revolutionen haben uns bis jetzt lauter Niederlagen gebracht, aber diese unvermeidlichen Niederlagen häufen gerade Bürgschaft auf Bürgschaft des künftigen Endsieges.“

(Rosa Luxemburg, „Die Ordnung herrscht in Berlin“, „Rote Fahne“ Nr. 14 vom 14. Januar 1918, Gesammelte Werke, Band 4, S. 535)

Rosa schloß den Artikel mit folgenden Worten, mit denen sie ihre revolutionäre Zuversicht für die *sozialistische Revolution* ausdrückte:

„Die Revolution wird sich morgen schon ‚rasselnd‘ wieder in die Höh’ richten‘ und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden:

***Ich war, ich bin, ich werde sein!*“**

Besonders wichtig ist auch, daß Rosa Luxemburg größten Nachdruck darauf gelegt hat, daß ein so gewaltiges Werk wie die bevorstehende sozialistische Revolution nicht durch ein paar Dekrete von oben her verwirklicht werden kann, sondern nur das selbsttätige, bewußte Werk des Proletariats unter Führung seiner Kommunistischen Partei sein kann:

„Die Abschaffung der Kapitalsherrschaft, die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung – dies und nichts Geringeres ist das geschichtliche Thema der gegenwärtigen Revolution. Ein gewaltiges Werk, das nicht im Handumdrehen durch ein paar Dekrete von oben herab vollbracht, das nur durch die eigene bewußte Aktion der Masse der Arbeitenden in Stadt und Land ins Leben gerufen, das nur durch höchste geistige Reife und unerschöpflichen Idealismus der Volksmassen durch alle Stürme glücklich in den Hafen gebracht werden kann.

Aus dem Ziel der Revolution ergibt sich klar ihr Weg, aus der Aufgabe ergibt sich die Methode. *Die ganze Macht in den Händen der arbeitenden Masse, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte, Sicherung des Revolutionswerkes vor seinen lauernden Feinden:* dies ist die Richtlinie für alle Maßnahmen der revolutionären Regierung.“

(Rosa Luxemburg, „Der Anfang“, „Die Rote Fahne“ Nr. 3 vom 18. November 1918, Gesammelte Werke, Band 4, S. 397/398)

Zur Münchner Räterepublik April 1919

Eine weitere Zuspitzung erreichten im April 1919 die revolutionären Kämpfe in München: Die Versammlung der Betriebs- und Kasernenräte (bzw. Arbeiter- und Soldatenräte) wählte einen Aktionsausschuß und einen Vollzugsrat mit dem Führer der Münchner KPD, Eugen Leviné, an der Spitze. In kürzester Zeit wurde unter dem Kommando des Kommunisten Rudolf Egelhofer, einem ehemaligen Matrosen, eine Rote Armee von 15 000 Arbeitern und Soldaten aufgestellt.

Schon am 1. Mai 1919 begann die Offensive der Konterrevolution. Trotz erbitterter Gegenwehr war am 3. Mai die Niederlage besiegelt. Weit über tausend Kämpfer und Kämpferinnen wurden an Ort und Stelle ermordet, darunter auch Rudolf Egelhofer, über 5000 in die Gefängnisse geworfen. Eugen Leviné wurde unter der bayrischen SPD-Regierung zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Lenin richtete ein Grußschreiben mit Ratschlägen an die bayrische Räterepublik, durch die man eine Vorstellung erhält, was eine proletarische Macht als Minimum erreichen muß, um lebensfähig zu sein.

„Grußschreiben W. I. Lenins an die Bayrische Räterepublik:

Wir danken für Ihren Gruß und begrüßen unsererseits von ganzem Herzen die Räterepublik in Bayern. Wir bitten Sie sehr, möglichst oft und möglichst konkret mitzuteilen, welche Maßnahmen Sie zum Kampf gegen die bürgerlichen Henker Scheidemann und Co. durchgeführt haben. Haben Sie

- Arbeiter- und Gesinderäte in den Stadtteilen geschaffen,
- die Arbeiter bewaffnet,
- die Bourgeoisie entwaffnet,
- die Bestände an Kleidung und anderen Erzeugnissen verwendet, um den Arbeitern und besonders den Landarbeitern und leinbauern sofortige und umfassende Hilfe zu leisten,
- haben Sie

- die Fabriken und die Reichtümer der Kapitalisten in München wie auch die kapitalistischen landwirtschaftlichen Betriebe in seiner Umgebung enteignet,
- die Hypotheken und Pachtzahlungen für die Kleinbauern aufgehoben,
- die Löhne für Landarbeiter und ungelernete Arbeiter verdoppelt oder verdreifacht,
- alles Papier und alle Druckereien zum Druck populärer Flugblätter und Zeitungen für die Massen beschlagnahmt,
- den Sechstundentag bei gleichzeitiger zwei- oder dreistündiger Beschäftigung in der Verwaltung des Staates eingeführt,
- den Wohnraum der Bourgeoisie in München beschränkt, um sofort Arbeiter in die Wohnungen der Reichen einzuweisen,
- alle Banken in Ihre Hände genommen,
- Geiseln aus der Bourgeoisie festgesetzt,
- für die Arbeiter größere Lebensmittelrationen als für die Bourgeoisie eingeführt und
- die Arbeiter ausnahmslos sowohl für die Verteidigung als auch ideologische Propaganda in den umliegenden Dörfern mobilisiert?

Die schnellste und umfassendste Durchführung dieser und ähnlicher Maßnahmen bei eigener Initiative der Arbeiter- und Landarbeiterräte und gesondert von ihnen der Kleinbauernräte wird Ihre Stellung festigen. Es ist notwendig, der Bourgeoisie eine außerordentliche Steuer aufzuerlegen und in der Lage der Arbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern sofort und um jeden Preis eine faktische Verbesserung herbeizuführen.

Die besten Grüße und Wünsche für den Erfolg

Lenin“

Geschrieben am 27. April 1919,

(Lenin, Werke Band 29, S. 314/315)

Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Auftrag der SPD- Regierung

Betrachtet man die Lebenswege von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, so erhält man Aufschluß darüber, warum sie sich den grenzenlosen Haß aller Reaktionäre und Pseudolinken zugezogen haben:

- ★ Sie waren unversöhnliche Kämpfer gegen Reformismus und Opportunismus in der Vorkriegs-SPD.
- ★ Sie kämpften unerbittlich gegen die deutsche imperialistische kriegsvorbereitende und kriegführende Bourgeoisie.
- ★ Sie waren entschlossene Vorkämpfer des Proletariats in der Revolution in Deutschland 1918/1919.
- ★ Sie hatten die führende Rolle bei der Gründung der KPD.

Deshalb ließ die deutsche Bourgeoisie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermorden.

Es wäre falsch, diese offenen Konterrevolutionäre zu unterschätzen. Diese Konterrevolutionäre müssen erbarmungslos auch mit Dokumenten und Beweisen bekämpft und entlarvt werden. Die Rechnung mit diesen Mördern und ihren politischen Helfershelfern ist ***noch nicht beglichen.***

Vertreter des westdeutschen Imperialismus ehren die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Die Anhänger von Kaiser, Reichswehr und Ebert/Scheidemann (der SPD-Regierung von 1918/19) erklären noch heute offen, daß es richtig war, Leute wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht totzuschlagen, für sie sind diese beiden der Inbegriff der Revolution.

Hauptmann Pabst, der die Morddivision befehligte, erklärte im Januar 1962 im rechtsradikalen „Deutschen Studentenanzeiger“: „**Ich habe sie richten lassen.**“¹⁷ Die **Bundesregierung** erklärte daraufhin im Februar 1962 die Meuchelmorde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für „**standrechtliche** Erschießungen“:

„Er ist ein bekannter Freikorpsführer gewesen und im Nazi-Reich von der Gestapo verhaftet worden. Einer nochmaligen Festnahme entzog er sich durch die Flucht in die Schweiz. Pabst bestreitet nicht seine Verantwortung für die standrechtlichen Erschießungen, aber er versichert, es in höchster Not und in der Überzeugung getan zu haben, nur so den Bürgerkrieg beenden und Deutschland vor dem Kommunismus retten zu können.“¹⁸

Daraufhin brüstete sich Pabst dieser **bundesamtlichen Anerkennung** seiner Mordtaten in einem weiteren Interview:

„SPIEGEL: Herr Pabst, Sie haben am 15. Januar 1918 die Kommunistenführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg umbringen lassen...

PABST: ... richten lassen ...

SPIEGEL: ... richten lassen?

PABST: Ja.

SPIEGEL: Jedenfalls ist Ihnen dafür jetzt eine amtliche Anerkennung zuteil geworden, der Sie sogar zu Hitlers Zeiten hatten entraten müssen. Das bundesamtliche ‚Bulletin‘ hat die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs für standrechtliche Erschießungen ausgegeben und sich Ihre Deutung dieser Tat zu eigen gemacht, daß nämlich Deutschland damals nur so vor dem Kommunismus habe bewahrt werden können.

PABST: Ja, das hat man jetzt endlich begriffen und anerkannt.“¹⁹

¹⁷ Zitiert nach: „Die Zeit“, Nr. 3 vom 13. 1. 1989, S. 42.

¹⁸ Presse- und Informationsbulletin der Bundesregierung vom 8. 2. 1962

¹⁹ „Spiegel“ Nr. 16, vom 18. 4. 1962, S. 38

SPD-Noske: „Einer muß der Bluthund werden!“

Gustav Noske, den Karl Liebknecht schon früher auf SPD-Parteitag wegen seines extremen Chauvinismus angegriffen hatte, wurde als Volksbeauftragter für Heer und Marine in die SPD-Regierung geholt. Von einer Sitzung der SPD-Regierung berichtete Noske in seinem Buch „Von Kiel bis Kapp“:

„Meiner Meinung, daß nun versucht werden müsse, mit Waffengewalt Ordnung zu schaffen, wurde nicht widersprochen... Darauf sagte jemand: ‚Mach Du doch die Sache!‘ Worauf ich kurzentschlossen erwiderte: ‚Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!‘“, ²⁰

Mit dieser Art von Entschlossenheit war Noske der richtige Mann für die SPD und die Konterrevolution. Als Oberbefehlshaber der Regierungstruppen befahl er sogleich die Schaffung der konterrevolutionären Freikorps.

Dem Aufruf der SPD-Regierung, „Freiwillige vor“, folgten auch die reaktionärsten Mitglieder der SPD, die das Freiwilligen-Regiment „Reichstag“ bildeten, das sich an der Niedermetzlung der revolutionären Arbeiter und Soldaten beteiligte.

Der „Vorwärts“ schrieb am Tage vor dem Angriff der konterrevolutionären Regierungstruppen auf die revolutionären Massen Berlins:

„Wir verraten den Spartakisten kein Geheimnis, wenn wir ihnen sagen, daß wir unausgesetzt arbeiten und daß wir nur noch den einen Gedanken haben, sie so heimzuschicken, daß sie das Wiederkommen vergessen...“

Vorwärts, auf die Schanzen, Arbeiter! Auf zum Kampf gegen die Verseuchung Deutschlands mit bolschewistischem Gelde und bolschewistischen Ideen. Alles was Gefühl für Männlichkeit, Stolz und Verantwortlichkeit in der Brust trägt, rufen wir auf: **Gewalt gegen Gewalt zu setzen**, wir wollen kein Tollhaus in Deutschland.“ ²¹

²⁰ Noske, „Von Kiel bis Kapp“, zitiert nach „Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution“ von 1929, Nachdruck: Frankfurt/Main 1970, S. 278/79

²¹ „Vorwärts“ vom 9. Januar 1919

Am nächsten Tag griffen die Landsknechte der SPD-Regierung die revolutionären Arbeiter und Soldaten Berlins an und vollbrachten ihr konterrevolutionäres Werk: Die militärisch unterlegenen revolutionären Arbeiter und Soldaten wurden in den einzelnen Stadtteilen angegriffen und besiegt. Besonders bestialisch ging die konterrevolutionäre Soldateska gegen die während der Kämpfe verhafteten Arbeiter und Soldaten, gegen die unbewaffneten Parlamentäre und die sich ergebenden Revolutionäre vor. Sie wurden zu Dutzenden mißhandelt und ermordet. Die Täter und Verantwortlichen wurden nie zur Rechenschaft gezogen. Die Anzahl der in den Januarkämpfen gefallenen und ermordeten Revolutionäre ging in die Hunderte, die genaue Zahl hat die Bourgeoisie nie bekanntgegeben.

Und der Bluthund Noske wird noch bis in die heutige Zeit von Repräsentanten des westdeutschen Imperialismus geehrt:

Am 15. Todestag Gustav Noskes im Jahre 1961 legten Vertreter des Landtages und der Landesregierung von Niedersachsen sowie der Bundeswehr auf seinem Grab auf dem Engesohdener Friedhof in Hannover Kränze nieder.²²

Öffentliche Mordhetze

Die von Noske befehligte Regierungstruppe konnte bereits seit Dezember ungehindert und ungestraft auf Plakaten und Hunderttausenden von Flugzetteln ihren Mordaufruf in Berlin verbreiten:

„Arbeiter, Bürger!
Das Vaterland ist dem Untergang nahe.
Rettet es!
Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen:
Von der Spartakusgruppe.
Schlagt ihre Führer tot!
Tötet Liebknecht!
Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!
Die Frontsoldaten“

²² Siehe W. Wette, „Gustav Noske – Eine politische Biographie“, 1987, S. 384

In der Information der Truppen in Berlin an die deutschen Vertreter der in Trier tagenden Waffenstillstandskommission vom 13. Januar 1919 heißt es:

„Man kann also die Hoffnung auf die endgültige Unschädlichmachung der Anarchisten Liebknecht, Eichhorn, Luxemburg und Radek nur darauf setzen, daß sie bei der nächsten Gelegenheit von den Truppen erschossen oder von der Volksmenge gelyncht werden.“²³

Am gleichen Tag erschien im „Vorwärts“ ein Gedicht,²⁴ das offen zum Mord aufrief:

Vielhundert Tote in einer Reih –

Proletarier!

Es fragten nicht Eisen, Pulver und Blei,
ob einer rechts, links oder Spartakus sei,

Proletarier!

Wer hat die Gewalt in die Straßen gesandt,

Proletarier?

Wer nahm die Waffe zuerst in die Hand
und hat auf ihre Entscheidung gebrannt?

Spartakus!

Vielhundert Tote in einer Reih –

Proletarier!

Karl, Rosa, Radek und Kumpanei –
es ist keiner dabei, es ist keiner dabei!

Proletarier!

In einem späteren Prozeß wurde weiter bekannt, daß im Namen des SPD-Führers Scheidemann der „Helferdienst der Sozialdemokratischen Partei, Sektion 14“ 100 000 Mark auf die Köpfe von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ausgesetzt hatte.²⁵

Zur Ergreifung und schließlich Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg führte letztlich der Befehl Noskes, den dieser

²³ Zitiert nach W. Ruge, „Novemberrevolution“, Berlin 1983, S. 139

²⁴ Arthur Zickler, Vorwärts vom 13. Januar 1919

²⁵ Siehe Paul Frölich, „Rosa Luxemburg – Gedanke und Tat“, 1949, S. 348

bereits am Tage seiner Ernennung zum Oberbefehlshaber gegeben hatte. Allein 40-50 Offiziere waren eingesetzt, um in allen Berliner Postämtern die Telefonate der Spartakusführer zu überwachen.²⁶

Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht unter dem Oberbefehl Noskes

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hielten sich nach der Niederlage der revolutionären Arbeiter und Soldaten, an deren Seite sie mitgekämpft hatten, in Berlin versteckt. Aufgespürt und verhaftet wurden sie von ihren Häschern am Nachmittag des 15. Januar in der Wohnung von Freunden in Wilmersdorf. Die sie verhaftende „Bürgerwehr“ brachte sie in das Eden-Hotel, das Stabsquartier der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, die von Hauptmann Pabst befehligt wurde, der wiederum seine Befehle von Noske erhielt. Nachdem alle Befehle und Vorbereitungen für den Mord abgesprochen waren, schritten die Mörder zur Tat:

Gegen 11 Uhr nachts wurde Karl Liebknecht abgeführt. Vor dem Hotel wurde er durch Kolbenhiebe niedergeschlagen und in ein Auto geschleppt, das in den Tiergarten fuhr. Die Offiziere, die im Auto mitfahren, täuschten eine Autopanne vor, holten den schwerverletzten Liebknecht aus dem Auto, zerrten ihn in den Wald und mordeten ihn gemeinsam durch Schüsse aus ihren Pistolen. Danach schafften sie die Leiche als die eines angeblich aufgefundenen unbekannten Mannes zu einer Rettungsstation.

Einige Zeit nach Liebknecht wurde Rosa Luxemburg von dem Leutnant Vogel aus dem Hotel geführt. Am Ausgang lauerte der Soldat Runge, der sie vor dem Hotel mit zwei Kolbenhieben niederschlug. Rosa Luxemburg war schwer verletzt und ohnmächtig und mußte von ihren Mördern in das bereitstehende Auto geschleift werden. Im Auto wurde sie von ihren Mördern brutal zusammengeschlagen und Leutnant Vogel ermordete die Ohnmächtige mit einem Schuß in den Kopf. Die Leiche versenkten ihre Mörder dann an der

²⁶ Siehe W. Wette, „Gustav Noske – Eine politische Biographie“, 1987, S. 311

Liechtensteiner Brücke im Landwehrkanal. Erst Ende Mai wurde ihre Leiche gefunden.

Die SPD-Regierung läßt die Morde ungesühnt

Die SPD-Regierung hatte die Militärgerichtsbarkeit reformiert und ausdrücklich bestätigt, so daß die eigene Morddivision über die Mörder zu Gericht saß. Die Möglichkeit, das Verfahren einem Sondergericht zu übertragen, wurde von der SPD-Regierung ausdrücklich als „unberechtigter Eingriff“ abgelehnt.²⁷

Das Kriegsgerichtsverfahren war natürlich eine Farce: Das Kriegsgericht sprach die Offiziere, die Liebknecht gemeinschaftlich ermordet hatten, frei. Runge und Vogel, die Mörder Rosa Luxemburgs, wurden wegen Wachvergehens, versuchten Totschlags bzw. Beseitigung einer Leiche zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Noske bestätigte dieses Urteil.

Soldaten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division holten ihren Offizier Vogel mit einem offiziellen Ausweis ihrer Division aus dem Gefängnis Moabit. Mit Hilfe eines gefälschten Passes floh er mit dem Flugzeug nach Holland. Über die Flucht unterrichtete die Morddivision die Öffentlichkeit. Die Fluchthelfer wurden nie bestraft. Im Jahre 1920 wurde Vogel dann sogar hochhoffiziell amnestiert.

²⁷ Siehe Ruge, a.a.O., S. 142

Lenin zur Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

„Die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ist ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung nicht nur deswegen, weil die besten Menschen und Führer der wirklich proletarischen, der Kommunistischen Internationale tragisch umgekommen sind, sondern auch deswegen, weil der Klassencharakter eines fortgeschrittenen europäischen Staates – und man kann ohne Übertreibung sagen: eines im Weltmaßstab fortgeschrittenen Staates – sich endgültig offenbart hat. Wenn Verhaftete, d. h. unter den Schutz des Staates gestellte Menschen, unter einer Regierung, die aus Sozialpatrioten besteht, von Offizieren und Kapitalisten ungestraft ermordet werden konnten, so ist folglich die demokratische Republik, in der sich dies ereignen konnte, eine Diktatur der Bourgeoisie. Leute, die ihrer Entrüstung über die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Ausdruck geben, diese Wahrheit aber nicht begreifen, beweisen damit nur ihre Stumpfsinnigkeit oder ihre Heuchelei. „Freiheit“ bedeutet in einer der freiesten und fortgeschrittensten Republiken der Welt, in der deutschen Republik, die Freiheit, die verhafteten Führer des Proletariats ungestraft zu ermorden. Und das kann nicht anders sein, solange der Kapitalismus sich behauptet, da die Entwicklung des Demokratismus den Klassenkampf, der infolge des Krieges und seiner Auswirkungen auf dem Siedepunkt angelangt ist, nicht abschwächt, sondern verschärft.“

(Lenin, „Leitsätze über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur“, Werke Band 28, S. 477)

Zur Einschätzung Rosa Luxemburgs durch Lenin und Stalin

Um das revolutionäre Erbe Rosa Luxemburgs zu verteidigen, ist eine Auseinandersetzung mit ihren Irrtümern und Fehlern unumgänglich, da moderne Revisionisten und sozialdemokratische Ideologen, sogenannte „demokratische Sozialisten“, durch Ausnutzung einzelner Fehler das Werk Rosa Luxemburgs zu verfälschen suchen, um ihren revolutionären Geist zu vernichten.

Wenn wir hier knapp Kritiken Lenins und Stalins an wichtigen theoretischen und politischen Fehlern Rosa Luxemburgs vorstellen, dann nicht, wie viele Renegaten dies taten und weiter tun, um eine prinzipielle Gegnerschaft zwischen ihnen und Luxemburg zu konstruieren. Ganz im Gegenteil zeugten die zwar harten, aber solidari-schen Kritiken von dem Bemühen, Rosa Luxemburg und die anderen Linken in der deutschen Sozialdemokratie vorwärts zu drängen und sich vom opportunistischen Ballast der Sozialdemokratie zu lösen. Entscheidend war – trotz einer Reihe von ernsten Fehlern bei den deutschen Linken –, wie Stalin rückblickend feststellte, daß die

**„Linken in Deutschland ... große und ernste revolutionäre Ta-
ten aufzuweisen (haben). Ich denke dabei an eine ganze Reihe
ihrer Verdienste und an ihr revolutionäres Auftreten in Fragen
der inneren Politik und im besonderen des Wahlrechtskampfes,
in Fragen des parlamentarischen und außerparlamentarischen
Kampfes, des Generalstreiks, des Krieges, der Revolution von
1905 in Rußland usw. Eben deswegen rechneten die Bolschewiki
mit ihnen als mit Linken und unterstützten sie, drängten sie
vorwärts.“**

(Stalin, „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus“, 1931,
Werke Band 13, S. 83)

Ohne Zweifel kämpften die Linken in der deutschen Sozialdemokratie, allen voran Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, gegen den Revisionismus und Opportunismus schon lange vor dem sozialchauvinistischen Zusammenbruch der II. Internationale. Doch dieser Kampf zeigte auch, daß sie selbst gravierende politische und theoretische Fehler begingen, von denen sie sich nur sehr schwer und langsam freimachen konnten.

In den Polemiken zwischen Rosa Luxemburg und *Lenin* konzentrieren sich die Fehler Rosa Luxemburgs und in gewissem Sinne der ganzen deutschen Linken in der Sozialdemokratie, die zu spät und zu wenig zielklar den Kampf gegen den völligen Verrat der Opportunisten aufnahmen, so daß auch die organisatorische Trennung von der opportunistisch zerfressenen Sozialdemokratie nicht rechtzeitig erfolgte.

Die bürgerliche und revisionistische Hetze gegen *Stalin* läßt kein Thema aus, auch nicht Stalins Haltung zu Rosa Luxemburg:

„Stalin bezeichnete sie (Rosa Luxemburg, A.d.V.) als die Syphilis der Arbeiterbewegung“, behauptet vollen Ernstes der sich mitunter „links-radikal“ gebärdende Politik-Professor Agnoli.²⁸

Und die Rosa-Luxemburg-„Spezialistin“ A. Laschitza von der SED/PDS bemüht sich, für derart dreckige Lügen die Argumente zu liefern:

„Dann kommt dieser häßliche Brief von 1931 an die ‚Proletarskaja Revoluzija‘, wo sich Stalin in eine solche Diskussion einmischt und die Rosa Luxemburg des ‚Halbmenschewismus‘ bezichtigt und die Fehler, die Lenin sehr ausgewogen kritisiert hat, völlig vereinseitigt übertreibt.“²⁹

Das sind die Vorwürfe gegen Stalin. Wer glaubt, diese würden nun belegt, und die angeblich falsche, „völlig vereinseitigt übertriebene“ Kritik Stalins zurückgewiesen, der glaubt an Wunder. Denn in aller Regel meinen diese bürgerlichen und revisionistischen „Autoritäten“,

²⁸ Siehe Agnoli, „Rosa Luxemburg im Widerstreit“, Bildungswerk des DGB, Marburg, 1990, S. 93

²⁹ Ebenda, S. 106

es genüge, Stalin zu verleumden, da sich ja sowieso kaum jemand mit seinen wirklichen Auffassungen auseinandersetzt.

Wir wollen die Passagen in Stalins Schriften behandeln, in denen er auf Rosa Luxemburg einging. Wir werden dann auch sehen, was von diesen Vorwürfen zu halten ist.

Am umfassendsten hat sich Stalin 1931 in seinem Artikel „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus“ zu den Fehlern und den Stärken der Linken in der deutschen Vorkriegssozialdemokratie und in diesem Rahmen auch zu zentralen Fehlern Rosa Luxemburgs geäußert.

Trotz all ihrer Fehler war und bleibt Rosa Luxemburg eine große Kommunistin

In Zurückweisung der Verleumdungen des 1921 aus der KPD ausgeschlossenen Renegaten Paul Levi, der sich durch seine Haßtiraden gegen die KPD und die Bolschewiki bei der deutschen Bourgeoisie verdient gemacht hatte und bei der konterrevolutionären SPD Aufnahme fand, machte Lenin seine Haltung zu Rosa Luxemburg deutlich:

„Paul Levi will sich jetzt bei der Bourgeoisie – und folglich bei der II. und zweieinhalbten Internationale, ihren Agenten – dadurch besonders verdient machen, daß er gerade diejenigen Werke Rosa Luxemburgs neu herausgibt, in denen sie unrecht hatte. Wir antworten darauf mit ein paar Zeilen aus einer trefflichen russischen Fabel: Wohl traf’s sich, daß des Adlers Flug ihn niedriger, als Hühner fliegen, trug, doch fliegen Hühner nie auf Adlershöhn.“

Rosa Luxemburg irrte in der Frage der Unabhängigkeit Polens; sie irrte 1903 in der Beurteilung des Menschewismus; sie irrte in der Theorie der Akkumulation des Kapitals; sie irrte, als sie im Juli 1914 neben Plechanow, Vandervelde, Kautsky u.a. für die Vereinigung der Bolschewiki mit den Menschewiki eintrat; sie irrte in ihren Gefängnisschriften von 1918 (wobei sie selbst

nach der Entlassung aus dem Gefängnis Ende 1918 und Anfang 1919 ihre Fehler zum großen Teil korrigierte).

Aber trotz aller dieser ihrer Fehler war sie und bleibt sie ein Adler; und nicht nur die Erinnerung an sie wird den Kommunisten der ganzen Welt immer teuer sein, sondern ihre Biographie und die vollständige Ausgabe ihrer Werke (mit der sich die deutschen Kommunisten in unmöglicher Weise verspäten, was nur teilweise mit den unerhört vielen Opfern in ihrem schweren Kampf zu entschuldigen ist) werden eine sehr nützliche Lehre sein bei der Erziehung vieler Generationen von Kommunisten der ganzen Welt.

„Die deutsche Sozialdemokratie ist nach dem 4. August 1914 ein stinkender Leichnam“ – mit diesem Ausspruch Rosa Luxemburgs wird ihr Name in die Geschichte der Arbeiterbewegung der ganzen Welt eingehen. Auf dem Hinterhof der Arbeiterbewegung aber, zwischen den Misthaufen, werden Hühner vom Schlage Paul Levis, Scheidemanns, Kautskys und dieser ganzen Sippschaft selbstverständlich über die Fehler der großen Kommunistin in ganz besondere Verzückung geraten.“

(Lenin, „Notizen eines Publizisten“, 1922, Werke Band 33, S. 194/195)

Bei all diesen Fehlern, die Lenin hier knapp benannte, ist entscheidend, in welche Richtung sich Rosa Luxemburg entwickelt hat, daß sie sich zusammen mit den anderen revolutionären Linken in der deutschen Sozialdemokratie gegen die opportunistische Strömung gestellt und sich immer weiter und tiefergehend davon gelöst hat. Im Verlauf der Revolution in Deutschland 1918/19 hat sie ihre falschen Ansichten zum großen Teil korrigiert und sich selbst zu den richtigen Positionen der Bolschewiki durchgerungen.

Die revolutionäre Größe Rosa Luxemburgs würdigend zog Lenin deshalb die Schlußfolgerung:

„Aber trotz aller dieser ihrer Fehler war sie und bleibt sie ein Adler“ und eine „große Kommunistin.“

(ebenda, S. 195)

Von Lenin gibt es drei umfassendere polemische Artikel, in denen er zentrale Fehler von Rosa Luxemburg kritisierte. Diese Artikel zeigen, daß Lenin sich intensiv und solidarisch mit den Auffassungen Rosa Luxemburgs auseinandergesetzt hat. Lenins Artikel betreffen:

★ die Polemik über die Beurteilung des Menschewismus in der Organisationsfrage und der Parteiprinzipien anlässlich der Spaltung der SDAPR in Bolschewiki und Menschewiki nach dem II. Parteitag 1903/04,

★ die Kritik Lenins von 1914 an Rosa Luxemburgs Haltung zum Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen anhand der Frage der Unabhängigkeit Polens,

★ die Einschätzung Lenins von 1916 in seiner Schrift „Über die Junius-Broschüre“.

Wir wollen im folgenden auf einige Aspekte dieser Polemiken Lenins gegen zentrale Fehler Rosa Luxemburgs eingehen.

Die Polemik zur Organisationsfrage (1904)

Rosa Luxemburg kritisierte in ihrer Schrift „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ von 1904 die Haltung Lenins und der Bolschewiki auf dem II. Parteitag der SDAPR. Sie übernahm die falsche Position der Menschewiki, daß Lenin und die Bolschewiki angeblich „blinde Unterordnung“ verlangen würden und warf Lenin „Ultrazentralismus“ und Tendenzen zum „Blanquismus“, d. h. zum Verschwörertum vor. Sie behauptete:

„Die Aufrichtung der Zentralisation in der Sozialdemokratie auf diesen zwei Grundsätzen – auf der *blinden Unterordnung* aller Parteiorganisationen mit ihrer Tätigkeit bis ins kleinste Detail unter eine Zentralgewalt, die allein für alle denkt, schafft und entscheidet, sowie auf der *schroffen Abgrenzung* des organisierten Kernes der Partei von dem ihn umgebenden revolutionären Milieu, wie sie von Lenin verfochten wird – erscheint uns deshalb als eine mechanische Übertragung der *Organisationsprinzipien der blanquistischen Bewegung* von Verschwörerkreisen auf die sozialdemokratische Bewegung der Arbeitermassen.“

(Rosa Luxemburg, „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“, Gesammelte Werke, Band 1, 2. Halbband, S. 429)

Ohne zu verstehen, daß Lenin in seinem Buch „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ die elementaren Grundsätze *jeder* Parteiorganisation verteidigte, ging Rosa Luxemburg im Kern davon aus, daß es bei der Auseinandersetzung um zwei unterschiedliche Organisationssysteme, um den „größeren oder geringeren Grad der Zentralisation ... innerhalb einer geeinigten und einheitlichen Sozialdemokratie Rußlands“ (Ebenda, S. 426) gehe.

Lenin wies diese Entstellungen der Ansichten der Bolschewiki in seiner Antwort auf Rosa Luxemburg entschieden und nicht ganz ohne ironischen Unterton zurück. Er warf ihr dabei vor, daß sie sich in erdichteten Schablonen und allgemeinen Deklamationen ergehe und die konkreten Tatsachen des Kampfes auf dem Parteitag vollständig ignoriere. Zugleich verteidigte er das marxistische Parteiprinzip, daß die Führung der Partei unbedingt den *Willen der Parteimehrheit* vertreten muß, und daß der *Parteitag das höchste Organ der Partei* ist, dessen Beschlüsse *für alle Parteimitglieder bindend* sind:

„Gen. Rosa Luxemburg sagt, für die Sozialdemokratie Rußlands sei es keine Frage, daß eine einheitliche Partei notwendig ist, und der ganze Streit drehe sich um den größeren oder geringeren Grad der Zentralisation. In Wirklichkeit ist das unwahr. Hätte sich Gen. Luxemburg die Mühe gegeben, die Resolutionen der vielen Lokalkomitees der Partei, die die Mehrheit bilden, kennenzulernen, so hätte sie leicht verstehen können (das ist übrigens auch aus meinem Buch klar ersichtlich), daß der Streit bei uns hauptsächlich darum geht, ob das Zentralkomitee und das Zentralorgan die Richtung der Parteitagmehrheit vertreten sollen oder nicht. Über diese ‚ultrazentralistische‘ und rein ‚blanquistische‘ Forderung sagt die werthe Genossin kein Wort; sie zieht es vor, gegen die mechanische Unterwerfung eines Teils unter das Ganze, gegen den Kadavergehorsam, gegen die blinde Unterordnung und ähnliche Schreckgespenster zu wettern.“

(Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. Eine Antwort N. Lenins an Rosa Luxemburg“, September 1904, Werke Band 7, S. 481/482)

Im Kern ging es bei dieser Auseinandersetzung zwischen Lenin und Luxemburg weniger um unterschiedliche theoretische Auffassungen der Parteiprinzipien des demokratischen Zentralismus oder der bewußten Disziplin als vielmehr um Rosa Luxemburgs falsche „Beurteilung des Menschewismus“ (wie Lenin es rückblickend in

seinen „Notizen eines Publizisten“ 1922 ausdrückte). In der deutschen Sozialdemokratie befürwortete Rosa Luxemburg sehr wohl den demokratischen Zentralismus als Organisationsprinzip, sie kämpfte gerade für die strikte Unterordnung unter die Mehrheit und brandmarkte den Bruch von Parteitagsbeschlüssen. Rosa Luxemburg hatte jedoch lange Zeit eine falsche Haltung zur organisatorischen Einheit mit den Opportunisten in einer Partei.³⁰

Die revolutionäre Größe Rosa Luxemburgs wird gerade daran sichtbar, daß sie in der Lage war – wenn auch viel zu spät, aber doch auf Grund ihrer eigenen Erfahrung – mit dem Opportunismus der Sozialdemokratie und ihren opportunistischen Vertretern zu brechen und sich durch die Gründung der KPD endgültig von ihnen loszutrennen.

Lenins Kritik an Rosa Luxemburgs Haltung zum Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen (1914)

Rosa Luxemburg lehnte insbesondere für Polen das Selbstbestimmungsrecht, d. h. das Recht auf Lostrennung und Bildung eines eigenen Staates ab. Ein entscheidender Grund für diese Haltung Rosa Luxemburgs war ihr Kampf gegen den Nationalismus in der polnischen Arbeiterbewegung, insbesondere gegen die Opportunisten der

³⁰ So verurteilte Rosa Luxemburg noch im Juli 1914 auf einer vom Internationalen Sozialistischen Büro einberufenen „Vereinigungskonferenz“ zusammen mit anderen Führern der II. Internationale das „Chaos des Fraktionskampfes“ in Rußland und besonders die „Leninsche Fraktion“, die die Spaltung am meisten schüre. Im diametralen Gegensatz zum berechtigten Kampf Lenins und der Bolschewiki gegen die Opportunisten und für die Schaffung einer wirklich revolutionären marxistischen Partei forderte sie eine Vereinigung aller Strömungen und Fraktionen in Rußland. (Siehe Lenin, „Berichte des ZK der SDAPR zur ‚Brüsseler Konferenz‘“, 1914, Werke Bd. 20, S. 505-548)

Polnischen Sozialistischen Partei, die den Kampf für die Unabhängigkeit Polens zu ihrem hauptsächlichen Ziel erklärt hatten.³¹

Lenin hat keinesfalls diesen berechtigten Kampf Rosa Luxemburgs gegen den Nationalismus kritisiert. Er machte im Gegenteil ihr zum Vorwurf, daß die *Ablehnung des Rechts auf Lostrennung* der unterdrückten Nationen *im Programm der Marxisten Rußlands* dem Nationalismus und Chauvinismus der Großrussen in die Hände arbeitet. Lenin kritisierte:

„Gewiß hat das ‚Selbstbestimmungsrecht‘ für die polnischen Sozialdemokraten nicht so große Bedeutung wie für die russischen. Es ist vollkommen begreiflich, daß der Kampf gegen das nationalistisch verblendete Kleinbürgertum Polens die polnischen Sozialdemokraten zwang, mit besonderem (manchmal vielleicht mit etwas übermäßigem) Eifer den ‚Bogen zu überspannen‘. *Keinem einzigen Marxisten Rußlands ist es je in den Sinn gekommen, den polnischen Sozialdemokraten einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie gegen die Lostrennung Polens sind.* Einen Fehler begehen diese Sozialdemokraten nur dann, wenn sie – wie Rosa Luxemburg – zu bestreiten suchen, daß das Programm der Marxisten *Rußlands* die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts enthalten muß.

Das heißt, im Grunde genommen, Verhältnisse, die unter dem Krakauer Gesichtswinkel begreiflich sind, auf die Gesamtheit der Völker und Nationen Rußlands einschließlich der Großrussen übertragen. Das heißt, ein ‚umgestülpter polnischer Nationalist‘, jedoch kein Sozialdemokrat sein, der auf dem gesamttrussischen, dem internationalen Standpunkt steht.“

(Lenin, „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, 1914, Werke Band 20, S. 434)

Der Kritik, daß die Propagierung des *Rechts* auf Lostrennung den bürgerlichen Nationalismus der unterdrückten Nationen unterstütze, hielt Lenin entgegen:

³¹ Rosa Luxemburg hat ihre Auffassung in der 1908/1909 in Polen veröffentlichten Schrift „Nationale Frage und Autonomie“ dargelegt. Diese Schrift wurde von den modernen Revisionisten der SED nicht in die Ausgabe der „Gesammelten Werke“ Rosa Luxemburgs aufgenommen.

„Am praktischsten ist es, einfach ‚ja‘ zu sagen, sich für die Lostrennung einer *bestimmten* Nation, nicht aber für das *Recht* der Lostrennung aller und jedweder Nationen zu erklären!

Das Proletariat ist gegen einen derartigen Praktizismus: Bei Anerkennung der Gleichberechtigung und des gleichen Rechts auf einen Nationalstaat schätzt und stellt es die Vereinigung der Proletarier aller Nationen über alles andere, wobei es jede nationale Forderung, jede nationale Lostrennung *unter dem Gesichtspunkt* des Klassenkampfes der Arbeiter wertet. Die Losung des Praktizismus ist in Wirklichkeit nur die Losung eines unkritischen Übernehmens der bürgerlichen Bestrebungen.

Man sagt uns: Durch die Unterstützung des Rechts auf Lostrennung unterstützt ihr den bürgerlichen Nationalismus der unterdrückten Nationen. Das sagt Rosa Luxemburg ...

Wir antworten: Nein, gerade für die Bourgeoisie ist hier eine ‚praktische‘ Lösung wichtig, für die Arbeiter aber ist es wichtig, zwei Tendenzen *prinzipiell* hervorzuheben. *Insofern* die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation gegen die unterdrückende kämpft, *insofern* sind wir stets und in jedem Fall entschlossener als alle anderen *dafür*, denn wir sind die kühnsten und konsequentesten Feinde der Unterdrückung. Sofern die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation *ihren* bürgerlichen Nationalismus vertritt, sind wir dagegen. Kampf gegen die Privilegien und die Gewaltherrschaft der unterdrückenden Nation und keinerlei Begünstigung des Strebens nach Privilegien bei der unterdrückten Nation.“

(ebenda, S. 414/415)

Gegen den Vorwurf der Unterstützung des bürgerlichen Nationalismus der unterdrückten Nationen stellte Lenin heraus, daß die *Anerkennung des Rechts* auf Lostrennung sich gerade gegen *jeglichen* Nationalismus richtet. Durch die Propagierung dieser Losung unterstützen die Kommunisten den Kampf der unterdrückten Nationen gegen die nationale Unterdrückung *ohne* dem Nationalismus der Unterdrückernationen oder dem Nationalismus der unterdrückten Nationen prinzipiell Zugeständnisse machen zu müssen. Ganz im Gegenteil kann auf dieser Grundlage der Kampf *gegen jegliche nationale Privilegien* und der Kampf für den Zusammenschluß der

Proletarier aller Nationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Nationen geführt werden.

Noch heute wird von Opportunisten dieser alte Vorwurf wiederholt und Lenin unterstellt, daß er angeblich den Nationalismus weniger bekämpft habe als Rosa Luxemburg. So behaupten beispielsweise diese Opportunisten: „Rosa Luxemburgs Ablehnung des Nationalismus ist ... weitgehender als die Lenins.“³²

Denkt man sich jedoch in die Polemik unvoreingenommen hinein, dann muß man zu der Schlußfolgerung Lenins kommen, daß im Gegenteil die von Rosa Luxemburg vertretene Ablehnung des *Rechts* der unterdrückten Nationen auf Lostrennung dem Nationalismus der Unterdrückernationen in die Hände arbeitet.

Welche Demagogen die heutigen Opportunisten sind, zeigt sich auch daran, wie sie die wirklichen Anschauungen Rosa Luxemburgs verfälschen. So behaupten sie etwa im „Arbeiterkampf“:

³² Siehe „Marxismus und Nationalismus, Aktuelle Notizen zur Kontroverse Luxemburg – Lenin“, „Arbeiterkampf“, Nr. 323, 15. 10. 1990, S. 34

Diese Opportunisten stellen einen aktuellen Bezug zur Polemik zwischen Lenin und Rosa Luxemburg her. Vor dem Hintergrund „des Zerfalls des Sowjetblocks“ und des angeblichen Schreckgespenstes vom „nationalistischen Hexenkessel“ propagieren sie eine angebliche „Problematisierung Leninscher Prämissen von links her“, d. h. die Ablehnung des *Rechts* der unterdrückten Nationen auf Lostrennung (siehe: „Marxismus und Nationalismus, Aktuelle Notizen zur Kontroverse Luxemburg – Lenin“, „Arbeiterkampf“, Nr. 323, 15. 10. 1990, S. 33/34)

Die Argumentation dieser Opportunisten ist sehr geschickt, allerdings „links“ ist sie keinesfalls.

In der Tat sind einige nationale Bewegungen in der Sowjetunion keinesfalls fortschrittlich-demokratische Bewegungen, sind gerade in den Führungen dieser Bewegungen oft die reaktionärsten Vertreter der bürgerlich-revisionistischen herrschenden Klasse oder der alten, oft sogar pronazistischen Bourgeoisie anzutreffen. Damit spekulieren diese Opportunisten. Doch dies ist nur ein Teil der Wahrheit dieses überaus komplizierten Problems. Wahr ist auch, daß diese Bewegungen auch entstanden sind auf dem Boden des sich seit Chruschtschow über Breschnew bis Gorbatschow immer mehr ausbreitenden großrussischen Chauvinismus, der die Sowjetunion wieder in ein „zaristisches Völkergefängnis“ verwandelt hat.

„Sie (Rosa Luxemburg, A.d.V.) lehnt die positive Bezugnahme auf die Rechte von Nationen in jedem nur denkbaren Fall ab ...“³³

Rosa Luxemburg hat zwar das Recht auf Lostrennung im Programm der SDAPR abgelehnt, doch es ist eben eine opportunistische Verfälschung, daraus zu schließen, sie habe damit die positive Bezugnahme auf die Rechte von Nationen überhaupt und noch dazu in jedem nur denkbaren Fall abgelehnt.

So ist Rosa Luxemburg für die nationalen Rechte der vom deutschen Imperialismus unterdrückten Polen³⁴ und für die nationalen Rechte der vom Zarismus unterdrückten Nationen (mit Ausnahme des Rechts auf Lostrennung) eingetreten. Für Russisch-Polen z. B. forderte sie in ihrem Artikel von 1908/1909 „Nationale Frage und Autonomie“ die Autonomie Polens im russischen Staat. Ja, im Falle der Türkei trat sie sogar für das Recht unterdrückter Nationen, z. B. Armeniens, auf Lostrennung und Bildung eines eigenen Staates ein.³⁵

Lenins Einschätzung der „Junius-Broschüre“ (1916)

Rosa Luxemburgs Schrift „Die Krise der Sozialdemokratie“, die 1916 illegal unter dem Pseudonym „Junius“ von der Spartakusgruppe verbreitet wurde, ist eine umfassende Abrechnung mit dem Sozialchauvinismus der Führer der deutschen Sozialdemokratie. Noch im gleichen Jahr veröffentlichte Lenin seine kritische Besprechung „Über die Junius-Broschüre“, in der er Fehler und Mängel Rosa Luxemburgs und der deutschen Linken aufzeigte.

³³ Ebenda, S. 33

³⁴ Vgl. Rosa Luxemburg, „Zur Verteidigung der Nationalität“, 1900, Gesammelte Werke, Band. 1/1, S. 810-828

³⁵ Vgl. Rosa Luxemburg, „Nationale Kämpfe in der Türkei und die Sozialdemokratie“, 1896, Gesammelte Werke, Band 1/1, S. 57-68

Auch heute noch knüpfen sozialdemokratische Fälscher an Fehlern Rosa Luxemburgs an, um sie in scheinbarer Verteidigung als angebliche Zeugin für einen „nationalen Verteidigungskrieg“ an der Seite der imperialistischen deutschen Bourgeoisie und als Schutzschild für ihren eigenen Sozialchauvinismus zu mißbrauchen.

So schrieb der „linke“ Theoretiker der SPD, Peter von Oertzen, 1986 im SPD-Zentralorgan „Vorwärts“:

„Wenn also die Politik der deutschen Sozialdemokratie im August 1914 falsch war, dann lag der Fehler nicht in der Bewilligung der Kriegskredite und der damit ausgesprochenen Bejahung des Verteidigungskrieges ... Eine solche Politik revolutionär-demokratischer Landesverteidigung, eine Politik, ‚die wahrhaft national, wahrhaft freiheitlich‘ gewesen wäre, hat Rosa Luxemburg in ihrer ‚Junius-Broschüre‘ 1915 vertreten.“³⁶

Diese berufsmäßigen Demagogen haben tausendmal Unrecht, wenn sie Rosa Luxemburg für ihre chauvinistische Politik vereinnahmen wollen. Gerade die sozialchauvinistische Zustimmung der SPD-Führer zu den Kriegskrediten 1914 veranlaßte Rosa Luxemburg zu dem Ausspruch, daß die deutsche Sozialdemokratie „ein stinkender Leichnam“ geworden sei.

Bevor Lenin auf die Unzulänglichkeiten, Schwächen und Fehler in Rosa Luxemburgs „Junius-Broschüre“ einging, steckte er den solidarischen Rahmen für seine Kritik ab und stellte klar:

„... daß wir dies um der für Marxisten notwendigen Selbstkritik willen und zur allseitigen Überprüfung der Anschauungen tun, die als ideologische Grundlage der III. Internationale dienen sollen. Die Junius-Broschüre ist im großen und ganzen eine ausgezeichnete marxistische Arbeit, und es ist sehr wohl möglich, daß ihre Mängel bis zu einem gewissen Grade zufälligen Charakters sind.“

(Lenin, „Über die Junius-Broschüre“, 1916, Werke Band 22, S. 310-325, hier S. 311)

³⁶ „Vorwärts“, Nr. 14 vom 5. April 1986

Warnung Lenins vor Zugeständnissen an den deutschen Chauvinismus

Unserer Meinung nach sind die Hinweise Lenins auf Zugeständnisse an den deutschen Chauvinismus von ganz besonderer Bedeutung, da sie auf die Gefahren der Vernachlässigung der internationalistischen Aufgaben des deutschen Proletariats und den ungenügenden Kampf gegen den deutschen Chauvinismus aufmerksam machen – Fehler, die bei Rosa Luxemburg in Ansätzen oder im Keim vorhanden waren, die aber später in der KPD an Bedeutung gewannen. Die Kritik Lenins wird uns dabei helfen, aus diesen Fehlern der kommunistischen Bewegung in Deutschland zu lernen und richtige Schlußfolgerungen für unseren eigenen Kampf gegen den deutschen Chauvinismus heute zu ziehen.

Die Leugnung nationaler Kriege in der Epoche des Imperialismus kann zu chauvinistischer Gleichgültigkeit gegenüber nationalen Befreiungsbewegungen führen

Der berechtigte Haß gegen die sozialchauvinistischen Vaterlandsverteidiger führte Rosa Luxemburg zu der falschen Auffassung:

„In dem heutigen imperialistischen Milieu kann es überhaupt keine nationalen Verteidigungskriege mehr geben.“

(Rosa Luxemburg, „Die Krise der Sozialdemokratie“, 1916, Gesammelte Werke, Band 4, S. 136)

Lenin hielt dem entgegen, daß aus der richtigen Feststellung Rosa Luxemburgs, daß der Erste Weltkrieg ein imperialistischer Krieg war, nicht geschlossen werden könne, daß es in der Epoche des Imperialismus überhaupt keine nationalen Kriege mehr geben könne. Er stellte vor allem heraus:

„Nationale Kriege der Kolonien und Halbkolonien sind in der Epoche des Imperialismus nicht nur wahrscheinlich, sondern unvermeidlich.“

(Lenin, a.a.O., S. 315)

Lenin wies darauf hin, daß aus dem theoretischen Fehler Rosa Luxemburgs sehr leicht eine in praktisch-politischer Hinsicht chauvinistische Politik begründet werden könne, denn

„... daraus wird die noch unsinnigere und direkt reaktionäre Gleichgültigkeit den nationalen Bewegungen gegenüber abgeleitet. Eine solche Gleichgültigkeit wird zum Chauvinismus, wenn Angehörige der europäischen ‚großen‘ Nationen, d. h. der Nationen, die eine Masse kleiner und kolonialer Völker unterdrücken, ...“

(ebd., S. 317)

diese Position vertreten. Lenin bemerkte jedoch zugleich,

„... daß es ungerecht wäre, Junius der Gleichgültigkeit der nationalen Bewegungen gegenüber zu bezichtigen“,

(ebd., S. 318)

da die Broschüre die Unterdrückungs- und Völkermordpolitik des deutschen Imperialismus z. B. in der ehemaligen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“, in Kamerun usw. anprangerte.

Die Losung der „großdeutschen Republik“ in der Epoche des Imperialismus leistet dem deutschen Chauvinismus Vorschub

Rosa Luxemburg zog die praktische Schlußfolgerung, daß die Sozialdemokraten verpflichtet seien, **„ihr Land“** in einer großen historischen Krise zu **verteidigen**“ und warf der Sozialdemokratie 1914 vor:

„Sie hat das Vaterland in der Stunde der größten Gefahr im Stiche gelassen. Denn die erste Pflicht gegenüber dem Vaterland in jener Stunde war, ihm den wahren Hintergrund dieses imperialistischen Krieges zu zeigen, das Gewebe von patriotischen und diplomatischen Lügen zu zerreißen ...“

(Rosa Luxemburg, a.a.O., S. 147)

Sie war also keine „Vaterlandsverteidigerin“, so wie es die Sozialchauvinisten der SPD noch heute auszulegen versuchen. Da nur

„ein freies Volk sein Land wirksam verteidigen kann ...“,
(ebd.)

folgerte sie, müsse dem Programm des imperialistischen Krieges

„das alte wahrhaft nationale Programm der Patrioten und Demokraten von 1848, das Programm von Marx, Engels und Lassalle, die *Losung der einigen großen deutschen Republik* ...“
(ebd.)

entgegengestellt werden.

Lenin wies dies klar zurück, da anders als 1848 objektiv nicht mehr die bürgerlich-demokratische Revolution auf der Tagesordnung stand:

„Jetzt ist für die führenden, größten Staaten Europas die *objektive* Lage eine andere. Die Vorwärtsentwicklung – wenn man von möglichen, vorübergehenden Rückschlägen absieht – ist zu verwirklichen nur in der Richtung der *sozialistischen* Gesellschaft, der *sozialistischen Revolution*. Dem imperialistisch-bürgerlichen Krieg, dem Krieg des hochentwickelten Kapitalismus, kann vom Standpunkt der Vorwärtsentwicklung, vom Standpunkt der fortgeschrittenen Klasse *objektiv* nur ein Krieg gegen die Bourgeoisie entgegengestellt werden, d. h. zunächst der *Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie um die Macht* ...“

(Lenin, a.a.O., S. 321/322)

Die Losung der großdeutschen Republik mußte in der Epoche des Imperialismus, in der der großdeutsche Gedanke von 1848 jeglichen revolutionär-demokratischen Hauch verloren hatte und gesamtnationale Aufgaben in einem imperialistischen Land wie Deutschland unwiderbringlich der Vergangenheit angehörten, dem deutschen Imperialismus und Chauvinismus dienen. Diese großdeutsche Losung mußte abgelehnt und bekämpft werden, weil sie, konsequent weitergedacht, zur Vaterlandsverteidigung im imperialistischen Krieg führen muß und dem großdeutschen Chauvinismus Vorschub leistet. Deshalb stellte Lenin fest:

„Die ‚großdeutsche Republik‘ hätte, wenn sie in den Jahren 1914 – 1916 existiert hätte, einen *ebensolchen* imperialistischen Krieg geführt.“

(ebd., S. 322)³⁷

³⁷ Die Rückkehr zur Losung von 1848 würde auch den Traum aller großdeutschen Chauvinisten näherrücken lassen, daß Österreich zu Großdeutschland gehört und

Lenin war jedoch völlig bewußt, daß Rosa Luxemburg keinesfalls Anhängerin der „Vaterlandsverteidigung“ im imperialistischen Krieg war. Er stellte deshalb seine Kritik auch an diesem Fehler in einen Rahmen, der Rosa Luxemburg gerecht wird:

„Junius kommt ganz dicht an die richtige Antwort auf diese Frage und an die richtige Losung heran: *Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus*, kehrt aber, gleichsam als scheue er sich, die Wahrheit bis zu Ende auszusprechen, *wieder zurück zur Phantasie von einem ‚nationalen Kriege‘ in den Jahren 1914, 1915 und 1916.*“

(ebd.)

Kritik am inkonsequenten Kampf und zu spätem Bruch mit dem ganzen opportunistischen Sumpf

Lenins Artikel zur „Junius-Broschüre“ enthält einige wichtige Hinweise, warum die deutschen Linken in ihrem Kampf gegen den ganzen opportunistischen Sumpf lange Zeit so inkonsequent waren und erst so spät zum vollständigen Bruch mit jeglichen Opportunisten und zur Gründung der KPD schritten.

Einen Hauptmangel der „Junius-Broschüre“ sah Lenin in der ungenügenden Klarheit über den gesamten Opportunismus, sowohl den offenen wie den verkappten als zwei Richtungen ein und derselben opportunistischen Strömung, die sich gegenseitig unterstützten und stärkten und die Basis des sozialchauvinistischen Verrats bildeten:

„Sowohl in der Junius-Broschüre als auch in den Leitsätzen ist weder vom Opportunismus noch vom Kautskyanertum die Rede! Das ist theoretisch unrichtig, denn man kann den ‚Verrat‘ nicht erklären, ohne seinen Zusammenhang aufzudecken mit dem Opportunismus als *Richtung*, die schon auf eine lange Geschichte, nämlich die Geschichte der ganzen II. Internationale zurückblickt. Das ist praktisch-politisch falsch, denn man kann die ‚Krise der Sozialdemokratie‘ weder verstehen noch überwinden,

Fortsetzung der Fußnote

einverleibt werden müsse. Österreich entwickelte sich spätestens nach dem Krieg zwischen Preußen und Österreich 1866/67 zu einer eigenständigen Nation.

ohne die Bedeutung und die Rolle der zwei Richtungen – der offenen opportunistischen (Legien, David usw.) und der verkappt opportunistischen (Kausky und Co.) – klargestellt zu haben.“
(ebd., S. 312)

In dieser fehlenden klaren Trennungslinie zum gesamten Opportunismus und der ungenügenden Klarheit über den Zusammenhang der verschiedenen opportunistischen Richtungen sah Lenin eine Quelle des größten Mangels der deutschen Linken:

„Der größte Mangel des gesamten revolutionären Marxismus in Deutschland ist das *Fehlen einer festgefügtten illegalen Organisation*, die systematisch ihre Linie verfolgt und die Massen im Geiste der neuen Aufgaben erzieht: eine solche Organisation müßte sowohl dem Opportunismus als auch dem Kauskyanertum gegenüber eine eindeutige Stellung einnehmen.“
(ebd.)

Lenin erklärte weiter die Inkonsequenz der deutschen Linken in ihrem Kampf gegen den gesamten Opportunismus aus ihrer jahrzehntelangen Verbindung und Zusammenarbeit mit den Opportunisten in einer gemeinsamen Partei. In dieser Partei standen sie oft genug gegen die Opportunisten alleine da, ohne eine revolutionäre Organisation als Rückhalt. Rosa Luxemburg habe sich

„... nicht völlig frei gemacht von dem ‚Milieu‘ der deutschen, selbst der linken Sozialdemokraten, die eine Spaltung fürchteten und Angst haben, die revolutionären Losungen bis zu Ende auszusprechen. Das ist eine falsche Furcht, und die linken Sozialdemokraten Deutschlands müssen und werden sich von ihr *freimachen*. Die Entwicklung ihres Kampfes gegen die Sozialchauvinisten wird dazu *führen*.“
(ebd., S. 324)

Diese Hoffnung, die Lenin 1916 äußerte, wurde nicht enttäuscht. Denn sie war begründet in der Tatsache, daß die Linken um Rosa Luxemburg

„... den Kampf gegen die *eigenen* Sozialchauvinisten ... entschieden, energisch, *aufrichtig* (führen)“.
(ebd.)

Am Ende seines Artikels machte Lenin deutlich, worin die Mängel und die Schwächen Rosa Luxemburgs und aller deutschen Linken

begründet waren und warum sie dennoch durch solidarische Kritik nach allen Kräften unterstützt werden mußten:

„In der Junius-Broschüre spürt man den *allein dastehenden*, der keine Genossen in einer illegalen Organisation hat, die gewöhnt wäre, revolutionäre Losungen bis zu Ende zu durchdenken und die Masse systematisch in deren Geiste zu erziehen. Aber dieser Mangel – das zu vergessen, wäre grundfalsch – ist nicht ein persönlicher Mangel von Junius, sondern das Resultat der Schwäche *aller* deutschen Linken, die von allen Seiten von dem niederträchtigen Netz der kautskyanischen Heuchelei, der Pedanterie, des ‚Wohlwollens‘ den Opportunisten gegenüber umgarnt sind. Die Anhänger von Junius haben es, *obgleich* sie allein dastanden, fertiggebracht, die Herausgabe illegaler Flugblätter und den Kampf gegen das Kautskyanertum *aufzunehmen*. Sie werden es verstehen, auch weiter auf dem richtigen Wege vorwärtzuschreiten.“

(ebd., S. 325)



Die Hauptsache ist, daß Rosa Luxemburg und die deutsche Linken zu lernen verstanden, daß sie ihre Fehler überwandten, aus den solidarischen Debatten gestärkt hervorgingen und schließlich die Gründung der KPD im Verlauf der Revolution in Deutschland Ende 1918 vollzogen. Dies ist auch ein wichtiges Beispiel für die Theorie und Praxis der internationalen Debatte unter Genossinnen und Genossen.

Von Rosa Luxemburg lernen, das heißt daher für die Kommunistinnen und Kommunisten, den Marxismus nicht aus Schulbüchern zu pauken, sondern ausgehend von den Fragen des praktischen Kampfes gegen den Opportunismus und des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie vor allem von Rosa Luxemburgs positivem Wirken, aber auch aus ihren Fehlern und der Korrektur ihrer Fehler zu lernen. Daher sagte Lenin, daß

„... ihre Biographie und die *vollständige* Ausgabe ihrer Werke ... eine sehr nützliche Lehre sein (werden) bei der Erziehung vieler Generationen von Kommunisten der ganzen Welt.“

(Lenin, „Notizen eines Publizisten“, 1922, Werke Band 33, S. 195)

Stalin zur Unterstützung der Menschewiki durch Rosa Luxemburg 1904

Stalin stellte fest, daß 1904, nach dem 2. Parteitag der SDAPR, die Linken in der SPD die Menschewiki unterstützten. Er schrieb:

„Auch linke Sozialdemokraten in Deutschland, Parvus und Rosa Luxemburg, die damaligen Führer der Linken, griffen ein. Und was geschah? Beide sprachen sich für die Menschewiki, gegen die Bolschewiki aus. Dabei wurde gegen die Bolschewiki die Anklage des Ultrazentralismus und blanquistischer Tendenzen erhoben.“

(Stalin, „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus“, 1931, Werke Band 13, S. 81)

Dies ist im Grunde eine auf den Punkt gebrachte Zusammenfassung der Kritik Lenins von 1904 an Rosa Luxemburg, die sich sogar in der Wortwahl eng an Lenins Kritik³⁸ anlehnt. Worin hier eine Übertreibung der Kritik Lenins bestehen soll, das wird wohl das Geheimnis der modernen Revisionisten bleiben.

Stalin zu Rosa Luxemburgs Haltung zur Linie der Bolschewiki in der russischen Revolution 1905

Als zweiten Kritikpunkt an den Linken in der Vorkriegs-SPD nannte Stalin 1931 ihre falsche Haltung zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen Menschewiki und Bolschewiki in der Frage des Charakters der russischen Revolution.

³⁸ Siehe „Die Polemik zur Organisationsfrage (1904)“, vorliegende Nummer, S. 112 ff.

Die deutschen Linken unterstützten zwar nicht die falsche Linie der Menschewiki, die die Hegemonie des Proletariats in der russischen Revolution ablehnten und statt dessen eine Politik des Paktierens mit der liberalen Bourgeoisie betrieben. Aber:

„Sie (Parvus und Rosa Luxemburg, A. d. V.) ersannen ein utopisches und halbmenschewistisches Schema, das der permanenten Revolution (ein Zerrbild des Marxschen Revolutionschemas), durchdrungen von einer durch und durch menschewistischen Verneinung der Politik des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, und stellten es dem bolschewistischen Schema der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft entgegen“.

(Stalin, „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus“, 1931, Werke Band 13, S. 82)

Gerade auf diese Kritik beziehen sich diverse Renegaten und bürgerliche Hetzer, um Stalin als angeblichen „Verdammer“ Rosa Luxemburgs zu verleumden.

Als „schärfsten Bannfluch gegen eine politische Position in der innerparteilichen Auseinandersetzung der KPs“³⁹ wird diese Kritik von Opportunisten bezeichnet, die sich nicht vorstellen können, daß eine inhaltliche Kritik unter Genossinnen und Genossen trotz aller Schärfe eine solidarische Kritik ist.

Diese Opportunisten wiederholen im Grunde nur die Verleumdungen der offen bürgerlichen Publizisten, die gegen Stalin hetzen, er habe „Rosa für die größte aller Sünden verantwortlich gemacht“.⁴⁰

In Wirklichkeit hat Stalin differenziert Stellung genommen:

Rosa Luxemburg hat 1905 nicht die Linie der Menschewiki in der russischen Revolution unterstützt.

³⁹ Siehe „Die Zukunft gehört dem Bolschewismus“, „Arbeiterkampf“, 2. 5. 1988, Nr. 294, S. 32

⁴⁰ Siehe Frederik Hetmann, „Rosa L. – Die Geschichte der Rosa Luxemburg und ihrer Zeit“, Frankfurt am Main, 1976/1987, S. 267

Von der Linie der Bolschewiki trennte sie allerdings die Unterschätzung der revolutionären Potenzen der Bauernschaft in der russischen Revolution 1905.

Ihr Standpunkt blieb daher ein „halbmenschewistischer“, wie Stalin zu Recht feststellte, da sie die Politik des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, die wesentliche Bestandteile der Linie der Bolschewiki waren, ablehnte.

Stalin zu Rosa Luxemburgs Ablehnung des Rechts der unterdrückten Nationen auf Lostrennung und Bildung selbständiger Staaten

In dem bereits mehrfach erwähnten Artikel von 1931 nannte Stalin als dritten Fehler:

„Sie (die linken Sozialdemokraten im Westen, A.d.V.) entwickelten eine halbmenschewistische Theorie des Imperialismus, lehnten das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen in seiner marxistischen Auffassung (einschließlich der Lostrennung und der Bildung selbständiger Staaten) ab...“

(Stalin, „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus“, 1931, Werke Band 13, S. 82/83)

Stalin hat mit dieser Kritik keineswegs überzogen. Die Linken in der Sozialdemokratie des Westens kämpften zwar gegen den sich ausbreitenden Sozialchauvinismus in der Vorkriegssozialdemokratie und unterstützten den Kampf der unterdrückten Nationen und Kolonien für ihre Befreiung vom Imperialismus (Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nahmen hierbei eine herausragende Position in der Sozialdemokratie des Westens ein), doch sie trennten sich nicht völlig von falschen sozialdemokratischen Auffassungen in dieser Frage.

Stalin nannte hier weder Rosa Luxemburg noch andere beim Namen, sondern bezieht seine Kritik auf „die linken Sozialdemokraten im Westen“ allgemein.

Doch von Lenins Polemik gegen Rosa Luxemburg in der Frage der Ablehnung des Rechtes der unterdrückten Nationen auf Lostrennung wissen wir, daß auch Rosa Luxemburg nicht frei war von Fehlern in dieser Frage.



Stalin äußerte sich 1904 zustimmend zu Lenins Kritik an Rosa Luxemburg:

„Gut ist auch der Artikel gegen Rosa Luxemburg. Diese Herrschaften – Rosa, Kautsky, Plechanow, Axelrod, Wera Sassulitsch u. a. – haben offenbar als alte Bekannte irgendwelche Familientraditionen ausgearbeitet. Sie können nicht einander „untreu werden“, sie verteidigen einander so, wie die Mitglieder eines Klans patriarchalischer Stämme einander verteidigen, ohne sich auf eine Untersuchung der Schuld oder Unschuld des Verwandten einzulassen. Gerade dieses „verwandtschaftliche“ Familiengefühl hat Rosa gehindert, die Parteikrise objektiv zu betrachten (natürlich gibt es auch andere Gründe, z. B. schlechte Bekanntschaft mit den Tatsachen, die Auslandsbrille usw.).“

(Stalin, „Brief aus Kutais“, 1904, Werke Band 1, S. 52)

Stalin hatte 1904 in der konkreten Auseinandersetzung über die Organisationsfrage also eine ausgesprochen negative Einschätzung von Rosa Luxemburg. Es ist jedoch eine falsche Vorstellung, Stalin deswegen zu unterstellen, er habe damit die endgültige Verurteilung Rosa Luxemburgs ausgesprochen.⁴¹

Stalin hat wie Lenin die selbstkritische Entwicklung Rosa Luxemburgs keinesfalls verschwiegen, sondern sie als positiv herausgestellt. Über ihr Auftreten auf dem Londoner Parteitag der SDAPR 1907 schrieb Stalin:

„Besonders aufschlußreich waren die Reden der Genossin Rosa Luxemburg, die den Parteitag im Namen der deutschen

⁴¹ Auf solch eine üble Weise zitiert der SED-Ideologe Oelßner diese Passage und unterstellt, Stalin habe sozusagen „bereits 1904“ gesehen, daß es mit Rosa Luxemburg gar nicht mehr besser werden könne. (siehe: Oelßner, „Rosa Luxemburg – eine biographische Skizze“, Berlin, 1951, S. 155)

Sozialdemokraten begrüßte und die Auffassung entwickelte, die unsere deutschen Genossen von unseren Meinungsverschiedenheiten haben. (Wir fassen hier die beiden Reden zusammen, die R.L. zu verschiedener Zeit gehalten hat.) In den Fragen nach der Rolle des Proletariats als des Führers der Revolution, nach der Rolle der liberalen Bourgeoisie als einer antirevolutionären Kraft usw. usw. erklärte Rosa Luxemburg ihre volle Übereinstimmung mit den Bolschewiki, kritisierte sie die Führer des Menschewismus, Plechanow und Axelrod, die sie als Opportunisten bezeichnete und deren Haltung sie mit der der Jaurèsisten in Frankreich verglich. Ich weiß, sagte Rosa Luxemburg, daß auch die Bolschewiki manchmal danebenhauen, manchmal sonderbar und allzu felsenfest sind, aber ich verstehe und rechtfertige sie durchaus: angesichts der zerfließenden, gallertartigen Masse des menschewistischen Opportunismus muß man felsenfest sein.“

(Stalin, „Der Londoner Parteitag der SDAPR“, 1907, Werke Band 2, S. 57/58)

Somit zeigte sich, daß Rosa Luxemburg 1907 begann, sich von dieser „Familie“ zu lösen. Wenn sie auch noch nicht völlig mit dem ganzen opportunistischen Sumpf brach, so zeigte sich gerade die Größe Rosa Luxemburgs darin, daß sie durch die Erfahrungen der russischen Revolution von 1905 zu lernen verstand.

Es ist klar, daß Stalin seine Einschätzung von 1904 erst recht niemals 1918/19 als gültig dargestellt hätte, als Rosa Luxemburg als führende Genossin der Spartakus-Gruppe sich von dem gesamten opportunistischen Sumpf trennte, ihre wesentlichen Fehler korrigierte und die KPD mitgründete.

Ganz im Gegenteil hat Stalin zusammen mit Lenin und der gesamten KPR die unter der Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründete KPD (Spartakusbund) begeistert als Geschwisterpartei begrüßt und unterstützt.

Lenin, Stalin und Swerdlow haben kurz nach der Gründung der KPD im Januar 1919 im Namen des ZK der KPR einen Brief an die KP Deutschlands, die KP Österreichs und die KP Ungarns gerichtet, in dem es heißt:

„Die Partei des Proletariats, unsere Partei, die man zu Anfang der Revolution für ‚eine kleine Gruppe von Wahnsinnigen‘ hielt

und die jetzt seit mehr als einem Jahr die Staatsmacht in starken Händen hält, sieht mit besonderer Freude, daß auch in Deutschland, Österreich und Ungarn die Bruderparteien, die mit uns einen gemeinsamen Weg gehen: über die Diktatur des Proletariats zu unserem gemeinsamen Ziel, zum Sozialismus, zu kommen, stärker werden.

„Der Untergang der Bourgeoisie und der Sieg des Proletariats sind gleichermaßen unvermeidlich.“

Unser Sieg ist unvermeidlich, Genossen! Wir glauben und wissen, daß es zusammen mit Ihnen gelingen wird, auf den Trümmern des kapitalistischen Raubstaates die neue Welt unserer menschlichen Brüderlichkeit und der Solidarität der Völker aufzubauen.“

(Stalin, „Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung“, Berlin, 1972, S. 64/65)



Der Artikel von Stalin von 1931 stellt in gewisser Weise eine Art Schlußeinschätzung dar, die im wesentlichen mit der Einschätzung Lenins identisch ist. Die Kritik ist aufgrund der Schwere der Fehler Rosa Luxemburgs mitunter hart, aber keineswegs unsolidarisch, wie die modernen Revisionisten der SED/PDS behaupten.

Stalin gab nicht nur eine Art Zusammenfassung der Hauptkritiken, sondern nannte auch die „großen und ernstesten revolutionären Taten“ der Linken in der Vorkriegssozialdemokratie:

„Gewiß, die Linken in Deutschland hatten nicht nur ernste Fehler. Sie haben auch große und ernste revolutionäre Taten aufzuweisen. Ich denke dabei an eine ganze Reihe ihrer Verdienste und an ihr revolutionäres Auftreten in Fragen der inneren Politik und im besonderen des Wahlrechtskampfes, in Fragen des parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfes, des Generalstreiks, des Krieges, der Revolution von 1905 in Rußland usw. Eben deswegen rechneten die Bolschewiki mit ihnen als mit Linken und unterstützten sie, drängten sie vorwärts. Dies schafft jedoch nicht die Tatsache aus der Welt und kann sie nicht aus der Welt schaffen, daß die linken Sozialdemokraten in

Deutschland zugleich eine ganze Reihe ernstester politischer und theoretischer Fehler aufzuweisen hatten, daß sie sich noch nicht von dem menschewistischen Ballast befreit hatten und daher der ernstesten Kritik von seiten der Bolschewiki bedurften.“

(Stalin, „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus“, 1931, Werke Band 13, S. 83)

Als Ergebnis unserer Analyse müssen wir feststellen, daß diese Einschätzung richtig ist. Auch für uns bedeutet das, korrekt und eben nicht primitiv den „menschewistischen Ballast“ bei der großen Kommunistin Rosa Luxemburg zu kritisieren.

Die falschen Freunde von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bekämpfen!

„Die großen Revolutionäre wurden zu Lebzeiten von den unterdrückenden Klassen ständig verfolgt, die ihrer Lehre mit wildestem Ingrim und wütendstem Haß begegneten, mit zügellosen Lügen und Verleumdungen gegen sie zu Felde zogen. Nach ihrem Tode versucht man, sie in harmlose Götzen zu verwandeln, sie sozusagen heiligzusprechen, man gesteht ihrem *Namen* einen gewissen Ruhm zu zur ‚Tröstung‘ und Betörung der unterdrückten Klassen, wobei man ihre revolutionäre Lehre des *Inhalts* beraubt, ihr die revolutionäre Spitze abbricht, sie vulgarisiert.“

(Lenin, „Staat und Revolution“, 1917, Werke Band 25, S. 397)

Den Kampf Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts fortführen, das heißt, sie gegen all ihre Gegner, die offenen Feinde, aber auch gegen ihre falschen Freunde zu verteidigen, denn diese richteten mit ihrer Demagogie gerade bei den Kräften, die sich wirklich zur Revolution hingezogen fühlen, den allergrößten Schaden an.

Mit vermeintlichem Lob, um nachher sich die Schuhe an Rosa und Karl abzuputzen, bzw. mit direkter Verfälschung schaukeln sich verschiedene Richtungen, die oft im Widerspruch zueinander scheinen oder auch tatsächlich sind, gegenseitig hoch. Sie sind häufig nicht klar voneinander getrennt, gehen ineinander über.

Ob nun unter „kommunistischem“ Deckmantel, ob unter pazifistischer Maske, eines ist ihnen gemeinsam: die revolutionären Errun-

enschaften von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht anzugreifen oder in der Versenkung verschwinden zu lassen.

Dabei nahm die revisionistische SED (heute: PDS) in den letzten über 30 Jahren eine üble Vorreiterrolle ein. Einerseits erweckte sie durch die Publikation der Werke von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht den Eindruck, in deren revolutionärer Tradition zu stehen. Gleichzeitig verbreitete sie sterile bürokratische, die wirklichen Fehler übertreibende Kritiken.

So konnte eine Situation entstehen, daß die sich „links“ gebenden sozialdemokratischen Heuchler sich auf diese bürokratisch-revisionistischen Verzerrungen stürzten, um sich in die Pose der wahren Verteidiger von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werfen zu können.

„Durch Milde töten“

Ein typisches Beispiel dieser sozialdemokratischen Heuchelei und Verfälschung ist der 1986 entstandene Film von Margarete von Trotta „Rosa Luxemburg“. In diesem Film und dem dazu herausgegebenen „Filmbuch“⁴² wird Rosa Luxemburg gerade noch als pazifistische, ach so friedfertige Gegnerin des Ersten Weltkriegs dargestellt, die in der Revolution angeblich gegen die Bewaffnung des Proletariats, gegen die revolutionäre Gewalt aufgetreten sei. Durch die heuchlerische, Sympathie weckende Darstellung von Rosa als „Naturfreundin“, „Demokratin“ und „Frau“ werden geschickt Verfälschungen unter die Leute gebracht.

Dieser Film erwähnt mit keinem Wort, daß Rosa Luxemburg für die Diktatur des Proletariats, für den Bürgerkrieg gegen die Macht der imperialistischen Bourgeoisie, für die Schaffung der Kommunistischen Partei Deutschlands und die Kommunistische Internationale, für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus gekämpft hat.

⁴² Siehe: von Trotta/Ensslin, „Rosa Luxemburg – Das Buch zum Film“, Greno Verlag, 1986

Solche verfälschende Propaganda bleibt bei vielen ehrlichen Genossinnen und Genossen nicht ohne Wirkung. Sie lassen sich verwirren, weil sie nicht die Originaldokumente studieren, so daß diese Demagogen leichtes Spiel haben.

An zwei Punkten wollen wir dies beleuchten:

Rosa Luxemburg wird entgegen der geschichtlichen Wahrheit als Gegnerin des bewaffneten Kampfes dargestellt

1. Beispiel:

Rosa Luxemburg hat in der russischen Revolution 1905/1906 mit all ihrer Kraft als leitende Genossin der Sozialdemokratie Polens aus der Illegalität heraus bis zu ihrer Verhaftung am revolutionären Aufstand des Proletariats in Warschau teilgenommen.

Zu diesem Zeitpunkt schrieb sie in einem Artikel über den bewaffneten Aufstand gegen die zaristische Regierung:

„Es gibt keine Mißverständnisse noch Ausflüchte mehr, die Revolution und die Konterrevolution stehen sich mit offenem Visier gegenüber, der Anschlag der Regierung auf die Keime der politischen Freiheit ist eine offene Herausforderung zum letzten Kampf. Folglich kann die Frage nur durch die physische Kraft entschieden werden, die Antwort auf die Gewalt muß Gewalt sein, gegen die Anschläge der Regierung der allgemeine Aufstand und der Straßenkampf.“

(Rosa Luxemburg „In revolutionärer Stunde: Was weiter?“, Polen 1906, Werke, Band 2, S. 18)

Im Film wird es hingegen so dargestellt, daß Rosa Luxemburg während der Revolution 1906 in Polen angesichts eines Waffenlagers der Revolutionäre angeblich sagte:

„Es war ausgemacht Agitation statt Bewaffnung“
(„Rosa Luxemburg – Das Buch zum Film“, a. a. O., S. 18)

Der Tenor ist klar: Rosa Luxemburg soll sich angeblich gegen die Bewaffnung ausgesprochen haben. In Wirklichkeit gingen Rosas

Aussagen genau in entgegengesetzte Richtung, daß die bisherigen Kampfformen nicht mehr ausreichen.

2. Beispiel:

Im Grunde noch unverschämter ist die Darstellung von Rosa Luxemburgs Haltung in den revolutionären Kämpfen im Januar 1919.

Rosa Luxemburg begrüßte und unterstützte die Besetzung des „Vorwärts“ wie auch des Telegrafenamtes usw. durch bewaffnete revolutionäre Arbeiter und Soldaten. Die Besetzungen allein waren Rosa nicht radikal genug. Dabei richtete sich ihre Kritik gegen die Führer der USPD:

„Die allerelementarsten Regeln der revolutionären Aktion haben sie vernachlässigt, als da sind:

1. Wenn die Massen den ‚Vorwärts‘ besetzen, dann ist es die Pflicht der revolutionären Obleute und des Zentralvorstands der USP von Groß-Berlin, die ja offiziell die Berliner Arbeiterschaft zu vertreten vorgeben, für sofortige Redaktionsführung im Sinne der revolutionären Arbeiterschaft Berlins zu sorgen.

2. Wenn die Massen das Wolffsche Telegraphenbüro besetzen, dann ist es die nächste Pflicht der revolutionären Organe der Arbeiterschaft, sich des Telegraphenbüros für die Sache der Revolution zu bedienen, ...“

(Rosa Luxemburg, „Versäumte Pflichten“, „Rote Fahne“ vom 8. Januar 1919, Gesammelte Werke, Band 4, S. 520/521)

Weiterhin forderte Rosa Luxemburg die Bewaffnung der Massen:

„Es versteht sich von selbst, daß, wenn man die Parole zum Generalstreik und zur Bewaffnung in die Massen wirft, man alles tun muß, um die energischste Durchführung der Parole zu sichern.“

(Rosa Luxemburg, „Das Versagen der Führer“, „Rote Fahne“ Nr. 11 vom 11. Januar 1919, Gesammelte Werke, Band 4, S. 524)

Im Film wird es jedoch so dargestellt, als habe Rosa Luxemburg die Besetzung der Redaktion des „Vorwärts“ verurteilt. Dabei wird eine Auseinandersetzung mit Karl Liebknecht in Szene gesetzt und zu einem Bruch mit ihm hochstilisiert, zu einer Ablehnung der bewaffneten Kämpfe überhaupt. (Trotta läßt Rosa Luxemburg danach auch noch in Ohnmacht fallen ...)

Rosa Luxemburg wird als lammfromme Kritikerin der Sozialdemokratie dargestellt

Selbst die berühmte Aussage, daß die deutsche Sozialdemokratie seit der Bewilligung der Kriegskredite „ein stinkender Leichnam“ ist, wird in diesem Film unterschlagen. Statt dessen wird Rosa bei der beginnenden Novemberrevolution (als sich Scheidemann und Bauer von der SPD an der Regierung beteiligten) folgende Einschätzung während ihres Gefängnisaufenthaltes in den Mund gelegt:

„Ich fürchte nur, Ebert und seine Genossen werden diese Macht mißbrauchen, die Arbeiter ein zweites Mal verraten.“

(„Rosa Luxemburg – Das Buch zum Film“, a. a. O., S. 87)

Diese äußerst zurückhaltende „Befürchtung“, die Rosa Luxemburg hier zugeschrieben wird, steht auch diesmal im Gegensatz zu den unversöhnlichen Darlegungen Rosa Luxemburgs über die Rolle der Ebert/Scheidemann und der SPD überhaupt. Wie schon gezeigt, waren diese für Rosa „Feinde der Revolution“. Und selbst schon im Gefängnis schrieb sie als Reaktion auf den Regierungseintritt von Bauer und Scheidemann:

„Die Scheidemann und Bauer, die jetzt mit einem Kuß auf die Hand der deutschen Monarchie beginnen, werden noch mit blauen Bohnen gegen streikende und demonstrierende deutsche Arbeiter enden. Der Regierungssozialismus stellt sich mit seinem jetzigen Eintritt in die Regierung als Retter des Kapitalismus der kommenden proletarischen Revolution in den Weg. Die proletarische Revolution wird über seine Leiche hinwegschreiten. ...“

(Rosa Luxemburg, „Die kleinen Lafayette“, „Spartacus“ Nr. 12, Oktober 1918, Gesammelte Werke, Band 4, S. 396)

Rosa sah also genau den bevorstehenden Kampf auf Leben und Tod. Es wundert schon nicht mehr, daß im Verlauf des Films im Grunde vertuscht wird, wer eigentlich die Spartakuskämpfer niedermetzeln ließ, wer den Befehl zur Verhaftung und somit auch zur Ermordung Rosa Luxemburg und Karl Liebknechts gab: Was selbst schon der „Spiegel“ und der „Vorwärts“ heute schreiben mußten, daß es nämlich die Sozialdemokratie mit dem Bluthund Noske an der Spitze war, die beide ermorden ließ, gerade das wird in diesem Film,

der soviel mit seinen historischen Studien hermacht, ausgeklammert, bewußt verschwiegen!

Glaubt wirklich irgendein Genosse, irgendeine Genossin, daß Rosa Luxemburg bereit gewesen wäre, einen solchen Film über sich oder über Clara Zetkin oder Karl Liebknecht „solidarisch“ zu diskutieren? Wer sich aus dem Studium ihrer politischen Schriften, wie auch ihrer veröffentlichten Briefe ein Bild von ihrem Charakter gemacht hat, wird erkennen, daß sie solche und ähnliche Filme als dreckige konterrevolutionäre Anbiederei und Verleumdung des eigentlichen Inhalts ihres Lebens für die Sache des Proletariats angesehen und vernichtend kritisiert hätte!

Rosa Luxemburg – Eine Anbeterin der Spontaneität?

Man mag darüber streiten, ob sie die führende Rolle der Partei und den bewußten Faktor in jeder Polemik immer genügend betont hat. Gewiß sind hier Fehler bei Rosa Luxemburg festzustellen, die ernst und korrekt kritisiert werden müssen.⁴³

Aber betont werden muß, daß sie in zentralen Schriften, wie in der „Junius-Broschüre“ und in der Schrift „Der Erste Parteitag“ (der KPD), dazu eindeutig und korrekt Stellung genommen hat:

„Der Sozialismus ist die erste Volksbewegung der Weltgeschichte, die sich zum Ziel setzt und von der Geschichte berufen ist, in das gesellschaftliche Tun der Menschen einen bewußten Sinn, einen planmäßigen Gedanken und damit den freien Willen hineinzutragen. Darum nennt Friedrich Engels den endgültigen Sieg des sozialistischen Proletariats einen Sprung der Menschheit aus dem Tierreich in das Reich der Freiheit. Auch dieser ‚Sprung‘ ist an ehernen Gesetze der Geschichte, an tausend

⁴³ Siehe „Die Polemik zur Organisationsfrage (1904)“, vorliegende Nummer, S. 112 ff.

Sprossen einer vorherigen qualvollen und allzu langsamen Entwicklung gebunden. Aber er kann nimmermehr vollbracht werden, wenn aus all dem von der Entwicklung zusammengetragenen Stoff der materiellen Vorbedingungen nicht der zündende Funke des bewußten Willens der großen Volksmasse aufspringt. Der Sieg des Sozialismus wird nicht wie ein Fatum vom Himmel herabfallen. Er kann nur durch eine lange Kette gewaltiger Kraftproben zwischen den alten und den neuen Mächten erkämpft werden, Kraftproben, in denen das internationale Proletariat unter der Führung der Sozialdemokratie lernt und versucht, seine Geschicke in die eigene Hand zu nehmen, sich des Steuers des gesellschaftlichen Lebens zu bemächtigen, aus einem willenlosen Spielball der eigenen Geschichte zu ihrem zielklaren Lenker zu werden.“

(Rosa Luxemburg, „Die Krise der Sozialdemokratie“, Gesammelte Werke, Band 4, S. 61–62)

An anderer Stelle forderte Rosa Luxemburg von der gerade gegründeten KPD:

„... an Stelle der revolutionären *Stimmung* allenthalben die unbeugsame revolutionäre *Überzeugung*, an Stelle des Spontanen das Systematische zu setzen“.

(Rosa Luxemburg, „Der erste Parteitag“, „Rote Fahne“ vom 3. Januar 1919, Gesammelte Werke, Band 4, S. 514)

Von ihrem bürokratischen Standpunkt aus behaupten die modernen Revisionisten der SED/PDS:

„Das Organisatorische war für Rosa Luxemburg ein durch den politischen Kampf der proletarischen Klasse sich selbst Regulierendes, Spontanes.“

(Vorwort zu „Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke“, Band 4, 1974, S. 21)

Dieser pauschale Vorwurf der modernen Revisionisten, denen Rosa Luxemburgs Orientierung auf die Mobilisierung und Bewußtmachung der Massen ein Dorn im Auge ist, ist angesichts der aufgeführten Zitate eine unhaltbare Verleumdung.

Bewußte Disziplin kontra Kadavergehorsam

Betrachtet man die Ansichten Rosa Luxemburgs in ihrem Kampf gegen den bürokratischen Zentralismus in der deutschen Sozialdemokratie, dann stellt man gerade fest, daß sie nach den Kritiken Lenins an ihren falschen Ansichten 1904 in der Frage des Zentralismus und der Parteidisziplin einen richtigen Standpunkt eingenommen hat. Denn Rosa Luxemburg kämpfte für die strikte Unterordnung aller Parteimitglieder unter die Mehrheit und brandmarkte den Bruch der Parteitagsbeschlüsse durch die Opportunisten als Bruch der Parteidisziplin:

„Die Parteidisziplin ist in einer proletarischen Klassenpartei eine so wichtige Bedingung der Einheitlichkeit der Aktion und deshalb eine so unentbehrliche Lebensbedingung der Partei selbst, daß sie nicht hoch genug eingeschätzt und nicht kräftig genug geschützt werden kann.“

(Rosa Luxemburg, „Die badische Budgetabstimmung“, 1910, Gesammelte Werke, Band 2, S. 428)

In einer weiteren Auseinandersetzung schrieb sie:

„... die Parteidisziplin, die unbedingte Unterordnung des Einzelnen unter den Gesamtwillen der Organisation, ist das Fundament unserer Existenz als Partei, ist das Lebenselement jeder Massenpartei, die als geschlossene Macht auftreten will. Und da gibt es keine Ausnahme, keine Absolutionen von der Pflicht der Disziplin. Denn die Disziplin bindet entweder *alle* in der Partei, oder sie ist für niemanden verpflichtend.“

(Rosa Luxemburg, „Gefährliche Neuerungen“, 1911, Gesammelte Werke, Band 2, S. 508)

Rosa Luxemburg hat weiter die *proletarisch bewußte* Disziplin herausgestellt:

„Die Disziplin und Geschlossenheit der Aktion ist eine Lebensfrage für Massenbewegungen wie die unsere. Aber die Disziplin im sozialdemokratischen Sinne unterscheidet sich grundsätzlich von der Disziplin eines bürgerlichen Militärs. Hier beruht sie auf der gedankenlosen und willenslosen Unterordnung der Masse

der Soldaten unter das Kommando der Obrigkeit, das einen fremden Willen ausdrückt.“

(Rosa Luxemburg, „Wieder Masse und Führer“, 1911, Gesammelte Werke, Band 3, S. 39)

Auch an diesem Punkt begegnet uns wieder die revisionistische Methode der Verfälschung der Ansichten Rosa Luxemburgs, die angeblich

„... keinen Zugang zum demokratischen Zentralismus ... mit strenger Parteidisziplin (fand)“.

(Vorwort zu „Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke“, Band 3, 1972, S. 19)

Wen wundert aber die Verleumdung der modernen Revisionisten der SED noch? Denn genau dieses von Rosa Luxemburg kritisierte bürokratische Verständnis von Disziplin, das die Masse der Parteimitglieder zur Passivität verdammt und zu blinden Befehlsempfängern degradiert, zeichnet ja die Theorie und Praxis der revisionistischen Parteien aus.

„Freiheit der Andersdenkenden“ heißt nicht Freiheit für die Konterrevolutionäre

Bürgerliche Ideologen, besonders aus den Reihen der Sozialdemokratie und extremer Revisionisten haben häufig nachzuweisen versucht, daß Rosa Luxemburg eine eigene, gegen den Marxismus gerichtete Theorie des „Demokratischen Sozialismus“, also eines „Dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus begründet habe.⁴⁴

Auch die modernen Revisionisten der SED/PDS bemühen sich eifrig, Rosa Luxemburg in eine angebliche Anhängerin der „Demokratie für alle“ umzufälschen.

⁴⁴ Siehe hierzu: „Rosa Luxemburg im Widerstreit“, Herausgeber DGB-Bildungswerk e.V., 1990, S. 84 u. 97

So schreibt 1990 die seit Jahren in der SED und jetzt in der PDS als Spezialistin in Sachen Rosa Luxemburg auftretende Annelies Laschitzka:

„Rosa Luxemburgs ... Ausgangspunkt ist ... Sozialismus als ausbeutungsfreie Ordnung und als *wahre Demokratie für alle* zu verwirklichen.“⁴⁵

All diesen Ideologen im Dienste der Bourgeoisie ist gemeinsam, daß sie sich mit Vorliebe unter dem Banner „Luxemburg kontra Lenin“ auf das während ihrer Gefängnishaft 1918 verfaßte unvollendete Manuskript „Zur russischen Revolution“⁴⁶ stützen, in dem die Randbemerkung enthalten ist:

„Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ‚Gerechtigkeit‘, sondern weil all das belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ‚Freiheit‘ zum Privilegium wird.“

(Rosa Luxemburg, „Zur russischen Revolution“, Manuskript vom Sommer 1918, Gesammelte Werke, Band 4, S. 359, Randbemerkung)

⁴⁵ Siehe A. Laschitzka, Vorwort zu „Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden“, Berlin 1990, S. 18/19

⁴⁶ Dieses Manuskript ist eine im Kern falsche Polemik gegen die Politik und Taktik der Bolschewiki nach dem Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution. Die Kritikpunkte an den Bolschewiki bezogen sich im einzelnen auf die Aufteilung des Bodens der Großgrundbesitzer an die Bauern; auf das Recht auf staatliche Lostrennung der vom Zarismus unterdrückten Nationen; auf die Auflösung der konstituierenden Versammlung (des bürgerlichen Parlaments in Rußland); auf die Einschränkung des Wahlrechts und der Presse- und Versammlungsfreiheit.

Rosa Luxemburg hat zwar nicht ausdrücklich selbstkritisch zu ihren falschen Kritiken an den Bolschewiki Stellung genommen, jedoch faktisch durch ihre Haltung und ihr praktisches Handeln im Verlauf der Revolution in Deutschland 1918/19 ihre Fehler zum großen Teil korrigiert. So zum Beispiel durch ihren Kampf zur Zerschlagung der bürgerlichen Nationalversammlung, die Befürwortung des Ausschlusses der Bourgeoisie vom Wahlrecht und die Unterstützung der Besetzung des sozialdemokratischen Presse zentrums.

Es gibt wohl kaum eine zweite Passage in Rosa Luxemburgs Schriften, die von bürgerlichen und revisionistischen Autoren für ihre demagogischen Zwecke so mißbraucht wird wie diese. Dabei liegt der Kern der ganzen Demagogie darin, daß Rosa Luxemburg unterstellt wird, sie habe unter „Freiheit der Andersdenkenden“ auch die Freiheit für die Bourgeoisie, für die Konterrevolution verstanden.⁴⁷

Das Studium ihrer Schriften, die Auseinandersetzung mit ihren Ansichten zeigt, daß das Gegenteil der Wahrheit entspricht.

Rosa Luxemburg hat in dieser Randbemerkung einen Gedanken festgehalten, der – wie das mit Gedanken in Randbemerkungen eben so ist – erst einmal isoliert dasteht, und daher um so genauer im Zusammenhang der ganzen Schrift gesehen werden muß.

Spricht Rosa Luxemburg hier von „Freiheit“ als der „Freiheit der Andersdenkenden“, dann geht es ihr **nicht** um die Freiheit schlechthin, klassenunspezifisch oder gar ausdrücklich um die Freiheit für die Konterrevolution. Sie selbst wehrt sich gegen solche Unterstellungen, wenn sie knapp einfließen läßt, daß es ihr dabei **nicht** um den „Fanatismus der ‚Gerechtigkeit‘“ geht.

Brisanz erhält diese Passage allerdings im Zusammenhang mit den bürokratisch-revisionistischen Vorstellungen von der Diktatur des Proletariats: So ließ der in der SED populäre Slogan „Die Partei hat immer recht“ allerdings keinen Raum für die „Freiheit der Andersdenkenden“. Den modernen Revisionisten der SED war natürlich

⁴⁷ Es ist auch hier wieder eine Ungeheuerlichkeit, wenn der „SED-Cheftheoretiker“ Oelßner behauptet, Rosa Luxemburg sei für die Freiheit der Konterrevolutionäre eingetreten:

„Sie (Rosa Luxemburg, A.d.V.) prägte das gefährliche Wort: ‚Freiheit ist immer die Freiheit des anders Denkenden‘, das in der Revolution unweigerlich zum Untergang führt, denn es bedeutet Freiheit für die Konterrevolution.“

(Fred Oelßner, „Rosa Luxemburg – Eine biographische Skizze“, Berlin, 1951, S. 124)

Dies war die durchgängige Auffassung der SED, die auch 1988 in ihrem Zentralorgan im gleichen Tenor schrieb:

„Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie der Aufstieg des Adolf Hitler lieferten den grausamen Beweis, was die allgemeine Freiheit der Andersdenkenden uns bescheren konnte.“

(„Neues Deutschland“ vom 2. 2. 1988)

jede Kritik an ihrer revisionistisch-bürgerlichen Diktatur zuwider. „Andersdenkende“, die sich wirklich am Sozialismus orientierten, wurden als Konterrevolutionäre diffamiert. Die bürgerlichen Demagogen griffen dies bereitwillig auf, um die antikommunistische Hetze zu verbreiten, daß die Diktatur des Proletariats keinerlei Freiheit, keinerlei Demokratie für die Massen bedeute.

Gerade in diesem Zusammenhang scheint uns der Gedanke von Rosa Luxemburg, den sie in der oben zitierten Randbemerkung formulierte, höchst aktuell.

Völlig richtig stellt sie fest, daß es eine Farce wäre, von Freiheit unter der Diktatur des Proletariats zu reden, wenn die Freiheit das „Privilegium“ nur der Anhänger der Regierung, nur der Mitglieder einer Partei wäre. Eine wirklich sozialistische Demokratie zeichnet sich hingegen dadurch aus, daß die werktätigen Massen, und eben auch die „Andersdenkenden“ unter ihnen, die Freiheit der Debatte und der Kritik haben. Die Unterstellung jedoch, daß *jeder* Andersdenkende, also auch der Nazi, der Konterrevolutionär diese Freiheit erhalten müsse, ist absurd. Unsere Darstellung, was Rosa mit ihrer Randbemerkung ausdrückt, ist nicht einfach eine dahergeredete Behauptung – das läßt sich beweisen, und zwar anhand eben dieser Schrift! Denn von „Freiheit für die Bourgeoisie“ oder „Freiheit für die Konterrevolution“ ist an keiner Stelle die Rede. Im Gegenteil war Rosa Luxemburg in dieser Schrift meilenweit davon entfernt, irgendeiner „Demokratie für alle“ oder einer klassenunabhängigen Freiheit das Wort zu reden. Sie verteidigte begeistert und entschieden die sozialistische Oktoberrevolution und die Diktatur des Proletariats unter der Führung der Partei Lenins gegen den ganzen Schwarm sozialdemokratischer Heuchler und Demagogen in Rußland und Deutschland und schleuderte ihnen entgegen – *„Sieg der Konterrevolution oder Diktatur des Proletariats“*:

„In dieser Situation gebührt denn der bolschewistischen Richtung das geschichtliche Verdienst, von Anfang an diejenige Taktik proklamiert und mit eiserner Konsequenz verfolgt zu haben, die allein die Demokratie retten und die Revolution vorwärts treiben konnte. Die ganze Macht ausschließlich in die Hände der Arbeiter-und Bauernmasse, in die Hände der Sowjets – dies war in der Tat der einzige Ausweg aus der Schwierigkeit, in die die

Revolution geraten war, das war der Schwertstreich, womit der gordische Knoten durchhauen, die Revolution aus dem Engpaß hinausgeführt und vor ihr das freie Blachfeld einer ungehemmten weiteren Entfaltung geöffnet wurde.

Die Lenin-Partei war somit die einzige in Rußland, welche die wahren Interessen der Revolution in jener ersten Periode begriff, sie war ihr vorwärtstreibendes Element, also in diesem Sinne die einzige Partei, die wirklich sozialistische Politik trieb...

Die wirkliche Situation der russischen Revolution erschöpfte sich nach wenigen Monaten in der Alternative: Sieg der Konterrevolution oder Diktatur des Proletariats, Kaledin oder Lenin.“

(Rosa Luxemburg, „Zur russischen Revolution“, Manuskript vom Sommer 1918, Gesammelte Werke, Band 4, S. 338/339)

Voller Sympathie schrieb sie über die historische Bedeutung des von den Bolschewiki geführten Oktoberaufstandes, der die bürgerliche Demokratie, die Freiheit der Bourgeoisie vernichtete und die Diktatur des Proletariats, die sozialistische Demokratie der Arbeiterklasse im Bündnis mit der Masse der Werktätigen errichtete:

„Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebrach, war in den Bolschewiki vertreten. Ihr Oktoberaufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung für die russische Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus.“

(ebenda, S. 341)

Und Rosa Luxemburg, als hätte sie Verfälschungen ihrer revolutionären Ideen schon vorausgesehen, schlägt diesen Wortverdrehern, die ihr unterstellen, sie sei für die Freiheit der Konterrevolutionäre eingetreten, voll ins Gesicht:

„Als der ganze Mittelstand, die bürgerliche und kleinbürgerliche Intelligenz nach der Oktoberrevolution die Sowjetregierung monatelang boykottierten, den Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr, den Schulbetrieb, den Verwaltungsapparat lahmlegten und sich auf diese Weise gegen die Arbeiterregierung auflehnten, da waren selbstverständlich alle Maßregeln des Druckes gegen sie: durch Entziehung politischer Rechte, wirtschaftlicher Existenzmittel etc., geboten, um den Widerstand mit

eiserner Faust zu brechen. Da kam eben die sozialistische Diktatur zum Ausdruck, die vor keinem Machtaufgebot zurückschrecken darf, um bestimmte Maßnahmen im Interesse des ganzen zu erzwingen oder zu verhindern.“

(ebenda, S. 357–358)

Betrachten wir nun die oben zitierte Randbemerkung im Zusammenhang mit diesen Passagen der gleichen Schrift, dann wird klar:

☆ Die Gewinnung und Überzeugung immer größerer Teile der werktätigen Massen setzt gerade die Auseinandersetzung mit Andersdenkenden, mit anderen, auch falschen Meinungen voraus. Dieser kontroversen Debatte aus dem Weg zu gehen, sie unter Berufung auf angeblich 99,98 Prozent Zustimmung für überflüssig zu erklären, ist charakteristisch für revisionistische Bürokraten. Recht haben, weil die „Partei immer recht hat“ und dann „blinde Gefolgschaft“ einfordern, ist diesen Bürokraten allemal lieber, als sich offen und ehrlich auseinanderzusetzen und Andersdenkende aufgrund richtiger Argumente überzeugen zu müssen.

☆ Kritik an Fehlern und Mängeln wäre ohne „Freiheit der Andersdenkenden“ gar nicht möglich. Die Entfaltung der Kritik der Massen an den Fehlern der Partei, den Fehlern der Regierung bedeutet ja, gerade die Massen unmittelbar am sozialistischen Aufbau zu beteiligen, Fehler nicht nur zu erkennen, sondern an ihrer Beseitigung selbst mitzuwirken. Gerade hier wäre es verhängnisvoll, die Ansicht zu verbreiten, alles würde schon seinen richtigen Gang gehen.

☆ Darüber hinaus gilt für den Marxismus wie für jede Wissenschaft:

„Es ist allgemein anerkannt, daß keine Wissenschaft ohne Kampf der Meinungen, ohne Freiheit der Kritik sich entwickeln und gedeihen kann.“

(Stalin, „Über den Marxismus in der Sprachwissenschaft“, 1950, Werke Band 15, S. 197)

Denn gerade neuen Problemen, neuen Aufgaben gegenüber setzt sich die richtige Lösung, der richtige Weg, die richtige Methode nicht von selbst durch, sondern wird gerade anfangs nur all zu oft auch nur von einer Minderheit erkannt, die dann gerade die Aufgabe

hat, in der Auseinandersetzung mit den „Andersdenkenden“ zu überzeugen.

☆ Und in diesem Zusammenhang ist Rosa Luxemburgs Bemerkung gerade auch eine Waffe gegen die antikommunistische Vorstellung, als müsse unter der Diktatur des Proletarias jeder Gedanke der Abklatsch, die Wiedergabe einer allgemeinverbindlichen Vorgabe sein.

<p>Die Grundlage für die Einschätzung des Werkes und des Kampfes von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in dieser „Rot Front“-Nummer bildeten die Nummer 51 und 53 von „Gegen die Strömung“ vom Juni 1990 bzw. März 1991.</p>



Anhang



Stationen im Leben von Rosa Luxemburg

- ◆ Rosa Luxemburg wird am 5. März 1871 in Zamosc im damaligen Russisch-Polen geboren.
- ◆ 1887 wird sie Mitglied eines illegalen sozialistischen Zirkels. Um der drohenden Verhaftung zu entgehen, ist sie 1889 gezwungen, illegal auszureisen. Ihre Flucht führt sie zuerst in die Schweiz, wo sie in Zürich an der philosophischen, später der naturwissenschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät studiert.
- ◆ 1893 nimmt sie am Internationalen Kongreß der II. Internationale in Zürich teil und hält den Bericht für die Polnische Sozialistische Partei. Hier trifft sie mit Engels zusammen.
- ◆ 1894 ist Rosa Luxemburg Mitbegründerin der Sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polen.
- ◆ 1898 zieht Rosa Luxemburg nach Deutschland um und wird Mitglied in der deutschen Sozialdemokratie.
- ◆ Auf Parteitag, öffentlichen Veranstaltungen und in Aufsätzen *entlarvt sie den Reformismus Bernsteins*.
- ◆ In ihrem Brief an Bebel vom 31. 10. 1898 fordert sie den Ausschluß Bernsteins aus der SPD.
- ◆ 1900 ist sie drei Monate als Agitatorin der SPD in Posen tätig.
- ◆ 1901 wird Rosa Luxemburg wegen Beleidigung des preußischen Kulturministers zu einer Geldstrafe verurteilt. Sie hatte sich gegen die preußische Germanisierung in Polen gewandt.
- ◆ Gleich nach dem Eintritt des „Sozialisten“ Millerand in die bürgerliche Regierung Frankreichs verurteilt sie in der „Leipziger Volkszeitung“ diesen Schritt. 1901 kritisiert sie Jaurès, einen anderen Reformi-

sten Frankreichs, der diesen Schritt als Verteidigung der bürgerlichen Republik zu rechtfertigen suchte.

◆ 1902 polemisiert sie gegen Vandervelde, einen Führer der II. Internationale. Sie kritisiert die spießhafte Beschränktheit in der Sozialdemokratie auf die bürgerliche Gesetzmäßigkeit.

◆ 1902 organisiert Rosa Luxemburg die erste gemeinsame öffentliche Veranstaltung der polnischen und deutschen Sozialdemokratie.

◆ Rosa Luxemburg **greift wiederholt den Antisemitismus in der SPD an**. Am 3. 10. 1903 protestiert sie mit einem Artikel gegen den Antisemitismus in der Partei.

◆ Im Januar 1904 wird Rosa Luxemburg von der Strafkammer des Landgerichts Zwickau wegen „Majestätsbeleidigung“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

◆ Im Herbst 1905 hält sie auf dem Parteitag der SPD in Jena eine Rede für die Annahme des politischen Massenstreiks als Kampfmittel der Partei.

◆ Wegen dieser Rede wird sie wegen „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“ angeklagt und am 12. Dezember 1906 zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

◆ Stets mit der polnischen und russischen Arbeiterbewegung verbunden, fährt Rosa Luxemburg Ende 1905 illegal nach Warschau und nimmt **als führende Genossin aktiv an der Revolution zum Sturz des Zarismus teil**.

◆ Im März 1906 wird sie verhaftet. Sie führt im Gefängnis einen Hungerstreik gegen die Haftbedingungen durch. Nach viermonatiger Haft gelingt es durch Druck, Rosa Luxemburg auch angesichts ihres schlechten Gesundheitszustandes gegen Kaution freizubekommen.

◆ Im Frühjahr 1906 schließt sich unter Mitwirkung von Rosa Luxemburg die polnische Sozialdemokratie der Sozialdemokratischen Partei Rußlands an.

◆ In ihrer 1906 verfaßten Schrift „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ propagiert sie den politischen Massenstreik als revolutionäres Kampfmittel des Proletariats und die Rolle der Partei als der klassenbewußten Vorhut des Proletariats.

- ◆ Auf dem Mannheimer Parteitag der SPD Ende 1906 verfißt sie zusammen mit Karl Liebknecht die revolutionären Erfahrungen der russischen Revolution gegen die Reformisten und Opportunisten.
- ◆ Im Mai 1907 nimmt Rosa Luxemburg als Delegierte der polnischen Sozialdemokratie am Londoner Parteitag der SDAPR teil. Sie hält zwei Reden, in denen sie die Ansichten der Menschewiki zur Taktik der russischen Revolution kritisiert.
- ◆ Im August 1907 nimmt sie zusammen mit Karl Liebknecht am Kongreß der II. Internationale in Stuttgart teil. Zusammen mit Lenin kämpfen sie gegen die opportunistischen Auffassungen im Kampf gegen den imperialistischen Krieg und gegen die sozialistisch verbrämte Kolonialpolitik der deutschen Sozialdemokratie.
- ◆ Im Oktober 1907 wird Rosa Luxemburg Lehrerin an der Parteihochschule der SPD in Berlin.
- ◆ Ab 1910 forciert Rosa Luxemburg die *Kritik am Opportunismus Kautskys*. Diese Auseinandersetzung führt zum offenen Bruch Rosa Luxemburgs mit Kautsky.
- ◆ Nachdem der Parteivorstand der SPD für die Zeitungsredaktionen der Partei im März 1913 einen Maulkorberlaß festlegt, wird Rosa Luxemburg nach 15jähriger Mitarbeit aus der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ gedrängt. Daraufhin gründet sie zusammen mit anderen Genossen die eigenständige Zeitschrift „Sozialdemokratische Korrespondenz“.
- ◆ Am 20. Februar 1914 hält sie vor dem Landgericht in Frankfurt am Main ihre berühmte politische Verteidigungsrede. Das Urteil lautet ein Jahr Gefängnis. Wegen ihrer Referate „Gegen Militarismus und imperialistischen Krieg“ in Frankfurt 1913 wurde ihr vorgeworfen, zum Ungehorsam gegen die Obrigkeit aufgewiegelt zu haben.
- ◆ Im gleichen Jahr wird Rosa Luxemburg der Prozeß gemacht, weil sie Soldatenmißhandlungen angeprangert hatte. Nachdem sich Tausende von Zeugen gemeldet hatten, wird der Prozeß eingestellt.
- ◆ Am Abend des 4. August 1914, dem Tag der Kriegskreditbewilligung auch durch die SPD, findet bei Rosa Luxemburg ein erstes oppositionelles Treffen statt.
- ◆ Am 29. August 1914 trifft sie mit Karl Liebknecht zusammen, um über das weitere Vorgehen zu beraten.

- ◆ Am 18. Februar 1915 wird Rosa Luxemburg verhaftet und zur Verbüßung der einjährigen Gefängnisstrafe in das Berliner Frauengefängnis eingeliefert.
- ◆ Im Frühjahr 1915 erscheint die erste Nummer der Zeitschrift „Die Internationale“ unter der Redaktion von Rosa Luxemburg und Franz Mehring.
- ◆ Im April 1915 schreibt Rosa Luxemburg im Gefängnis ihre Broschüre „Die Krise der Sozialdemokratie“ (Junius-Broschüre), die jedoch erst ein Jahr später unter dem Pseudonym Junius illegal herausgegeben werden kann.
- ◆ Die von Rosa Luxemburg noch im Gefängnis verfaßten „Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“ werden von der illegalen Reichskonferenz der Spartakus-Gruppe im Januar 1916 als eine Art Plattform angenommen.
- ◆ Am 18. Februar 1916 wird Rosa Luxemburg aus dem Gefängnis entlassen.
- ◆ Rosa Luxemburg beteiligt sich an der Vorbereitung und Durchführung der verbotenen 1.-Mai-Kundgebung der Spartakus-Gruppe in Berlin.
- ◆ Am 10. Juli 1916 wird sie wieder verhaftet und bis zum 9. November 1918 in „Schutzhaft“ genommen. Während dieser Zeit wird sie zu zwei weiteren Haftstrafen verurteilt. Einmal wegen Beleidigung eines Kriminalschutzmanns zu 10 Tagen Haft und zu 6 Wochen Haft wegen einer Rede über die Kriegsziele des deutschen Imperialismus.
- ◆ Aus dem Gefängnis heraus schreibt sie noch Flugblätter, Artikel für die „Spartakus-Briefe“ und gibt Anweisungen zur Unterstützung des Kampfes der Spartakus-Gruppe.
- ◆ Die revolutionäre Arbeiterbewegung erzwingt am 9. November 1918 die Freilassung der politischen Gefangenen. Rosa Luxemburg ist wieder frei, begibt sich sofort nach Berlin und *nimmt als führende Genossin der Spartakus-Gruppe an der Novemberrevolution teil.*
- ◆ Sie beteiligt sich führend an der Redaktion und Herausgabe der „Roten Fahne“, die zeitweilig in besetzten Verlagen und Druckereien erstellt wird.

- ◆ Als Mitglied der Zentrale des Spartakusbundes hat sie *maßgeblichen Anteil an der Vorbereitung und Durchführung des Gründungsparteitags der KPD Ende Dezember 1918.*
- ◆ Am 15. Januar 1919 wird Rosa Luxemburg zusammen mit Karl Liebknecht von Truppen der konterrevolutionären SPD-Regierung verhaftet und brutal ermordet.

Stationen im Leben von Karl Liebknecht

- ◆ Karl Liebknecht wird am 13. August 1871 in Leipzig als Sohn eines der bedeutendsten Führer der deutschen Sozialdemokratie, Wilhelm Liebknecht, geboren.
- ◆ Er studiert von 1890 bis 1893 Rechtswissenschaften und Nationalökonomie zuerst in Leipzig, später in Berlin.
- ◆ 1899 eröffnet Karl Liebknecht gemeinsam mit seinem Bruder ein Rechtsanwaltsbüro in Berlin.
- ◆ Im August 1900 tritt Karl Liebknecht in die SPD ein. Von Beginn an kämpft er gegen den Reformismus und Opportunismus in der SPD.
- ◆ Bereits seine ersten öffentlichen Versammlungen werden wegen seiner scharfen Anklagen gegen den Militarismus und den preußischen Staat von der Polizei abgebrochen.
- ◆ Im November 1901 wird er zum Stadtverordneten des 45. Berliner Kommunalbezirks gewählt.
- ◆ Im Juli 1904 verteidigt er neun Sozialdemokraten, die wegen Unterstützung der russischen Arbeiterbewegung angeklagt sind.
- ◆ Gegen die ignorante Haltung in der SPD *setzt sich Karl Liebknecht für die Unterstützung der russischen Revolutionäre in der Revolution von 1905 ein.* Eine von ihm initiierte Geldsammlung bringt 430 000 Mark ein. Liebknecht ist der wichtigste Verbindungsmann der

Bolschewiki für die illegale Arbeit von Deutschland nach Rußland. In Massenversammlungen agitiert er für die Unterstützung der Revolution gegen den Zarismus.

◆ Von 1907 bis 1916 ist Karl Liebknecht Mitherausgeber der oft mehrmals wöchentlich erscheinenden Schrift „Russisches Bulletin“, worin hauptsächlich über die russische revolutionäre Arbeiterbewegung berichtet wird.

◆ Im Februar 1907 erscheint Karl Liebknechts Schrift „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“.

◆ Auf Antrag des Kriegsministers wird diese Schrift am 21. April 1907 beschlagnahmt und Karl Liebknecht im Oktober 1907 der Prozeß wegen „hochverräterischer Tätigkeit“ gemacht. Karl Liebknecht gestaltet den Prozeß zu einer Anklage gegen den deutschen Militarismus um. Er wird zu eineinhalb Jahren Festungshaft verurteilt.

◆ Im August 1907 nehmen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart teil.

◆ Etwa zur selben Zeit findet die I. Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen in Stuttgart statt. Karl Liebknecht ist Mitbegründer der Sozialistischen Jugendinternationale. Von 1907 bis 1910 ist er deren Präsident.

◆ Am 6. November 1907 wählen ihn die Berliner Arbeiter erneut zum Stadtverordneten.

◆ Während seiner Haft wird er außerdem von den Berliner Arbeiterinnen und Arbeitern 1908 als Spitzenkandidat der SPD zum Abgeordneten des Preußischen Landtags gewählt.

◆ Von Oktober bis Dezember 1910 reist er auf Einladung der amerikanischen Sozialisten als Agitator durch die Vereinigten Staaten von Amerika.

◆ 1911 treten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit Artikeln und Reden *gegen die imperialistische Marokko-Aggression des deutschen Imperialismus auf*.

Sie greifen dabei auch den Chauvinismus der Führer der deutschen Sozialdemokratie an, die aus Rücksicht auf die anstehenden Wahlen eine internationalistische Kundgebung gegen die imperialistische Kriegs- und Kolonialpolitik ablehnen.

- ◆ 1912 wird Karl Liebknecht zum Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises Potsdam-Spandau-Osthavelland (mit fast 25 000 Stimmen) gewählt.
- ◆ Im März 1913 macht Karl Liebknecht eine Vortragsreise gegen die internationale Kriegsgefahr und für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse durch Belgien, England und Frankreich.
- ◆ 1913 erregt Karl Liebknecht internationales Aufsehen, als er Krupps schmutzige Waffengeschäfte an die Öffentlichkeit bringt.
- ◆ Karl Liebknecht **greift im Mai 1914 im Reichstag die Kriegsvorbereitungen der deutschen imperialistischen Bourgeoisie an.**
- ◆ Am 29. August 1914 trifft sich Karl Liebknecht erstmals seit Kriegsbeginn mit Rosa Luxemburg, um das Vorgehen der Opposition in der SPD abzusprechen.
- ◆ Im September 1914 reist Karl Liebknecht durch das besetzte Holland und Belgien, um sich mit Mitgliedern der Schwesterparteien zu beraten. Er sammelt dort auch Agitationsmaterial gegen die Kriegsführung des deutschen Imperialismus.
- ◆ Am 2. Dezember 1914 stimmt Karl Liebknecht **als einziger Abgeordneter im Reichstag gegen die Kriegskredite**, nachdem er sich am 4. August der Fraktionsdisziplin noch gefügt hatte.
- ◆ Im Februar 1915 wird Karl Liebknecht als Arbeitssoldat zum Militärdienst eingezogen.
- ◆ Am 15. März 1915 organisiert Karl Liebknecht eine illegale Zusammenkunft linker Sozialdemokraten. Es werden Verbindungen zu oppositionellen Gruppen verschiedener Städte Deutschlands hergestellt.
- ◆ Karl Liebknecht schreibt im Auftrag der Gruppe „Internationale“ **im Mai 1915 das Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“.**
- ◆ Am 2. September 1915 formuliert Karl Liebknecht in einem Begrüßungsschreiben an die Zimmerwalder Konferenz die Losung „Burgkrieg und nicht Burgfriede!“
- ◆ Am 1. Januar 1916 findet die Reichskonferenz der Gruppe „Internationale“ in Berlin statt. Karl Liebknecht hält das Referat über die politische und internationale Lage.

◆ Januar 1916 **prangert** Karl Liebknecht im Reichstag *die Ausrottung der Armenier durch das mit dem deutschen Imperialismus verbündete Regime in der Türkei an*.

Im gleichen Monat wird Liebknecht wegen seines entschlossenen Auftretens im Reichstag aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgeschlossen.

◆ Im April nimmt er an der von ihm mitorganisierten illegalen Konferenz der oppositionellen sozialistischen Jugend in Jena teil und referiert über den Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

◆ Karl Liebknecht beteiligt sich an der von der Spartakusgruppe organisierten Anti-Kriegskundgebung am 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz in Berlin. Karl Liebknecht wird wegen seines Ausrufs „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ verhaftet.

◆ Karl Liebknecht wird wegen „versuchten Kriegsverrats in Tateinheit mit erschwertem Ungehorsam im Feld“ sowie wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ zu 4 Jahren und einem Monat Zuchthaus sowie zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für sechs Jahre verurteilt. Von Dezember 1916 bis 23. Oktober 1918 ist er im Zuchthaus eingesperrt.

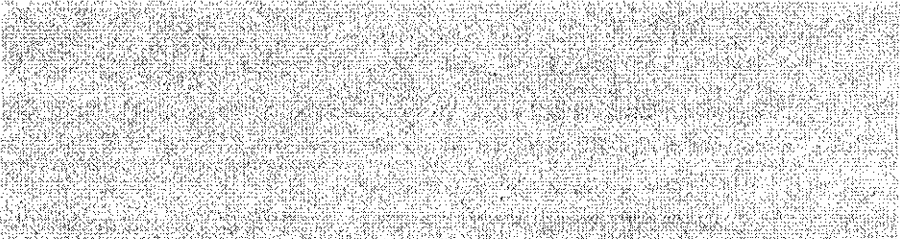
◆ Aus dem Gefängnis heraus beteiligt er sich am weiteren Kampf der Spartakus-Gruppe mit Notizen, Flugblattentwürfen, Artikeln, Anweisungen usw.

◆ Am 23. Oktober 1918 wird er aufgrund einer von den Massen erkämpften Amnestie aus dem Zuchthaus entlassen. Vor dem Anhalterbahnhof in Berlin wird er von Tausenden Arbeiterinnen und Arbeitern und Soldaten freudig begrüßt.

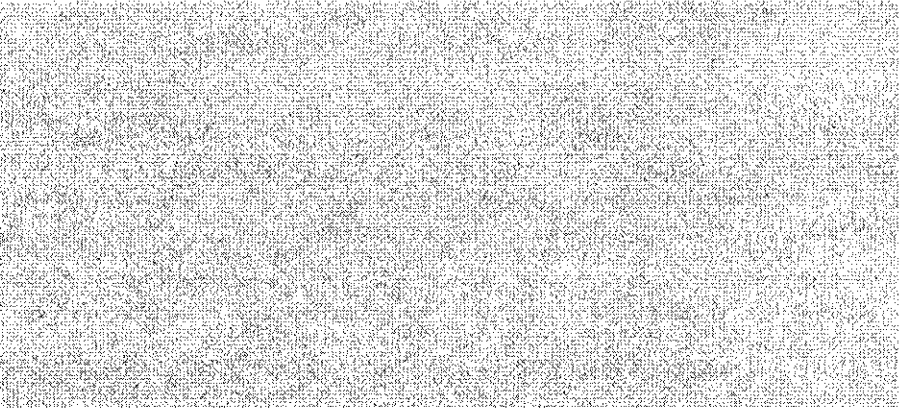
◆ Am 24. Oktober 1918 wird zu Ehren Karl Liebknechts in der sowjetischen Botschaft in Berlin ein Empfang gegeben, auf dem ein Begrüßungsschreiben des ZK der KPR(B) verlesen wird.

◆ Seit dem 26. Oktober nimmt Karl Liebknecht an den Sitzungen des Vollzugsausschusses der revolutionären Obleute Berlins, d.h. der Vertrauensleute der Arbeiterinnen und Arbeiter der Berliner Großbetriebe teil und wird in dessen Leitung delegiert.

- ◆ *Am 9. November 1918 proklamiert Karl Liebknecht vor Tausenden von revolutionären Arbeitern und Soldaten in Berlin die sozialistische Republik und ruft zum Kampf für ihre Verwirklichung auf.*
- ◆ *Karl Liebknecht übernimmt zusammen mit Rosa Luxemburg die Redaktion der „Roten Fahne“.*
- ◆ *Karl Liebknecht hat als Mitglied der Zentrale des Spartakusbundes maßgeblichen Anteil an der Vorbereitung und Durchführung des Gründungsparteitags der KPD Ende 1918.*
- ◆ *Während der revolutionären Kämpfe gegen die konterrevolutionären Noske-Truppen in Berlin ist Karl Liebknecht im Aktionsausschuß der revolutionären Arbeiter der Vertreter der KPD.*
- ◆ *Am 15. Januar 1919 werden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von Truppen der konterrevolutionären SPD-Regierung verhaftet und brutal ermordet.*



Diskussionsbeitrag zu einigen Fragen der Einschätzung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

- **Die Debatte auf dem Gründungsparteitag**
 - **Die Kommunistische Internationale und die „Luxemburgismus“ – Debatte in der KPD**
 - **Eine bodenlose Kritik an Rosa Luxemburg von Fred Oelßner (SED)**
- 

Am Ende der GDS-Nummer „Den Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für die proletarische Revolution und den Kommunismus weiterführen!“ (GDS Nr. 53, März 1991) wurde von der Redaktion von GDS auf weitere Studien verwiesen. Insbesondere die Debatte in Schriften von KPD-Genossen und in Materialien der Kommunistischen Internationale spielten ja in den dreißiger Jahren eine Rolle.

Beim Studium der beiden GDS-Nummern⁴⁸ und beim Nachlesen der angegebenen Materialien fallen einige Punkte auf, die hier abgehandelt werden sollen. Die nachfolgenden, nicht direkt zusammenhängenden Diskussionspunkte verfolgen chronologisch die Debatten über Rosa Luxemburg von der Programmdiskussion 1918 über die Diskussionen vor allem in der KPD. Am Schluß steht eine Kritik am zentralen Beitrag von Fred Oelßner in der SED in den fünfziger Jahren.

I.

Zu einigen Debatten und Fragen auf dem Gründungsparteitag der KPD⁴⁹

Zur Debatte über die Frage des Terrors als proletarisches Kampfmittel

In der Diskussion über das Programm der KPD 1918 kritisierte der Genosse Frölich aus Hamburg die Passage im Entwurf des Programms der KPD: „Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord“. Genosse Frölich führte aus:

⁴⁸ GDS Nr. 51, „Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (I) - Das revolutionäre Programm der KPD (1918)“ (Juni 1990); GDS Nr. 53, „Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (II) - Der Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für die proletarische Revolution und den Kommunismus weiterführen!“ (März 1991)

⁴⁹ Sofern nicht anders angegeben, stammen alle Zitate in diesem Abschnitt aus: „Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands“ (30. Dezember 1918 – 1. Januar 1919), Berlin 1972.

„Genossen, gegen diese Fassung habe ich Schwerwiegendes einzuwenden. Zunächst bedeutet diese Fassung eine scharfe Kritik an der Taktik der Bolschewiki (Widerspruch), die ganz offen erklärt haben: Jawohl, wir müssen zum Terror greifen. Nun, Genossen, das kann uns natürlich nicht abhalten, unsre Wege zu gehen, wenn die Bolschewiki andre Wege gegangen sind. Aber wenn wir diese Kritik an der russischen Revolution üben, dann müssen wir uns darüber klarwerden, ob sie berechtigt ist, dann müssen wir untersuchen, ob die ganze Situation nicht dazu gedrängt hat, wirklich auch zu den Mitteln des Terrors zu greifen. Genossen, wenn Ihr Euch den ungeheuer scharfen Bürgerkrieg klarmacht, der da drüben geführt wird, dann werdet Ihr Euch auch klarwerden, daß er mit allen Mitteln geführt werden muß, die zu Gebote stehen; und dazu gehören auch die Mittel des Terrors. Wenn wir uns weiter über die Tatsache klarwerden sollten, die ich für sicher halte, daß bei uns in Deutschland die revolutionären Kämpfe eine noch viel größere Heftigkeit annehmen werden als in Rußland, und zwar deshalb, weil wir einen viel fester fundierten Kapitalismus haben als die Russen und weil uns die außerordentlich scharfe Waffe der revolutionären Bauernschaft fehlt, wir im Gegenteil, wie die Genossin Luxemburg sehr richtig betont hat, mit einer ganz entschiedenen und bewußten Gegenrevolution in unserem Bauerntum zu rechnen haben, dann scheint es mir ganz sicher zu sein, daß wir hier in Deutschland auch einen viel schärferen Klassenkampf zu führen haben werden. Aber worauf kommt es dabei an? In all diesen Kämpfen ist das wesentlichste, die eigene Organisation so straff als möglich zu machen, den Feind aber zu desorganisieren. Und, Genossen, bei uns liegen die Dinge so, daß, wenn man uns die Köpfe abschlägt, sofort aus den Massen wieder die nötigen Leute hervorkommen, die dann die Dinge in die Hand nehmen.

Beim Bürgertum aber liegen die Dinge anders. Da handelt es sich in der Tat im wesentlichen um eine Organisation, die von einzelnen hervorragenden Köpfen geleitet wird, und da ist es notwendig, diesen Kopf der Organisation abzuschlagen; nicht physisch schließlich; physisch, wenn man dazu gezwungen ist. Aber man muß ihn herausnehmen aus der Organisation der Gegenrevolution, und, Genossen, wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß auch darin unsre ganze Revolution bisher ihren Säuglingscharakter, möchte ich sagen, gezeigt hat. Wir haben in Hamburg ganz ausgesprochene und gut organisierte gegenre-

volutionäre Bewegungen gehabt, die nur zur rechten Zeit entdeckt worden sind. Was haben wir gesehen? Unsre Herren Unabhängigen haben die wichtigsten Leute, auf die es dabei ankam, sofort wieder auf freien Fuß gesetzt. Ein Dr. Blunck, ein Reichstagsabgeordneter, der sich an konterrevolutionären Bewegungen beteiligte, gehört nicht mehr in die Öffentlichkeit, und ich gebe die Versicherung: Hätten wir die Dinge in der Hand gehabt, hätten wir zu entscheiden gehabt, er wäre niemals wieder freigekommen, bis die Revolution gesichert war; und ebenso wären die Herrschaften vom Hamburger Senat, die von der Gegenrevolution gewußt haben und nichts dagegen taten und den Arbeiter- und Soldatenrat nicht davon unterrichteten, auch dorthin gebracht worden, wo viele von unsern Genossen lange Zeit geschmachtet haben. („Bravo!“) Genossen, das ist der Terror, den wir durchführen müssen, solange wir nicht zu noch schärferen Mitteln gezwungen werden. Diese Leute hatten wir als Geiseln zu halten, und wenn dennoch die Gegenrevolution aufgetreten wäre, nun gut, dann hätten diese Herrschaften das Schicksal der Geiseln erleiden müssen. Darüber müssen wir uns klar sein.

Im übrigen ist die Sache so: Wenn man die Dinge nicht klar ausspricht, um die es sich handelt – den Feind täuscht man niemals darüber. Der Feind weiß in jeder Situation, was ihm blüht. Geht die revolutionäre Bewegung weiter – und das tut sie –, dann werden wir ganz sicher zu einem ganz außerordentlich verschärften Kampf kommen, und die Bourgeoisie ist sich ganz klar dessen bewußt, daß es dann hart auf hart geht und keine Rücksicht von keiner Seite genommen wird.

Genossen, ich bin deshalb gegen die Fassung, die hier beliebt worden ist. Wir müssen unsern Genossen gegenüber ganz klar aussprechen, was wir wollen, damit sie eine Richtschnur haben für das Handeln, wenn sie vor gewisse bestimmte Tatsachen gestellt werden.“

(S. 224-226)

Ein Genosse Bäumeier antwortet darauf:

„Im Augenblick der gleichen Verteilung der Machtmittel oder im Augenblick des Übergangs der Machtmittel an das sozialistische Proletariat hört vielleicht der Bürgerkrieg auf, vielleicht auch nicht, immerhin stehen wir dann immer auf dem Boden,

daß wir, provoziert, lediglich reagiert haben. Infolgedessen bleibt Bürgerkrieg und Terror eine rein bürgerliche Angelegenheit.“

(S. 229/230)

Statt eine wirkliche Antwort zu entwickeln, wird hier von Bäumer die Frage nach den Ursachen für Bürgerkrieg und Terror unzulässig verknüpft mit der Charakterisierung von Bürgerkrieg und Terror. Die Tatsache, daß Bürgerkrieg und Terror ursprünglich durch die Diktatur der Bourgeoisie hervorgerufen sind, hat ja nichts damit zu tun, daß man klar die kämpfenden Seiten unterscheiden muß: den Bürgerkrieg des Proletariats auf der einen Seite und den Bürgerkrieg der Bourgeoisie auf der anderen Seite, den proletarischen roten Massenterror auf der einen Seite und den bürgerlich-diktatorischen Terror auf der anderen Seite.

In die Programmdiskussion über diesen Punkt schaltet sich auch Genosse Levien aus München ein und kritisiert Genossen Frölich. Er behauptet:

„Es gibt keine revolutionäre Partei, die gegen den Terror, der hier gemeint ist, energischer gekämpft hat wie gerade die Bolschewisten. Der Genosse kennt die Geschichte der russischen Revolution nicht.“

(S. 238)

Hier wird schon deutlich, daß die Frage des individuellen Terrors gleichgesetzt wird mit der Frage des Terrors überhaupt. Nachdem er die Kritik der Bolschewiki am individuellen Terror referiert hat, stellt er abschließend heraus:

„Ich betone also wiederum, die Bolschewisten sind in energischster Weise Gegner des Terrors gewesen und sind's auch heute. Was sie treiben, ist höchstens Konterterror.“

(S. 238)

Bäumer wiederum behauptet gleichzeitig: „Der Umsturz kann ganz blutlos vor sich gehen“ (S. 238), um dann auch wieder auf die Formulierung des Programms der KPD einzugehen:

„Selbstverständlich ist auch eine gewisse Initiative darin enthalten, die sich aus der Situation ergibt, für Anwendung terroristischer Mittel. Ich möchte aber ganz besonders bitten, daß man

gerade an dieser Formulierung festhält, denn diese Formulierung schließt jede Anwendung individueller terroristischer Akte aus.“

(S. 238/239)

So wird also versucht, die Passage im Programm der KPD als Polemik gegen den individuellen Terror zu verteidigen. Gleichzeitig plädiert Bäumer für Revolutionstribunale, die dann eben Leute wie Scheidemann und Ebert „zum Aufknüpfen“ (S. 239) verurteilen.

Karl Liebknecht geht noch einmal auf die Kritik von Frölich ein. Und wegen der Bedeutung dieser Frage soll Karl Liebknecht hierzu vollständig zitiert werden:

„Genosse, von dem Genossen Frölich ist Kritik geübt worden an dem einen Passus, der sich gegen den Terror als Kampfmittel der proletarischen Revolution richtet. Genosse Levien hat sich bereits gegen diese Aussetzungen gewandt. Ich möchte noch darauf hinweisen: Es ist hier ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, in welchem Sinne dieser Protest gegen den Terror als proletarisches Kampfmittel gemeint ist. Es ist gesagt: Das Proletariat als solches, wenn es nach seinem Willen geht, es wünscht keinen Terror, es braucht keinen Terror. Es ist aber weiter gesagt, daß wir zu gewärtigen haben, daß die herrschenden Klassen mit Zähnen und Nägeln ihre Machtstellungen verteidigen, und daß die Aufgabe des Proletariats ist, diesen Widerstand der herrschenden Klassen und alle gegenrevolutionären Versuche mit aller Rücksichtslosigkeit, mit eiserner Faust niederzuwerfen. (Sehr richtig! „Bravo!“) Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß wir nicht eine Limonadenrevolution zu machen gedenken (Sehr gut!), sondern daß wir entschlossen sind, die eiserne Faust zu erheben und auf jeden niederzuschmettern, der der sozialen Revolution des Proletariats Widerstand entgegensetzt.“

(S. 244)

Die Behauptung von Karl Liebknecht, hier werde „ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, in welchem Sinne dieser Protest gegen den Terror als proletarisches Kampfmittel gemeint ist“ (S. 244), muß kritisiert werden. Es ist eben nicht „ganz deutlich“, daß es gegen den individuellen Terror geht. Es vermischt sich die Frage der Ablehnung des individuellen Terrors mit Vorstellungen, daß alles mit Revolutionstribunalen und sonstigen Mitteln geregelt sein soll, daß es sich in

Deutschland doch etwas anders als in der bolschewistischen Revolution in Rußland zutragen sollte.

Genosse Frölich tritt dem Genossen Liebknecht nicht mehr direkt entgegen. Er schlägt aber vor, deutlich klarzumachen, daß es darum geht, den Individualterror zu verurteilen und nicht den Terror, der sich notwendig aus der Entwicklung ergibt. In diesem Zusammenhang heißt es bei Genossen Frölich in einer persönlichen Bemerkung:

„Der Genosse Liebknecht hat mich viel besser verstanden als Genosse Levien. Es ist ganz klar, daß ich gegen einen Individualterror bin, gegen Attentate und dergleichen Mittel, darüber besteht gar kein Streit, und wir haben gerade anläßlich des Attentats des Genossen Adler in Wien uns über diese Frage ganz offen in der ‚Arbeiterpolitik‘ ausgesprochen. Aber wenn jetzt so ganz ohne weiteres von Terror gesprochen wird, dann denkt kein Mensch an Attentate mehr, sondern da denkt jeder Mensch an gewisse Formen, in denen sich die Diktatur in Rußland durchsetzen muß; und darauf kommt es an, hier eine scharfe Grenzlinie zu ziehen. Da muß eine Formulierung gefunden werden, die diese beiden Dinge scharf auseinanderhält: Individualterror und diesen Terror, der sich notwendig aus der Entwicklung ergibt.“

(S. 246)

Wir glauben, unbeschadet der späteren Entwicklung des Genossen Frölich, daß seine Passagen im wesentlichen korrekt sind. Die Tatsache, daß eine korrekte Kritik am Programm der KPD von Liebknecht und anderen zurückgewiesen wurde, widerspiegelt auch die Schwäche der führenden Kader der KPD zu diesem Zeitpunkt.

Beim Studium der Protokolle des Gründungsparteitags wird deutlich, in welcher lebendigen und solidarischen Atmosphäre in der damaligen Zeit diskutiert wurde. Besonders deutlich wird auch, daß einer der entscheidenden Streitpunkte hinter vielen Fragen, sei es die Beteiligung an der Nationalversammlung, sei es die Frage des Tempos und der Wahrscheinlichkeit eines raschen Sieges der Revolution, immer damit zusammenhängt, wie der revolutionäre Umschwung in den Volksmassen eingeschätzt wird. Realistisch scheint uns die nüchterne Auffassung zu sein, daß nach vier Jahren chauvinistischen Kriegstaumels in großen Teilen der Arbeiterklasse in Deutschland, insbesondere durch das Fehlen einer Kommunistischen Partei, eine

revolutionierende, dauerhafte Neuorientierung und Umorientierung noch nicht stattgefunden hat, daß es sich nach wie vor um eine Minderheit des Proletariats handelte, die der KPD und dem Spartakusbund gefolgt ist. Das ist ein Kernpunkt in der Beurteilung der realen Lage, der Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegen die Mehrheit der Delegierten dazu brachte, etwa noch eine Beteiligung an der Nationalversammlung vorzuschlagen, keinesfalls um den parlamentarischen Weg zu gehen, sondern um das Ziel zu erreichen, die Mehrheit der Arbeiterklasse für die Linie und für die Politik und Organisation der KPD zu gewinnen.

Die Räteform garantiert noch nicht den sozialistisch-proletarischen Inhalt

Ein offensichtlicher Fehler, der gewichtig ist, betrifft auch die Frage des Inhalts und der Form der Räte. Rosa Luxemburg schreibt, daß das rettende Prinzip einer ansonsten wenig bewußten, chaotischen und planlosen Bewegung in der Losung zusammengefaßt war:

„Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte. Das ist das Stichwort dieser Revolution, das ihr sofort das besondere Gepräge der proletarischen, sozialistischen Revolution gegeben hat – bei allen Unzulänglichkeiten und Schwächen des ersten Momentes...“

(S. 205)

Dies ist falsch. Tatsache ist, daß die Form dieser Räte in erster Linie von den sozialdemokratisch-konterrevolutionären Kräften mit Inhalt gefüllt wurde, denn diese hatten die Führung. Diese Einschätzung der Novemberrevolution als proletarisch-sozialistische Revolution ist nicht richtig. Diese Stelle enthält nicht den ansonsten weitgehend richtig analysierten niedrigen Bewußtseinsstand der Mehrheit der Arbeiterklasse in Deutschland. Dabei betont Genossin Rosa Luxemburg:

„... es gibt nichts, was der Revolution so schädlich ist als Illusionen, es gibt nichts, was ihr so nützlich ist wie die klare, offene Wahrheit.“

(S. 209)

Zur Einschätzung der Verbündeten des Proletariats auf dem Land

Zu erwähnen ist auch, daß in keinem einzigen Beitrag auf dem Parteitag die Rolle der ländlichen Bevölkerung, insbesondere der landlosen Landproletarier und der Kleinbauern unterschätzt wird. Im Gegenteil wird großes Gewicht auf die Bildung von Räten der Dorf-armut gelegt. Ob die Haltung zu den Mittelbauern immer klar ist, das ist in der Tat ein Problem. Fest steht aber, daß die wichtigste in Angriff zu nehmende Aufgabe, nämlich das Landproletariat und die unteren Schichten der Bauern in Räten zu organisieren, sowohl von Rosa Luxemburg als auch von anderen Rednern mehrfach herausgestellt wurde. So betont Rosa Luxemburg in ihrer Rede zum Programm die Notwendigkeit, gegen die drohende konterrevolutionäre Macht

„den Klassenkampf aufs Land hinauszutragen, gegen das Bauern-tum das landlose Proletariat und das Kleinbauern-tum mobil zu machen. ... Wir müssen deshalb nicht bloß das Arbeiter- und Soldatenrätesystem ausbauen, sondern auch die Landarbeiter und Kleinbauern in dieses System der Räte einführen.“

(S. 219)

Das ist allerdings ein Schlüsselpunkt: Nicht „die Bauernschaft“ als einheitliche Klasse ansehen, sondern deren Differenzierung zum Ausgangspunkt nehmen, um den Klassenkampf auf dem Lande zu organisieren.⁵⁰

⁵⁰ Das revisionistische Vorwort zum Protokoll des Gründungsparteitags der KPD, unterzeichnet von Günther Hortzschansky/Horst Naumann, hebt als Gegensatz zu dem Fehler Rosa Luxemburgs, nicht differenziert auf die Mittelbauern eingegangen zu sein, pauschal „das Bündnis mit der Bauernschaft und den übrigen werktätigen Schichten“ (S. 69, Hervorhebungen RF) als Kernpunkt einer Position von Wilhelm Pieck hervor. Hier zeigt sich der umgekehrte Fehler, die Bauernschaft pauschal zu nehmen, also auch die Mittelbauern und die Großbauern nicht von den Kleinbauern zu differenzieren, wiederum die Mittelbauern nicht von den Großbauern zu differenzieren.

Offene und öffentliche Debatte der Widersprüche – ein bolschewistisches Merkmal der KPD von Anfang an

Besonders hervorzuheben bei der Gründung der KPD ist auch eine Ausführung von Genossen Meyer. Da am ersten Tag öffentlich diskutiert wurde, ob es richtig oder falsch ist, sich an der Nationalversammlung zu beteiligen, hat die bürgerliche Presse ein großes Trara über die Niederlage von Liebknecht und Luxemburg bei der Abstimmung veranstaltet. Sehr richtig und sehr grundsätzlich führt Genosse Meyer aus:

„Genossen und Genossinnen, Genosse Bäumer hat es bedauert, daß wir gestern eine Debatte über die Nationalversammlung gehabt haben. Er hat befürchtet, daß durch die Ausführungen, die unter anderem vom Genossen Liebknecht gemacht worden sind, bereits eine Selbstkompromittierung der jungen Partei eingetreten ist. Genossen und Genossinnen, dieser Auffassung müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Es war unsere Stärke bis zum heutigen Tage – und ich hoffe, daß es unsere Stärke erst recht in der Zukunft sein wird –, daß wir nicht in kleinen Konventikeln solche Fragen vorher erledigen, sondern in aller Öffentlichkeit die Angelegenheiten diskutieren. Gerade unsere Partei, die sich an die Aktivität der Masse wendet, kennt keine Fragen, die nicht in den Massen selbst diskutiert werden sollen, bis die Einheitlichkeit der Auffassungen über die Einheitlichkeit der Aktion erzielt worden ist. Gerade das ist unsere Stärke, daß wir das, was, womit wir an die Öffentlichkeit treten, vor der Öffentlichkeit ohne jeden Rückhalt verhandeln.“

(S. 234)

Hier wird ein leninistischer Standpunkt klar, daß es nicht richtig ist, wichtige ideologische Debatten vor den Massen zu verheimlichen, und diese grundsätzliche bolschewistische Herangehensweise der KPD wird hier von Genossen Meyer formuliert.

Zur Frage des Zentralismus

Ganz deutlich wird auch die unselige Verquickung des Kampfs gegen die revisionistischen sozialdemokratischen Bürokraten mit dem Unverständnis für den revolutionären demokratischen Zentralismus,

wie er von den Bolschewiki vertreten wurde, wenn es etwa bei Eberlein heißt:

„Wir sind weiter der Meinung, daß das alte System der Unterordnung der einzelnen Orte unter die Zentrale aufhören muß, daß die einzelnen örtlichen Organisationen, die einzelnen Betriebsorganisationen eine völlige Autonomie haben müssen. Sie müssen selbständig sein in ihrer Tätigkeit, sie dürfen nicht immer auf das warten, was von oben herunter angeordnet wird, sie müssen die Möglichkeit haben, selbst in die Aktion einzutreten, ohne daß die Zentrale immer das Recht hat zu sagen: Das dürft Ihr tun, oder das dürft Ihr nicht tun. Aber von diesen Organisationsformen hat sich bisher verdammt wenig gezeigt. ...

Wir erwarten, daß unsere neue Organisationsform die Autonomie der einzelnen Bezirke gewährleisten wird, daß die Zentrale in der Hauptsache die Aufgabe hat, die geistige und politische Leitung zu übernehmen und das zusammenzufassen, was draußen im Lande vor sich geht, die Organisationen im Lande zu belehren und zu unterstützen, soweit es mit den in der Zentrale vorhandenen Kräften möglich ist.“

(S. 269/270)

Diese Auffassungen des Genossen Eberlein zeigen, daß in einer teilweise hilflosen Wut gegen den bürokratischen Zentralismus der revisionistischen alten SPD nicht verstanden wurde, einen revolutionären demokratischen Zentralismus zu installieren, sondern im Kampf gegen die alte revisionistische Zentrale doch noch die Bedeutung des revolutionären Zentralismus abgelehnt oder zumindest massiv unterschätzt wurde.

Hier wird auch der ganze Unterschied der Lage der revolutionären Kräfte in Deutschland zu dem Kampf der Bolschewiki deutlich. Für die Bolschewiki, die überhaupt erst für den Aufbau einer kommunistischen Partei kämpften, war in großen Zeitspannen keinesfalls das Hauptproblem, gegen eine verbürokratisierte, jahrzehntelang gewachsene, revisionistisch sich entwickelnde Parteiführung anzukämpfen, sondern es ging darum, eine revolutionäre Parteiführung erst zu schaffen. Dagegen war in Deutschland die Lage so, daß die Mentalität, „Die Zentrale wird das schon regeln, die Zentrale muß es machen“, sich fatal mit deutschen Eigenschaften im negativsten Sinne verknüpfte, mit Autoritätshörigkeit, fehlender Eigenständigkeit und hirnloser Unterordnung. Der Kampf der Revolutionäre gegen

diesen sozialdemokratischen Revisionismus wurde allzusehr mit dem Kampf gegen einen Zentralismus überhaupt identifiziert. Das zeigt, wie tief auch die besten, revolutionärsten Kräfte noch autoritätshörigen Denkstrukturen verbunden waren. Sie konnten sich eben gar nicht vorstellen, daß man, ähnlich wie es Lenin in Rußland getan hat, sich eine wirklich revolutionäre Zentrale einrichten kann. Sie verstanden noch nicht, daß Selbständigkeit, selbständiges Denken, kritisches Denken sehr wohl zu verbinden ist mit strikter Unterordnung unter ein demokratisch gewähltes oberes Organ der Partei, eben eine im ideologischen Kampf herausgebildete Zentrale, daß also wirklich Zentralismus und grundlegend demokratisches Herangehen innerlich verknüpft werden können.

Daraus ergibt sich, daß der Kampf, den Rosa Luxemburg in der Organisationsfrage mit falschen Prämissen gegen Lenin geführt hat, deutlich negative Spuren auch auf dem ersten, dem Gründungsparteitag der KPD etwa in dem Referat von Eberlein hinterlassen hatte.

Die Frage der Konspiration

Anzumerken ist noch etwas zur Frage der fehlerhaften Konspiration. Genosse Heckert wies darauf hin:

„Die Deutschen haben eine sonderbare Eigenschaft. Sie fragen nicht: Was tut er, oder wie ist die Sache, sondern sie fragen immer: Wer ist das, wo kommt er her, was ist er? Und sie haben eine richtige Wut, Adressen zu sammeln ... Es muß nicht jeder Genosse ein ganzes Sammelalbum von Adressen haben, damit alle Kameraden vielleicht der Polizeibehörde wieder ausgeliefert sind, wenn wieder eine schlimme Zeit kommt.“

(S. 308)

In diesem Zusammenhang ist auch eine Frage, inwieweit auf diesem und den folgenden Parteitagen in konspirativer Hinsicht die Delegierten wirklich genügend vor den Augen und dem Zugriff der Bourgeoisie geschützt worden sind. In dieser Richtung sind mit Sicherheit große Mängel bei der Organisationsarbeit der KPD zu verzeichnen gewesen.⁵¹

⁵¹ Die Debatte über den organisatorischen Zustand der KPD zeigt, wie sehr die Genossinnen und Genossen der KPD noch am Anfang des Studiums des Leninis-

II.

Die Kommunistische Internationale 1925 zur Einschätzung Rosa Luxemburgs

Die 1918/1919 neu gegründeten, in der Kommunistischen Internationale zusammengeschlossenen Kommunistischen Parteien, deren Hauptkader in Deutschland und verschiedenen anderen Ländern vor allem aus der Sozialdemokratie kamen, standen vor der Aufgabe, ihre Linie und Politik fest auf den Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus aufzubauen. Im unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus und die Opportunisten und im Prozeß der Kritik und Selbstkritik galt es, selbstkritisch die sozialdemokratisch-revisionistischen ideologischen Überreste in den eigenen Reihen zu beseitigen, um die Kommunistischen Parteien zu Parteien neuen Typs zu entwickeln. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage einiger theoretischer Fehler im Lager der Kommunistinnen und Kommunisten, insbesondere auch der Fehler von Rosa Luxemburg aufgeworfen. Dies war einerseits eine notwendige Debatte, andererseits zeigt sich, daß die damals gemachte zusammenfassende Charakterisierung der Fehler Rosa Luxemburgs als „Luxemburgianertum“ nicht wirklich geholfen hat, die Fehler Rosa Luxemburg wissenschaftlich zu bewerten und sogar die spätere Vulgarisierung dieser Kritik durch Leute wie Fred Oelßner von der SED begünstigt hat.

In diesen Thesen der Komintern zur Bolschewisierung von 1925 wird sehr zu Recht an die Kritiken Lenins an Rosa Luxemburg erinnert. Eindeutig wird festgestellt, daß es um „theoretische Fehler im Lager der Kommunisten“ geht, um „Fehler einer Reihe angesehener Marxisten“. Unmißverständlich wird das solidarische Herangehen hervorgehoben:

Fortsetzung der Fußnote

mus waren, wie wenig sie wirklich die Diskussion über das Parteistatut in Rußland als grundlegende Frage verstanden haben. Es war mehr ein Herumdiskutieren von verschiedenen Modellen. Dabei wurde aber wenigstens deutlich gemacht, daß die Parteiorganisationen in den Großbetrieben aufgebaut werden müssen und nicht in erster Linie nach Wohnbezirk organisiert werden sollten (siehe S. 267).

„Die Komintern, die das Große an dem Werke Rosa Luxemburgs, einer Mitbegründerin der Kommunistischen Internationale, zu würdigen weiß, ist überzeugt, daß sie im Geiste Rosa Luxemburgs handelt, wenn sie heute den Parteien der Komintern behilflich ist, die Lehren aus den Fehlern dieser großen Revolutionärin zu ziehen.“

(5. Tagung des erweiterten EKKI vom 21. 3. bis 6. 4. 1925, in: „Die Kommunistische Internationale in Thesen, Resolutionen, Beschlüssen und Aufrufen“, Band II, Verlag Olga Benario und Herbert Baum 1998, S. 11)

Ohne Wenn und Aber wird klar, daß Rosa Luxemburg als Marxistin betrachtet wird, daß es bei der Kritik um die Kritik jener Teile des Werkes von Rosa Luxemburg geht, die infolge ihrer Fehler nicht mit dem Leninismus übereinstimmen.

Gerade auch in der Frage der Rolle der Kommunistischen Partei wird deutlich das *Motiv* beleuchtet, warum Rosa Luxemburg bei der Einschätzung der Bedeutung der Partei *nicht* zur Klarheit Lenins kam:

„Das falsche Urteil der Luxemburgisten, die seinerzeit die dem revolutionären Schwung des Klassenkampfes oft direkt hinderliche Erfahrung der deutschen Sozialdemokratie vor Augen hatten, gestattete ihnen nicht, die Rolle der Partei in der Revolution richtig einzuschätzen.“

(Ebenda, S. 10)

Damit ist gemeint: Rosa Luxemburg hatte sich zu sehr durch das *Abwürgen* jeglichen Massenkampfes durch die opportunistische Sozialdemokratie beeinflussen lassen, hat in ihrer antirevisionistischen *Gegenreaktion* dann übertrieben. Ihren tiefsitzenden Haß gegen den Bürokratismus der alten opportunistisch-sozialdemokratischen Partei spürten natürlich auch der Revisionist Oelßner und andere, die *nicht* gegen Rosa Luxemburg zu Felde ziehen, um ihre Abweichungen zu korrigieren, sondern weil ihnen Rosas Kampf gegen den Bürokratismus und Revisionismus zutiefst zuwider ist.

Warum der Begriff „Luxemburgismus“ abgelehnt werden muß

Zu klären bleibt aber folgende Passage in den EKKI-Thesen:

„Ohne eine Überwindung der irrtümlichen Seiten des *Luxemburgianertums* ist eine wirkliche Bolschewisierung unmöglich.“

(Ebenda, S. 11, Hervorhebung RF)

Hier sind folgende Probleme angelegt:

Im Grunde ist es wissenschaftlich gesehen ein Unsinn vom „Luxemburgianertum“ oder auch „Luxemburgismus“ zu sprechen. Es handelt sich in der Praxis zunächst um einen Versuch, die Fehler Rosa Luxemburgs in ihrem *inneren Zusammenhang* aufzudecken. Dieses Herangehen ist richtig. Der dafür geschaffene Begriff „Luxemburgianertum“ ist aber mehr als mißverständlich. Er wirft von vornherein ein negatives Bild auf Rosa Luxemburg überhaupt. Indem ein *ideologisches System* behauptet wird, erscheint es nahelegend, daß Rosa Luxemburg als Theoretikern eines angeblich *eigenen Systems* eigentlich außerhalb der Reihen der Marxisten gestellt werden müsse.⁵²

Sicherlich gibt es bei den Fehlern Rosas Zusammenhänge, sie sind nicht isoliert. Sie ziehen ihre Kraft aus dem Sozialdemokratismus, den sie massiv bekämpft, aus dem sie sich aber nicht in allen Fragen lösen können. Rosa Luxemburg selbst hat jedoch *kein* eigenes oder neues System entwickelt, sondern hat auf einigen Gebieten eben den Kautskyanismus nicht überwunden. *Das* aufzuzeigen ist die Aufgabe, nicht aber Rosa zum theoretischen Kopf eines opportunistischen Systems zu stilisieren.

Das Problem war wohl teilweise in der Komintern bewußt, sonst wäre nicht die Rede von der Überwindung „der irrtümlichen *Seiten*“

⁵² Um einen heutigen Bezug zu diesen Überlegungen herzustellen: Wir haben es immer abgelehnt, die Fehler Mao Tse-tungs, die natürlich auch innere Zusammenhänge haben, einfach als „Maoismus“ zu bezeichnen, da damit eine *Urheberschaft* Mao Tse-tungs an der Systematisierung dieser Fehler behauptet worden wäre, obgleich Mao Tse-tung gerade in den Jahren der Kulturrevolution in China Fehler der Vergangenheit korrigiert hat.

des Luxemburgianertums“ gewesen. Durch diese Formulierung wird ausgesagt, daß das sogenannte „Luxemburgianertum“ doch ein *eigenes* Gebäude sei, mit richtigen und falschen Seiten. Dies aber macht die Sache *nicht* klarer, im Gegenteil. Dies ist auch keine bloß formale Frage.

Unter formalen Gesichtspunkten könnte man zwar den „Luxemburgismus“ definieren als die Summe der Fehler Rosa Luxemburgs, die dann von den Feinden der Revolution zu einem System zusammengefaßt worden sind. Dadurch aber, daß man eine solch böse Sache, eben den „Luxemburgismus“, mit dem Namen von Rosa Luxemburg verbindet, wird emotional Rosa Luxemburgs Werk abgewertet und den Opportunisten eine weitgehende Übernahme von Rosa Luxemburg erleichtert, wenn nicht gar erst ermöglicht.

Im Gegensatz dazu muß herausgestellt werden, daß *Opportunisten* sich die *Fehler* Rosa Luxemburgs herausgriffen, übertrieben und ausbauten, um mit dem *Namen* und der *Autorität* Rosa Luxemburgs gegen den *Leninismus* anzugehen. *Diese Leute konstruieren einen „Luxemburgismus“, den es in Wirklichkeit gar nicht gibt, um dieses Konstrukt dem Leninismus entgegenzustellen. Auch gute Kommunistinnen und Kommunisten sollen so ins opportunistische Lager gezogen werden.*

Die Frage muß also aufgeworfen werden, wie man diesen böartigen Opportunisten (damals vor allem Levi und Konsorten) gegenübertritt. Unserer Meinung nach geht es darum, gerade auch die Widersprüchlichkeit im Werk Rosa Luxemburgs herauszuarbeiten. Das bedeutet auch: Dort, wo die Opportunisten versuchen, Fehler Rosa Luxemburgs zu systematisieren, kommt es darauf an, die Fehler Rosa Luxemburgs weitgehend mit den richtigen Ansichten Rosa Luxemburgs zu widerlegen. Das Wort „Luxemburgianertum“ ist dabei mehr Hindernis als Hilfe, denn es begünstigt die *Provokation* der Levi und Co, erweckt trotz aller gegenteiliger Beteuerungen doch den Anschein, als ob man *gegen* Rosa Luxemburg insgesamt kämpfe, erleichtert damit die Demagogie der Opportunisten.

Lenin nennt übrigens ein gewichtiges Argument gegen die These vom „Luxemburgismus“. In seiner Schrift „Über die Junius-Broschüre“ heißt es:

„Die Junius-Broschüre ist im großen und ganzen eine ausgezeichnete marxistische Arbeit, und es ist sehr wohl möglich, daß

ihre Mängel bis zu einem gewissen Grade zufälligen Charakters sind.“

(Lenin, „Über die Junius-Broschüre“, 1916, Werke Band 22, S. 311, Hervorhebungen RF)

Die Praxis Rosa Luxemburgs hat dies eindeutig bestätigt, insofern sie ernsthafte eigene Fehler selbst korrigiert hat (wozu viele ihrer schärfsten Kritiker niemals in der Lage waren!).

III.

Zur Auseinandersetzung in der KPD um die Einschätzung Rosa Luxemburgs (1931 – 33)

P. Langners „Der Massenstreik im Kampfe des Proletariats“ (1931)⁵³

Diese Schrift, auf die Thälmann ein Jahr später in seiner berühmten Rede „Der revolutionäre Ausweg und die KPD“ eingeht, setzt sich in einigen Abschnitten auch ausdrücklich mit den Thesen von Rosa Luxemburg auseinander und kritisiert einige ihrer Fehler. Der Hauptinhalt der Broschüre ist jedoch ein sehr diskutierenswerter und informativer Überblick über die Klassenkämpfe innerhalb Deutschlands seit 1918. Gleich einleitend stellt Genosse Langner klar, was eigentlich das Element der Spontanität in der Arbeiterbewegung ist. Er zitiert Lenin, daß dieses Element der Spontanität in der Arbeiterbewegung im Grunde nichts anderes darstellt als *„die Keimform der Bewußtheit“* (S. 1). Hiermit wird deutlich, daß Langner im großen und ganzen verstanden hat, daß der Kampf nicht gegen die spontane Arbeiterbewegung und nicht gegen die Spontanität geführt werden muß, sondern eben, wie Lenin sagt, gegen die Anbetung der Spontanität. Nicht das Spontane ist schädlich, sondern wenn das Spontane nicht weiterentwickelt wird zur Bewußtheit und Organisiertheit.

⁵³ Sofern nicht anders angegeben stammen alle Seitenangaben in diesem Abschnitt aus: P. Langner: „Der Massenstreik im Kampfe des Proletariats“, Berlin 1931, Nachdruck: Münster 1971

Sehr bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, daß Langner Rosa Luxemburgs Polemik gegen den Verrat am belgischen Generalstreik von 1913 hervorhebt:

„Die revolutionäre Energie der Massen läßt sich nicht auf Flaschen ziehen, und ein großer Volkskampf läßt sich nicht wie eine Militärparade führen. Hier heißt es: entweder – oder. Entweder führt man einen politischen Sturm der Massen herbei, richtiger – da sich ein solcher nicht künstlich herbeiführen läßt – entweder läßt man die erregten Massen im Sturm ausziehen, dann muß alles getan werden, was diesen Sturm unwiderstehlicher, gewaltiger, konzentrierter macht, dann darf man den Sturm nicht, just wenn er losbricht, auf neun Monate vertagen, um ihm inzwischen eine Marschroute vorzubereiten. Oder man will keinen Massensturm – dann ist ein Massenstreik aber im voraus ein verlorenes Spiel.“

(Rosa Luxemburg, „Das belgische Experiment“, 1913, Gesammelte Werke, Band 3, S. 204)

Und weiter:

„Der politische Massenstreik ist eben nicht an sich, abstrakt genommen, ein wundertätiges Mittel. Er ist wirksam nur im Zusammenhang mit einer revolutionären Situation, als Äußerung einer hohen konzentrierten revolutionären Energie der Massen und einer hohen Zuspitzung der Gegensätze. Losgelöst von dieser Energie, getrennt von dieser Situation, verwandelt in ein von langer Hand beschlossenes, pedantisch nach dem Taktstock ausgeführtes strategisches Manöver, muß der Massenstreik in neun Fällen von zehn versagen.

Das Entscheidende in jeder Massenbewegung ist die revolutionäre Energie der Massen und die entsprechende Entschlossenheit und Zielklarheit ihrer Führer. Diese beiden Momente zusammen können unter Umständen die größten materiellen Entbehrungen der Arbeiterschaft unfühlbar machen, über sie hinweg die größten Taten vollbringen. Sie können hingegen nicht umgekehrt durch gefüllte Hilfskassen ersetzt werden.“

(Ebenda, S. 206 bzw. 202)

Hier wird deutlich, daß Rosa Luxemburg nicht den spontanen Kampf anbetet, sondern betont, daß dort, wo die Massen kämpfen, die revolutionären Führungskräfte an die Spitze treten müssen, um mit Zielklarheit und Entschlossenheit den revolutionären Energien

der Massen zum Durchbruch und Erfolg zu verhelfen. An diesen Zitierten wird deutlich, wie entschieden Rosa Luxemburg der pedantischen, auf Abwiegerei abzielenden Projekteschmiederei entgegengetreten ist. Dies geschah sicherlich mit einer Akzentsetzung, die einen revolutionären Plan und eine revolutionäre langfristige Planung nicht nur nicht betont, sondern vermutlich als gar nicht realisierbar ansieht. So sehr also die Stärke in diesen Passagen deutlich wird, sich gegen die Bekämpfung der Spontanität der Massen zu wenden und die spontan kämpfenden Massen gegen die bürokratischen Abwiegler zu verteidigen, so deutlich wird auch, daß die Perspektive einer revolutionären Planmäßigkeit nicht die Akzentsetzung und damit offensichtlich nicht das eigentliche Anliegen von Rosa Luxemburg gewesen ist.

So recht Langner hat, diese ausgezeichneten Passagen Rosa Luxemburgs gegen die planvolle Abwiegerei zu betonen, so sehr kommt aber vielleicht doch die Zwiespältigkeit auch dieser Passagen in der Broschüre Langners zu kurz, was Ernst Thälmann in seiner Kritik andeutete (siehe dazu weiter unten).

Die Schwäche dieser Broschüre liegt allerdings vor allem dort, wo die Kritik an Rosa Luxemburg nicht sehr detailliert, sondern pauschalisierend vorgetragen wird. So heißt es etwa an einer Stelle, ohne wirklich eine Beweisführung anzutreten:

„Diese Auffassung besteht darin, daß die Massen in jedem gegebenen Augenblick von selbst rechtzeitig und richtig handeln.“
(S. 27)

Eine solche Auffassung vertritt Rosa Luxemburg nicht, und eine solche läßt sich nirgends belegen. Sie ist zwar der Meinung, daß die Massen in verschiedenen Augenblicken besser als die revisionistischen sozialdemokratischen Führer gehandelt haben, aber daß sie „in jedem gegebenen Augenblick von selbst rechtzeitig und richtig handeln“, das ist eher eine Karikatur der Ansichten von Rosa Luxemburg als eine wirklich ernsthafte Kritik.⁵⁴

⁵⁴ Genosse Langner geht eigentlich selbst einer gewissen Vorstellung von Anbetung der Spontanität auf den Leim, wenn er etwa im Zusammenhang mit den Manövern der Ebert-Scheidemann-Regierung behauptet, es „ließen sich die Arbeiter in ihrem

Im Grunde schwächt Langner die nachfolgende berechnete Kritik ab, daß der Mangel Rosa Luxemburgs bei ihrer Darstellung der Rolle der Kommunistischen Partei ist, die Bedeutung der Partei als organisierende Kraft nicht wirklich erkannt und deshalb nicht betont zu haben. Der Fehler Rosa Luxemburgs war ihre Vorstellung, und das zitiert Langner an anderer Stelle selbst, daß bei einer richtigen politischen Leitung gewissermaßen von selbst eine technische Leitung entstehe. Bei Rosa Luxemburg heißt es:

„Diese Leitung schlägt von selbst gewissermaßen in technische Leitung um.“

(Rosa Luxemburg, „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“, 1906, Gesammelte Werke, Band 2, S. 133; bei Langner zitiert auf S. 28)

Genau dieses „von selbst“ ist das Problem. Rosa Luxemburg sieht nicht, daß auch die Organisation der Partei und der Massen systematisch und planmäßig vor sich gehen muß. Es bleiben immer noch genügend Elemente, die nicht voraussehbar sind. Um so wichtiger ist es, eine organisatorische Planung in der Partei und in den Massenkämpfen durchzuführen.

Die Broschüre von Langner ist ein wichtiges Dokument in der Debatte über die Einschätzung der Fehler Rosa Luxemburgs. Langners Arbeit ist insbesondere auch ein erster Versuch einer selbstkritischen Analyse der Kämpfe der Arbeiterklasse in Deutschland und der Rolle der KPD bei diesen Kämpfen und wird im Zusammenhang mit dem genauen Studium der Parteitage der KPD und der ZK-Beschlüsse der KPD sowie der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik sicherlich ein wesentliches Dokument für die Einschätzung sein.

Fortsetzung der Fußnote

untrüglichen Klasseninstinkt nicht beirren“ (S. 61). Genau hier wird wieder eine Überschätzung der Bewußtheit der Arbeitermassen in Deutschland sichtbar.

Kritik von Julius Alpari an Kurt Sauerlands unsolidarischer Kritik an Rosa Luxemburg

Julius Alparis „Kritische Bemerkungen zu Kurt Sauerlands ‚Der dialektische Materialismus‘“⁵⁵ (1932) spiegeln eine Diskussion wider, die in der KPD sicherlich für eine gewisse Belebung der theoretischen Debatte gesorgt hat.

Julius Alpari, offensichtlich Mitglied der Kommunistischen Partei Ungarns, antwortete in der „Internationalen Pressekorrespondenz“ auf das Buch von Sauerland⁵⁶. Sich als hundertprozentiger Anhänger Stalins darstellend, wandte sich Sauerland überhaupt dagegen, daß die II. Internationale oder Leute wie Kautsky Verrat geübt hätten. Anhand einer Fülle von in der Tat bösen Passagen von Kautsky aus einer Zeit, als Lenin ihn noch als Marxist einschätzte, versucht Sauerland nachzuweisen, daß Kautsky immer schon Revisionist gewesen sei.⁵⁷ In dieselbe Richtung geht auch seine völlig überzogene Kritik an Mehring, Liebknecht und Luxemburg.

Thälmann bezeichnete das Buch Sauerlands, das in ähnlichen Formulierungen übrigens auch in der Zeitschrift der KPD „Die Internationale“ in Passagen abgedruckt wurde, als einen Skandal⁵⁸. Thälmann kritisierte gleichzeitig auch, daß Genosse Alpari bei seiner Kritik am Sauerland-Buch doch eine Reihe von Kritiken an Rosa Luxemburg und den Linken der Vorkriegssozialdemokratie hätte

⁵⁵ Julius Alpari: „Kritische Bemerkungen zu Kurt Sauerlands ‚Der dialektische Materialismus‘“, 1932/1933, Nachdruck Frankfurt/Main, 1978

⁵⁶ Kurt Sauerland: „Der dialektische Materialismus – schöpferischer oder dogmatischer Marxismus?“, Berlin 1932, Nachdruck Frankfurt/Main, 1978

⁵⁷ Bei Sauerland heißt es etwa:

„Der ‚frühere‘ und der ‚spätere‘ Kautsky ist *ein* Kautsky. Die Legende vom ‚Verrat‘ des einstigen ‚wahren‘ Marxisten hält einer sorgfältigen Analyse nicht stand.“

(Kurt Sauerland, „Der dialektische Materialismus“, a. a. O., S. 126)

⁵⁸ In seiner Rede auf dem Bezirksparteitag Wasserkante der KPD am 4. 12. 1932, zitiert in: Julius Alpari: „Kritische Bemerkungen zu Kurt Sauerlands ‚Der dialektische Materialismus‘“, a. a. O., S.3

schärfer fassen müssen. In der Tat hat dies Genosse Alpari in seiner Antwort, die in drei Nummern der „Internationalen Pressekorrespondenz“ abgedruckt wurde, veranlaßt, nochmals eine Erklärung abzugeben. Er sagt, daß er in seiner Antwort auf Sauerland ab und zu in die aufgestellte Falle hineingetappt sei und angesichts der üblen Passagen von Sauerland Rosa Luxemburg zu weitgehend verteidigt habe. Insofern ist diese ganze Auseinandersetzung sehr wichtig und lehrreich. Es geht eben nicht darum, sich bloß aufzuregen, sondern so präzise wie möglich festzustellen, was wirklich kritisiert werden muß, was unklar ist oder was eindeutig richtig ist. Als seinen Hauptfehler sah Alpari an, daß er die von ihm durchaus festgestellten Fehler Rosa Luxemburgs zuwenig auch auf die subjektive Seite, auf die Ideologie von Rosa Luxemburg, auf ihre Ideen zurückgeführt habe, sondern zu sehr die Verhältnisse in den Vordergrund geschoben habe, ein Umstand, der wirklich nur begrenzt zur Aufklärung der Fehler beiträgt. Insbesondere ist sicherlich richtig, wie Genosse Alpari selbst feststellt, daß er die Debatte zwischen Lenin und Rosa Luxemburg in der Organisationsfrage nicht genügend ausgewertet und die Fehler nicht genau genug wiedergegeben hat, die in der Tat von Lenin gegenüber Rosa Luxemburg festgestellt wurden. Nichtsdestotrotz ist die Entgegnung von Alpari auf Sauerland wesentlich lesenswerter als das Buch Sauerlands. Alpari widerlegt sehr kenntnisreich nicht nur Sauerlands Thesen, sondern gibt auch Einblick in das Denken von Rosa Luxemburg und in die damalige Situation der deutschen Sozialdemokratie.

Die Tatsache, daß Renegaten der KPD wie Levi und die Gründer der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ unter Führung Brandlers hundertprozent das Erbe Rosa Luxemburgs für sich beanspruchten, macht es notwendig, in dialektischer Weise einen richtigen Kampf um das Erbe von Rosa Luxemburg zu führen. Dabei war es unserer Meinung nach falsch, daß Genosse Alpari ebenso wie Thälmann und die Komintern behaupteten, es habe bei Rosa Luxemburg einen „Luxemburgismus“ gegeben.

Thälmanns Stellungnahme 1932

Ernst Thälmann hat ebenfalls Ausführungen zu diesem Thema gemacht. Er stellte klar, daß die KPD gar nicht daran denke, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring und andere den Renegaten vom Schlage der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ zu überlassen:

„Rosa Luxemburg und die anderen gehören zu uns, gehören der Kommunistischen Internationale und der KPD, an deren Gründung sie mitgewirkt haben.“

(Ernst Thälmann, „Der revolutionäre Ausweg und die KPD“, 1932, in: Reden und Aufsätze 1930 – 1933, Köln 1975, S. 440)

Zugleich fordert Thälmann zu Recht die „notwendige Aufklärung unserer Partei über die **Fehler** Rosa Luxemburgs“, fügt dem jedoch hinzu:

„Eine solche Kritik an den Fehlern des Luxemburgismus ist unerläßlich vom Standpunkt der Bolschewisierung der Partei.“

(Ebenda, Unterstreichung RF)

Thälmann führt weiter aus:

„Rosa Luxemburgs Fehler in der Akkumulationstheorie, in der Bauernfrage, in der nationalen Frage, in der Frage des Problems der Revolution, in der Frage der proletarischen Diktatur, in der Organisationsfrage, in der Frage der Rolle der Partei bzw. der Spontaneität der Massen – das alles ergibt ein System von Fehlern, die Rosa Luxemburg nicht zur vollen Klarheit eines Lenin aufsteigen ließen.“

(Ebenda, S. 441)

Alles, was hier im einzelnen gesagt wird, hat seine Berechtigung, doch ungeklärt bleibt, was denn nun eigentlich der „Luxemburgismus“ ist. Thälmann spricht von einem „System von Fehlern“ bei Rosa Luxemburg. Dem steht aber gegenüber, daß er (ähnlich wie die Komintern 1925) eine „Kritik an den Fehlern des Luxemburgismus“ fordert. Letzteres birgt wiederum in sich, daß der „Luxemburgismus“ richtige und falsche Seiten hat.

Thälmann warnt auch vor jedem „Versuch zur Erneuerung des Luxemburgismus“, der unter den nunmehrigen Bedingungen keine Brücke zum Marxismus-Leninismus, sondern nur zur Ideologie der Bourgeoisie bilden könne (ebenda, S. 440). Das wirft allerdings die Frage auf, ob es schon zur Zeit Rosa Luxemburgs so einen „Luxemburgismus“ gegeben habe. Wir meinen, **nein!** Übrigens findet sich auch bei Lenin und Stalin dieser Begriff nicht.

Thälmann meint im Grunde die nicht Rosa Luxemburg anzulastenden Versuche der Opportunisten, aus ihrem Werk gerade die Fehler herauszunehmen und zu systematisieren. Gerade **weil** aber Rosa Luxemburg an einer solchen **Systematisierung** keine Schuld hat und im

Gegenteil gerade in den letzten Jahren selbst begonnen hat, ihre Fehler zu korrigieren, ist der Begriff „Luxemburgismus“ irreführend.

Daß Thälmann aber *nicht* vom selben Schlag ist wie Oelßner, daß es ihm wirklich um die solidarische Kritik an den Fehlern Rosas geht, zeigt sich auch an seiner Kritik am Buch von Langner. Hier führt er einen *Zweifrontenkampf*, der unserer Meinung nach vorbildlich ist. Es ist kein Zufall, daß Oelßner gerade diese Passage von Thälmann nicht zur Geltung kommen läßt:

„Der erste Fehler betrifft die Stellung Rosa Luxemburgs zur Frage des Massenstreiks. Genosse Langner gibt eine völlig ungenügende Kritik der Fehler des Luxemburgismus auf diesem Gebiet, auf der anderen Seite unterschiebt er Rosa Luxemburg Auffassungen, die sie nicht gehabt hat. Die Behauptung z. B., daß nach der Darstellung Rosa Luxemburgs politische Streiks nur aus den ökonomischen Streiks der Arbeiter entstehen, widerspricht der historischen Wahrheit. Gerade in dieser Frage der wechselseitigen Beziehungen der ökonomischen und politischen Streiks erhob sich Rosa Luxemburg während der bekannten Massenstreikdebatte in der deutschen Sozialdemokratie vor allem bis 1910, auf eine ziemlich hohe Stufe revolutionärer Klarheit und näherte sich mehr als in vielen anderen Fragen den klaren Formulierungen Lenins und der Bolschewiki.

Es entspricht nicht unserer Aufgabe, die revolutionäre Bedeutung Rosa Luxemburgs durch ungerechtfertigte Vorwürfe herabzumindern, während man auf der anderen Seite in der Kritik ihrer Fehler große Schwächen zeigt.“

(Ebenda, S. 435)

In der Kritik Thälmanns an Langner in „Die KPD und der revolutionäre Ausweg“ ist also besonders wichtig, daß er Langners Kritik an Rosa Luxemburg in zweifacher Hinsicht zurückweist. Einerseits kritisiert er, daß Rosa Luxemburg übertrieben und falsch kritisiert wird, insbesondere in der Frage des Verhältnisses von ökonomischem und politischem Kampf. Andererseits kritisiert Thälmann aber auch, daß die Geschichte der KPD zu oberflächlich und damit auch die Kritik an Rosa Luxemburg nicht tiefgehend genug vorgetragen wurde. Thälmann tritt hier nachdrücklich für die Verteidigung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als Genossinnen und Genossen der KPD ein, benutzt aber auch den irreführenden Begriff des „Luxemburgismus“.

IV.

Ein abschreckendes Beispiel: Fred Oelßners Machwerk „Rosa Luxemburg“ von 1951

Bei der Auseinandersetzung mit dem Werk Rosa Luxemburgs spielt auch ein Buch von Fred Oelßner (SED) aus dem Jahr 1951⁵⁹ eine größere Rolle. Ohne im einzelnen auf alle Thesen in diesem Buch einzugehen, zeigt sich doch, daß Oelßner sich im Grunde mit äußerst unfairen und unwissenschaftlichen, ja demagogischen Methoden an wirklichen oder angeblichen Fehlern Rosa Luxemburgs „die Schuhe abputzt“. Dies läßt sich sehr deutlich an einem Satz illustrieren. Oelßner behauptet etwa, Rosa Luxemburgs Position sei es gewesen:

„Die objektive Entwicklung ist ihr alles, das subjektive Handeln der Menschen nichts.“

(S. 161)

Statt wirklich Tendenzen bei Rosa Luxemburg in Richtung Spontaneismus aufzudecken, Abweichungen dort, wo sie existieren, solidarisch und korrekt zu korrigieren, wird in starker Weise übertrieben. Die reale Position Rosa Luxemburgs wird *entstellt*, die nichts mit einer solidarischen, dialektisch-materialistischen Kritik zu tun hat, sondern nur etwas über die Charakterlosigkeit von Fred Oelßner aussagt. Die Zitier- und Belegmethode von Oelßner ist wirklich antikomunistisch und unwissenschaftlich, ja wirkt wie eine Karikatur auf eine wissenschaftlich-kommunistische Kritik: gegen alle Regeln der wissenschaftlichen Methodik, oft demagogisch und fälschend.

Um es nicht nur bei starken Worten gegen Oelßner zu belassen, sei hier nur als Widerlegung der obengenannten absoluten Behauptung Oelßners folgende Passage aus Rosa Luxemburgs bekannter Schrift „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ zitiert:

⁵⁹ Sofern nicht anders angegeben stammen alle Seitenangaben in diesem Abschnitt aus: Fred Oelßner, „Rosa Luxemburg – Eine kritische biographische Skizze“, Berlin 1951.

„Die Sozialdemokratie ist die aufgeklärteste, klassenbewußteste Vorhut des Proletariats. Sie kann und darf nicht mit verschränkten Armen fatalistisch auf den Eintritt der ‚revolutionären Situation‘ warten, darauf warten, daß jene spontane Volksbewegung vom Himmel fällt. Im Gegenteil, sie muß, wie immer, der Entwicklung der Dinge *vorausseilen*, sie zu *beschleunigen* suchen.“

(Rosa Luxemburg, „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“, 1906, Gesammelte Werke, Band 2, S. 146; bei Oelßner auf S. 46 zitiert)

In ähnlicher Weise könnte man auf eine Fülle von zum Teil ausgesprochen dümmlichen Kritiken eingehen. Mit an den Haaren herbeigezogenen Einzelbeispielen versucht Oelßner verzweifelt zu belegen, daß es sich bei Rosa Luxemburgs Auffassungen um ein „fehlerhaftes System“ handele.

Hier soll an einigen Beispielen etwas ausführlicher gezeigt werden, mit welch unseriösen, ja böartigen Methoden Oelßner vorgeht. Das trägt allerdings kaum etwas zur Einschätzung von Rosa Luxemburg bei, aber viel zur Klarheit über Fred Oelßner.

In Oelßners Buch gibt es einen Abschnitt mit der Überschrift „Die Spontaneitätstheorie“, in dem folgende längere Passage enthalten ist:

„Es ist von wohlmeinenden, aber nicht rechtschaffenden Biographen geleugnet worden, daß Rosa Luxemburg eine *Spontaneitätstheorie* vertreten hat. Ich glaube schon bisher genügend Beweise angeführt zu haben, aus denen eindeutig hervorgeht, daß Rosa Luxemburg tatsächlich die Spontaneität der Entwicklung als das grundlegende Gesetz ansah. Ich will noch einen weiteren Beweis anführen, der deswegen besonders interessant ist, weil sich Rosa Luxemburg dabei gleichzeitig gegen den Fatalismus verwahrt, der in ihrer Spontaneitätstheorie steckt. Im Jahre 1917 schrieb sie in einem Briefe an Martha Rosenbaum:

„... die Geschichte weiß immer selbst am besten Rat, wo die Sachlage am verzweifeltsten aussieht. Ich rede da nicht etwa einem bequemen Fatalismus das Wort! Ganz im Gegenteil! Der menschliche Wille muß aufs äußerste angestachelt werden, und es gilt, bewußt zu kämpfen aus aller Kraft. Aber ich meine: der Erfolg dieser bewußten Einwirkung auf die Massen hängt jetzt, wo alles so absolut hoffnungslos aussieht, von elementaren, tief verborgenen Sprungfedern der Geschichte ab, und ich weiß aus der geschichtlichen Erfahrung, auch aus persönlicher Erfahrung

in Rußland, daß gerade dann, wenn äußerlich sich alles gänzlich ausweglos und jämmerlich ausnimmt, schon ein völliger Umschwung sich vorbereitet, der dann allerdings um so heftiger ist. Vergessen Sie überhaupt nie: wir sind an geschichtliche Entwicklungsgesetze gebunden und diese versagen *nie*, wenn sie auch manchmal nicht just nach Schema F gehen, das wir uns zu-rechtgelegt haben.'

(Rosa Luxemburg, „Briefe an Freunde“, S. 149)

Untersuchen wir diese Sätze näher. Rosa Luxemburg sagt: Der menschliche Wille muß aufs äußerste angestachelt werden, es gilt, bewußt zu kämpfen aus aller Kraft! Aber wozu diese Anstrengung? Das ist nicht zu sagen, das Ziel kann nicht bewußt festgelegt und angestrebt werden, denn – der Erfolg hängt von elementaren, tief verborgenen Sprungfedern der Geschichte ab! Dem menschlichen Willen kommt also nur die sehr bescheidende Rolle zu, Vollstrecker der von der Geschichte bestimmten Entwicklung zu sein, das Ergebnis des revolutionären Kampfes hängt davon ab, in welche Richtung die verborgenen Sprungfedern der Geschichte ihn schleudern. Handelnde Person der Entwicklung sind nicht die Klassen, nicht die Massen, sondern ist die Geschichte in höchsteigener Person, die selbst immer am besten Rat weiß. Man sage nicht, diese Theorie sei für Rosa nur ein Trost in der Einsamkeit des Gefängnisses gewesen und sei zeitlich begrenzt, da Rosa sie auf die damalige Situation, 'wo alles so absolut hoffnungslos' aussah, beschränkt. Am Schluß der zitierten Stelle sagt sie selbst: vergessen Sie *nie*, wir sind an geschichtliche Entwicklungsgesetze gebunden! Diese ganze Briefstelle gibt in kristallklarer Form die Geschichtsauffassung Rosa Luxemburgs wieder, die eben durch die Anbetung der Spontaneität gekennzeichnet ist.“

(S.200/201)

Es wird deutlich, daß hier der Text nicht analysiert wird und Oelßner frei erfindet, wenn er unterstellt, „das Ziel kann nicht bewußt festgelegt und angestrebt werden“. Das hat Rosa Luxemburg gar nicht gesagt. Ihr Ziel war klar, es war der Kommunismus, der Kampf für die Diktatur des Proletariats. Die bloße, aber im Ton der Empörung vorgetragene Wiederholung, daß der Erfolg von elementaren, tief verborgenen Sprungfedern der Geschichte abhängt, ist keine Kritik.

Mit Sicherheit sind die objektiven Bedingungen für den Erfolg selbstverständlich eine, wenn auch nicht die einzige Bedingung. Die Frage ist doch, um *welchen* Erfolg es geht. Da das von Oelßner mit

seiner unwissenschaftlichen Referiermethode wegoperiert wurde, muß es betont werden: Rosa Luxemburg spricht über den Erfolg der bewußten Einwirkung auf die Massen. Und da hat sie recht. Dieser Erfolg der bewußten Einwirkung auf die Massen hängt in der Tat von der geschichtlichen Situation, von objektiven Bedingungen wie dem Vorhandensein einer revolutionären Situation ab, um eine Revolution nicht nur zu proklamieren, sondern wirklich anzuleiten, zu organisieren und durchzuführen. Oelßners Unterstellung „Handelnde Person der Entwicklung sind nicht die Klassen, nicht die Massen, sondern ist die Geschichte in höchstgelegener Person“, ist eigentlich bodenlos. Es fällt schwer, ernsthaft auf eine solche Unterstellung zu reagieren. Festzuhalten ist: Hier wird nicht kritisiert, was Rosa Luxemburg sagt, sondern was Fred Oelßner Rosa Luxemburg unterstellt.

Fred Oelßner behauptet: „Diese ganze Briefstelle gibt in kristallklarer Form die Geschichtsauffassung Rosa Luxemburgs wieder.“ Das ist in doppelter und dreifacher Hinsicht falsch. Niemand, der die Auseinandersetzung um Rosa Luxemburgs Auffassungen ernst meint, wird sich hinstellen und diese Passage aus einem Brief als „Geschichtsauffassung Rosa Luxemburgs“ bezeichnen. Schließlich handelt es sich hier nicht um ein theoretisches Werk. Auf diese Idee kann nur Fred Oelßner kommen. Es ist ganz klar, daß hier Rosa Luxemburg in einem persönlichen Brief versucht, Zusammenhänge herzustellen zwischen einer scheinbar verzweifelter Lage und der festen Überzeugung, daß durch die gesamte objektive Entwicklung eine revolutionäre Situation auch in einem Land wie Deutschland entstehen wird. Dieser Gedanke, der Inhalt, der Sinn und der Zweck dieser Briefpassage muß jedem deutlich werden, der diese Passage als Revolutionär liest.

Aber auch der Wortlaut des Briefs erlaubt nicht die Kritik, daß Rosa Luxemburg hier die Spontanität anbete. Ganz im Gegenteil betont sie die bewußte Einwirkung auf die Massen und macht klar, daß diese Einwirkung auf die Massen Erfolg haben wird, weil die Geschichte in Richtung proletarischer Revolution marschiert, auch wenn der Schein im Moment dagegen spricht. In „kristallklarer Form“ wird klar, daß Fred Oelßner nicht wirklich in der Lage ist, analytisch zu denken, solidarisch zu kritisieren und mit Unterstellung gegen Rosa Luxemburg arbeitet.

Schließlich ist noch einiges zur Methode Oelßners in der Auseinandersetzung mit Rosa Luxemburg zu sagen. Er analysiert insgesamt

überhaupt nicht, daß Massenkämpfe die Idee der Sowjets hervorgebracht haben, daß Rosa Luxemburg in dieser Hinsicht ganz im Sinne Lenins mit begeisterter Zustimmung über diese Neuschaffung der revolutionären Massen spricht. Und wenn Rosa davon spricht, daß es gilt, diese Leistungen zu verteidigen, dann wird klar, daß sie nicht die Spontanität anbetet, sondern den spontanen Kampf der Massen begeistert unterstützt. Für einen Bürokraten wie Fred Oelßner ist es offensichtlich der schlimmste anzunehmende Unfall in der Geschichte, wenn die Massen selbständig kämpfen, weil die Kommunistische Partei noch zu schwach, noch zu unklar ist, möglicherweise sogar besser als manche Führer der Partei, die gegenüber dem revolutionären Aufschwung der Massenbewegung zurückgeblieben sind und sich nicht auf der Höhe Lenins befanden, wie das zur Zeit 1918 in der KPD weitgehend der Fall war.

Gegen den Bürokraten Oelßner ist es angebracht, ausführlich anzuführen, was Stalin über die diametral entgegengesetzte Haltung Lenins zur spontanen Massenbewegung geschrieben hat:

„Theoretiker und Parteiführer, die die Geschichte der Völker kennen, die die Geschichte der Revolutionen von Anfang bis Ende studiert haben, sind zuweilen von einer peinlichen Krankheit befallen. Diese Krankheit heißt Scheu vor den Massen, Unglaube an die schöpferischen Fähigkeiten der Massen. Auf diesem Boden entsteht manchmal ein gewisser Aristokratismus der Führer den Massen gegenüber, die zwar in der Geschichte der Revolutionen nicht bewandert, aber berufen sind, das Alte niederzureißen und das Neue aufzubauen. Die Furcht, daß das spontane Element entfesselt werden könnte, daß die Massen ‚allzuviel zerstören‘ könnten, der Wunsch, die Rolle eines Schulmeisters zu spielen, der die Massen nach Büchern zu lehren sucht, aber nicht von den Massen lernen will – das ist die Grundlage dieser Art von Aristokratismus.

Lenin war das gerade Gegenteil solcher Führer. Ich kenne keinen anderen Revolutionär, der so fest an die schöpferischen Kräfte des Proletariats und an die revolutionäre Zweckmäßigkeit des proletarischen Klasseninstinkts geglaubt hätte wie Lenin. Ich kenne keinen anderen Revolutionär, der so schonungslos die selbstgefälligen Kritiker des ‚Chaos der Revolution‘ und der ‚Bacchanalien der eigenmächtigen Aktionen der Massen‘ zu geißeln verstanden hätte wie Lenin. Ich erinnere mich, wie Lenin während eines Gesprächs auf die Äußerung eines Genossen, daß

„nach der Revolution die normale Ordnung wiederhergestellt werden muß“, sarkastisch bemerkte: „Es ist schlimm, wenn Menschen, die Revolutionäre sein wollen, vergessen, daß die normalste Ordnung in der Geschichte die Ordnung der Revolution ist.“

Daher Lenins Geringschätzung gegen alle diejenigen, die auf die Massen von oben herabsahen und sie nach Büchern lehren wollten. Daher Lenins unermüdliche Mahnung: Von den Massen lernen, den Sinn ihres Handelns erfassen, die praktische Erfahrung des Kampfes der Massen sorgfältig studieren.

Glaube an die schöpferischen Kräfte – das ist gerade jene Besonderheit im Wirken Lenins, die es ihm ermöglichte, das Walten des spontanen Elements zu erfassen und seine Bewegung in die Bahn der proletarischen Revolution zu leiten.“

(Stalin, „Über Lenin“, 1924, Stalin Werke Band 6, S. 54/55, Hervorhebungen durch uns)

Weiter heißt es dann bei Fred Oelßner:

„Rosa Luxemburg schreibt:

„Wichtig ist auch für die Sozialdemokratie jedesmal nicht das Vorausahnen und Vorauskonstruieren eines fertigen Rezeptes für die künftige Taktik, sondern die lebendige Erhaltung in der Partei der richtigen historischen Wertschätzung für die jeweilig herrschenden Kampfformen, das lebendige Gefühl für die Relativität der gegebenen Phase des Kampfes und für die notwendige Steigerung der revolutionären Momente vom Standpunkt des Endziels des proletarischen Klassenkampfes.“

(Rosa Luxemburg, „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokraten“, 1903/04, Gesammelte Werke, Band 1, 2. Halbband, S. 433; bei Oelßner auf S. 203 zitiert)

Ist es nicht klar, daß eine solche Auffassung das Proletariat dazu verurteilt, auf der Stelle zu treten oder in die Irre zu gehen?

Genosse Stalin lehrt uns aber: „Um... in der Politik nicht fehlzugehen, muß man vorwärts schauen und nicht rückwärts.“

(Ebenda, S. 203)

Es bleibt das Geheimnis von Oelßner, warum die hier zitierte Position von Rosa Luxemburg das Proletariat dazu verurteile, „auf der Stelle zu treten oder in die Irre zu gehen“. Das angehängte Stalin-Zitat ist ebenfalls nur ein Beleg, wie man die Klassiker nicht zitieren soll. Denn Rosa Luxemburg bestreitet hier doch keineswegs allge-

mein, daß mit Hilfe der revolutionären Theorie eine vorausschauende Politik festgelegt werden kann. Sie spricht auch nicht allgemein von den prinzipiellen Grundlagen des Systems der Strategie und Taktik der Kommunistischen Partei. Sie betont hier vielmehr den Aspekt, daß es für die Kommunistische Partei nicht darum gehen kann, im vorhinein Schemata, „Rezepte“ für alle möglichen zukünftigen Wechselfälle zu ersinnen, daß es vielmehr darauf ankommt, stets vorbereitet zu sein, die Taktik in Verbindung mit der realen Entwicklung durchzuführen und voranzuführen. Das ist das gerade Gegenteil von „auf der Stelle treten“.

Auch hier zeigt sich wiederum, daß Oelßners eigene Position dem wissenschaftlichen Kommunismus widerspricht, der – auf der Grundlage prinzipieller Grundlagen – gerade eine lebendige und keine schematisch-verknöcherte Taktik fordert. Oelßner befindet sich jedenfalls in diametralem Gegensatz zu Lenin, der geschrieben hat:

„Welches sind die Grundforderungen, die jeder Marxist bei der Untersuchung der Frage der Kampfformen des stellen muß? Erstens unterscheidet sich der Marxismus von allen primitiven Formen des Sozialismus dadurch, daß er die Bewegung nicht an irgendeine bestimmte Kampfform bindet. Er erkennt die verschiedensten Kampfformen an, und zwar ‚erfindet‘ er sie nicht, sondern faßt nur die im Verlauf der Bewegung von selbst entstehenden Formen des Kampfes der revolutionären Klassen verallgemeinernd zusammen, organisiert sie und verleiht ihnen Bewußtheit. Der Marxismus lehnt alle abstrakten Formeln, alle doktrinären Rezepte entschieden ab und fordert ein aufmerksames Eingehen auf den sich tatsächlich abspielenden Massenkampf, der mit der fortschreitenden Entwicklung der Bewegung, mit dem wachsenden Bewußtsein der Massen, mit der Verschärfung der ökonomischen und politischen Krisen immer neue und mannigfaltigere Methoden der Verteidigung und des Angriffs hervorbringt. ... Der Marxismus *lernt* in dieser Beziehung, wenn man sich so ausdrücken darf, aus der Massenpraxis und ist weit davon entfernt, darauf Anspruch zu erheben, die Massen Kampfformen zu *lehren*, die von Stuben’systematikern‘ ertüfelt werden.“

(Lenin, „Der Partisanenkrieg“, 1905, Lenin Werke Band 11, S. 202/203)

Rosa Luxemburg äußerte sich nach der ersten russischen Revolution in ihrer Broschüre über den Massenstreik wie folgt:

**„Gerade während der Revolution ist es für irgendein leitendes Organ der proletarischen Bewegung äußerst schwer, vorauszu-
sehen und zu berechnen, welcher Anlaß und welche Momente zu
Explosionen führen können und welche nicht. Auch hier besteht
die Initiative und Leitung nicht in dem Kommandieren aus frei-
en Stücken, sondern in der möglichst geschickten Anpassung an
die Situation und möglichst engen Fühlung mit den Stimmungen
der Masse.“**

(Rosa Luxemburg, „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“, 1906, Gesammelte Werke, Band 2, S. 132; bei Oelßner auf S. 204/205 zitiert)

Oelßner, der diese Passage zitiert, antwortet:

„Diese Darstellung entspricht nicht den Lehren der russischen Revolution von 1905. Die Bolschewiki zogen aus den Erfahrungen der Revolution den genau entgegengesetzten Schluß: daß die Revolution nicht siegen konnte, weil die Arbeiterklasse noch nicht in *einer* revolutionären Partei zusammengeschlossen war.“

(Ebenda, S. 205)

Die Passage Rosa Luxemburgs wird offensichtlich entstellt. Denn Rosa Luxemburg geht es darum, daß man außerhalb einer revolutionären Situation etwa den bewaffneten Aufstand nicht organisieren kann und daß es sehr schwierig ist, wie Lenin auch in „Was tun?“ betont hat⁶⁰, den Anlaß und den Moment der Explosion vorherzuahnen. Deshalb hätte man an dieser Stelle möglicherweise die Akzentsetzung bei Rosa Luxemburg, aber nicht den Wortlaut kritisieren können. Ganz anders antwortet Lenin auf die Frage, daß es sehr schwer ist, die Explosionen vorherzusehen. Er betont, daß dies stimmt, daß aber die gut organisierte und bewußte Kommunistische Partei um so besser auf diese Möglichkeit vorbereitet ist, je klarer und deutlicher im ganzen Land eine tatsächlich leitende Zentrale geschaffen wurde.

Abschließend muß noch ein Punkt angesprochen werden, der auf die politische, ideologische und moralische Position Oelßners ein weiteres bezeichnendes Licht wirft.

Bert Brecht formulierte folgende Grabinschrift für Rosa Luxemburg:

⁶⁰ Vgl. Lenin, Was tun?, Werke Band 5, S. 534 - 537.

Hier liegt begraben
Rosa Luxemburg
Eine Jüdin aus Polen
Vorkämpferin deutscher Arbeiter
Getötet im Auftrag
Deutscher Unterdrücker. Unterdrückte
Begrabt eure Zwietracht!⁶¹

Die Tatsache, daß der Antisemitismus mit seiner gesamten geschichtlichen Realität des Völkermords im Nazifaschismus von Fred Oelßner nach 1945 gar nicht realisiert wurde, daß er vielmehr die Betonung der jüdischen Herkunft von Rosa Luxemburg eher als wegzudrängende peinliche Angelegenheit behandelt, soll kurz nachgewiesen werden. Es heißt in seinem Buch:

„Rosas Vater war ein jüdischer Kaufmann, der im Gegensatz zu den meisten Juden polnischer Kleinstädte der damaligen Zeit die Enge des Gettos und des orthodoxen jüdischen Glaubens überwunden hatte und zu liberalen Anschauungen neigte. In der Familie wurde nicht das unter den osteuropäischen Juden weitverbreitete 'Jiddisch', sondern polnisch gesprochen. Die Mutter war eine feinsinnige, kulturell hochstehende Frau, die besonders starken Einfluß auf die Kinder hatte.“

(S. 9)

Es lohnt sich, diese Zeilen genauer anzuschauen. Erstens muß festgestellt werden, daß viele Juden polnischer Kleinstädte, die „Enge des Gettos“ nicht überwinden konnten, weil sie aus sozialen Gründen an dieses Getto gebunden waren, durchaus große revolutionäre Kämpferinnen und Kämpfer geworden waren. Die Tatsache, daß in der Familie Luxemburg nicht jiddisch, sondern polnisch gesprochen wurde, wird von Oelßner im engen Zusammenhang damit zitiert, daß die Mutter „eine feinsinnige und kulturell hochstehende Frau“ war, was nicht bestritten werden soll. Aber es wird für den sensiblen Leser vielleicht doch deutlich, daß Oelßners enge Zusammenfügung der Gegensätze zwischen engem Getto, orthodoxem jüdischen Glauben,

⁶¹ Bert Brecht, Gesammelte Werke Band 10, Frankfurt/Main, 1967, S. 938

zwischen hier jiddischer Sprache auf der einen Seite und der polnischen Sprache und der Gleichsetzung des Polnischen mit „kulturell hochstehend“ auf der anderen Seite, nicht gerade eine Liebeserklärung an die Arbeiterinnen und Arbeiter des Gettos enthält, die jiddisch sprachen. Es ist wahr, daß Rosa Luxemburg keinen systematischen Kampf gegen den Antisemitismus etwa in der deutschen Sozialdemokratie geführt hat. Es ist auch wahr, daß die jüdische Herkunft von Rosa Luxemburg sowohl bei der Konterrevolution als auch bei üblen, in der Sozialdemokratie existierenden opportunistischen Kräften immer wieder eine Rolle gespielt hat.

Bekannt ist die Passage Rosa Luxemburgs in einem Brief an Mathilde Wurm:

„Was willst Du mit den speziellen Judenschmerzen? Mir sind die armen Opfer der Gummipflanzungen in Putumayo, die Neger in Afrika, mit deren Körper die Europäer Fußball spielen, ebenso nahe.“

(Zitiert nach Oelßner, S. 13)

Was sagt nun diese Passage. Es heißt überhaupt nicht, daß Rosa Luxemburg sich entsolidarisiert mit den unterdrückten jüdischen Arbeiterinnen und Arbeitern in Polen, die keinesfalls nur unter den Kapitalisten, sondern auch unter dem Antisemitismus der zaristischen Pogrome litten. Sie betont nur, daß sie proletarische Internationalistin ist, daß sie über ihre eigene Biografie, über ihre jüdische Herkunft, nicht vergißt, wie die das Kapital mit den unterdrückten Völkern umgegangen ist und umgeht. Sie betont gegen den europäischen Chauvinismus in hervorragender Weise die Brutalität des deutschen Imperialismus, sie polemisiert also gegen eine Verdrängung der weltweiten Verbrechen des Imperialismus und eine Reduzierung allein auf die „speziellen Judenschmerzen“.

Diese Passage nach 1945 zu zitieren und dagegen zu polemisieren, daß Rosa Luxemburg auch als Jüdin einer besonderen Unterdrückung durch den Zarismus ausgesetzt war, ist schon eine gehörige Unverfrorenheit. Nach 1945 zu zitieren „Was willst Du mit den speziellen Judenschmerzen?“ und dies in Deutschland zu verbreiten, ist angesichts der Dimension des nazistischen Völkermords an der jüdischen Bevölkerung unerträglich.



Der ganze Tonfall von Fred Oelßner gibt Anlaß, über die Atmosphäre in der SED zu reden. Wenn eine Kommunistische Partei auf der ganzen Welt Anlaß zu Bescheidenheit gehabt hat, eine Eigenschaft, die jeden kommunistischen Kader auszeichnen sollte, dann die Kommunistische Partei in Deutschland. Aus jeder Zeile quillt bei Fred Oelßner eine unerträgliche Arroganz, eine Besserwisserei, die vollständig unangebracht ist.

Die Zuneigung zu Rosa wirkt geheuchelt, eiskaltes, teils unverfrorenes, dummes Geschreibe wird eingepackt in Klassiker-Zitate. Von anderen übernommene, durchaus richtige Gedanken werden aber in einer Form präsentiert, die nur als **Provokation** bezeichnet werden kann. Und hier ist eine Falle, die bewußt sein muß: Die provokative Kritik und Verleumdung Fred Oelßners reizt dazu, Rosa Luxemburg zu 100 Prozent gegen diesen bürokratisch-nationalistischen Provokatur zu verteidigen, die natürlich mit ihren revolutionären Verdiensten weit über Fred Oelßner steht, der sich aber aufspielt, als wäre Rosa einige Kategorien unter seiner Hoheit angesiedelt.



In diesem Zusammenhang ist es wichtig, abschließend nochmals auf die Einschätzung der Debatten zwischen Lenin und Rosa Luxemburg vor allem zur Organisationsfrage zurückzukommen.

Es gibt bekanntlich eine Reihe von Passagen und Zitaten von Rosa Luxemburg, die sich direkt gegen Lenin richten. Dabei gibt es besonders in der Polemik gegen Lenins Organisationsvorstellungen eine Besonderheit, die man genau verstehen muß, um nicht in diverse aufgestellte Fallen zu tappen. Es muß nämlich nicht so sehr geklärt werden, **daß** Rosas Polemik gegen Lenin falsch ist, sondern **inwiefern** und **warum**.

An die Adresse Lenins gerichtet polemisierte Rosa Luxemburg gegen die Vorstellung einer „Unfehlbarkeit des allerbesten Zentralkomitees“ und entwickelte dagegen, daß Fehler, welche die Massen im Kampf begehen, auch wichtige Lehren bereithalten. An diesen Ausführungen Rosa Luxemburg muß das Element der Demagogie, der Unterstellung **Lenin** gegenüber kritisiert werden, denn Lenin ging nie von einem unfehlbaren ZK aus. Die Polemik Rosa Luxemburgs da-

gegen war unsinnig und falsch, war geprägt von halbmenschewistischen Vorurteilen gegenüber Lenin und den Bolschewiki.

Lenin selbst stellt klar, daß Rosa Luxemburg in Wirklichkeit **nicht gegen ihn** und **seine** Ansichten polemisiert. Insofern nützt es nicht nur nichts, sondern wird in der Regel völlig falsch, wenn solche Passagen und Zitate von Rosa Luxemburg unter das Schwert von bürokratischen Kritikern fallen. Denn diese decken nicht **den** Mechanismus auf, daß Lenin bestimmte bürokratische Auffassungen unterstellt werden, um dann gegen diese Windmühlen zu kämpfen, sondern machen sich mit besonderem Eifer daran, die inhaltlichen Positionen von Rosa Luxemburg einer **falschen** Kritik zu unterziehen. Denn was Rosa Luxemburg inhaltlich ausführt, kann oft vielleicht als trivial oder selbstverständlich bezeichnet werden, falsch ist es häufig nicht.

Wenn diese Polemik nun Lenin wirklich nicht trifft, so ist es interessant, daß sich doch ein „getroffener Hund“ meldet, der „bellt“. Die Auffassung in der SED, „die Partei, die Partei hat immer recht“, geht ja nun wirklich in die grundfalsche antileninistisch-bürokratische Richtung von der „Unfehlbarkeit des allerbesten Zentralkomitees“, die Rosa Luxemburg aufs Korn genommen hat – und prompt „bellt“ Fred Oelßner für die SED, daß Rosa Luxemburg angeblich überhaupt Disziplin und Organisation ablehne.

Es stellt sich das geschichtliche Kuriosum heraus, daß die ganz falsche Kritik von Rosa an Lenin doch nicht ganz so falsch ist, nämlich gegen die bürokratischen Ansichten so mancher SED-Führer - und das ist kein Zufall.

Rosa Luxemburg hatte ja immer die oberbürokratisch-reaktionäre SPD-Zentrale vor Augen, die in ihrer preußischen Selbstgerechtigkeit revolutionäre Initiativen von unten systematisch abwürgte. Ihr ganzes Leben war ein Kampf gegen diese auch schon vor dem offenen Verrat feststellbare sozialdemokratisch-bürokratische Haltung. Eine solche bürokratische Haltung Lenin zu unterstellen, war absurd. Vor lauter Wut auf die SPD-Zentrale sah Rosa Luxemburg hier nicht richtig.

Rosa Luxemburg bekämpfte vehement den Rechtsopportunismus, den Formalismus und Bürokratismus, den Nationalismus und Chauvinismus, wie er sich bei Kautsky und Konsorten zeigte. In diesem Kampf gab es manche Übertreibung, theoretische Ungenauigkeiten, aber es gibt in erster Linie auch in wichtigen Fragen trotz aller Wut

noch Halbheiten, was die Radikalität und Grundsätzlichkeit der Kritik betrifft. Das Paradoxe ist insofern, daß die Ansichten von Rosa Luxemburg, die mit einem gerechten und unbändigen Haß gegen die opportunistische Strömung in der deutschen Sozialdemokratie gekämpft hat, keineswegs frei sind vom Sozialdemokratismus.

Aber gegen die in der Tradition deutsch-preußischer „Ordentlichkeit“ stehenden revisionistischen SED-Führer erzielt Rosa Luxemburg noch im nachhinein so manchen Treffer.

Literaturhinweise

In erster Linie müssen die *Originaldokumente* studiert werden. Nach den in der Anfangszeit der DDR erschienenen ausgewählten Schriften existieren heute folgende *Schriften von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht*:

- Rosa Luxemburg, „Gesammelte Werke“, Ausgabe in 5 Bänden, Berlin (DDR), 1987
- Rosa Luxemburg, „Gesammelte Briefe“, Ausgabe in 5 Bänden, Berlin (DDR), 1984
- Karl Liebknecht, „Gesammelte Reden und Schriften“, Ausgabe in 9 Bänden, Berlin (DDR), 1982

Weitere wesentliche Schriften sind die Dokumente des Spartakusbundes und der jungen KPD:

- „Spartakusbriefe“, Nachdruck, Berlin (DDR), 1958
- „Protokoll des Gründungsparteitages der KPD 1918“, Berlin (DDR), 1985
- „Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands – (Spartakusbund) 1918“ Nachdruck: Buchladen Georgi Dimitroff, Frankfurt, 1991

Sehr gründlich müssen zudem *wichtige Schriften Lenins und Stalins zu Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht* studiert werden:

- Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück – Eine Antwort N. Lenins an Rosa Luxemburg“, 1904, Werke Band 7, Berlin (DDR), 1956, S. 480-491
- Lenin, „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, 1914, Werke Band 20, Berlin (DDR), 1961, S. 395-461
- Lenin, „Über die Juniusbroschüre“, 1916, Werke Band 22, Berlin (DDR), 1960, S. 310-325

- Stalin, „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus“, 1931, Werke Band 13, Dortmund 1976, S. 76-91

Für die weitere Arbeit ist die Aufarbeitung der Debatte über Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in der Geschichte der KPD unumgebar. Dabei stechen als qualifizierte Stellungnahmen *wichtige Einschätzungen Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts durch die KPD* hervor:

- Clara Zetkin, „Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht“, Februar 1919, Ausgewählte Reden und Schriften, Band II, Berlin (DDR), 1960, S. 75-92
- Clara Zetkin, „Revolutionäre Kämpfe und revolutionäre Kämpfer 1919“, Januar 1920, Ausgewählte Reden und Schriften, Band II, Berlin (DDR) 1960, S. 147-181
- Clara Zetkin, „Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution“, 1922, Ausgewählte Reden und Schriften, Band II, Berlin (DDR), 1960, S. 383-475
- Ernst Thälmann, „Der revolutionäre Ausweg und die KPD“, 1932, Auswahl der Reden und Schriften, Band III, 1930-1933, Stuttgart 1977, S. 272-273 und 278-279
- Ernst Thälmann, „9. November 1918 – die Geburtsstunde der deutschen Revolution“, 1928, Reden und Aufsätze, Band II/1, 1970, S. 9-15

Die internationale Bedeutung der *Debatte über Rosa Luxemburg* spiegelt sich auch *in der Kommunistischen Internationale* wider:

- „Thesen über die Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien“, 5. Tagung des erweiterten Exekutivkomitees der Komintern, 1925, ibs. Abschnitt „VIII. Die Bolschewisierung und einige theoretische Fehler im Lager der Kommunisten (insbesondere die Fehler der Luxemburgianer)“, zitiert nach „Die Komintern in Thesen, Beschlüssen und Aufrufen“, Band 2, Verlag Olga Benario und Herbert Baum 1998.

Von den *wichtigen Einschätzungen in den ersten Jahren der SED* muß sehr kritisch betrachtet werden:

- Wilhelm Pieck, „Vorwort“ zu „Rosa Luxemburg – Ausgewählte Reden und Schriften“, I. Band, Berlin (DDR), 1951, S. 5-16

- Fred Oelßner, „Rosa Luxemburg – eine biographische Skizze“, Berlin (DDR), 1951

An *bürgerlichen bzw. bürgerlich-revisionistischen Einschätzungen* sind noch zu erwähnen:

- Paul Frölich, „Rosa Luxemburg – Gedanke und Tat“, 1939, Ausgabe Hamburg, 1949
- Annelies Laschitzka, Günter Radczun, „Rosa Luxemburg – Ihr Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung“, Frankfurt am Main, 1971
- Heinz Wohlgemuth, „Karl Liebknecht – Eine Biographie, Berlin (DDR), 1975
- Frederik Hetmann, „Rosa L. – Die Geschichte der Rosa Luxemburg und ihrer Zeit“, Frankfurt am Main, 1989
- Kristine von Soden (Hrsg.), „Zeitmontage: Rosa Luxemburg“, Berlin, 1988
- Margarethe von Trotta, Christiane Ensslin, „Rosa Luxemburg – Das Buch zum Film“, Nördlingen, 1986

Inhalt

Vorbemerkung	3
Zum Programm der KPD	7
Auf dem Weg zur Gründung der KPD – Der Kampf von 1914 bis 1918	10
Die Herausbildung der „Gruppe Internationale“ im Kampf gegen die Sozialchauvinisten	10
Die Entfaltung eigenständiger revolutionärer Massenagitation und Aktionen	12
Der Bruch mit dem Opportunismus und die Gründung der KPD	15
Die grundlegenden marxistischen Programmpunkte im Programm der KPD	21
Entweder Fortdauer des Kapitalismus, neue Völkermorde oder Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung	22
Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein	23
Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg. Die Diktatur des Proletariats ist die wahre Demokratie	26
Die Kommunistische Partei ist der zielbewußteste Teil des Proletariats	30
Dokument: Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands	35
Kritiken und Diskussionspunkte zum Programm der KPD	49
Die Notwendigkeit der Zerschlagung des alten bürgerlichen Staatsapparats wird nicht klar herausgestellt	50
Die Abgrenzung vom Konzept des individuellen Terrors ist mißglückt	52

Die Solidarität mit dem Kampf der vom deutschen Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Völkern wird nicht angesprochen	55
Falsche und unklare Aussagen zur Frage der Verbündeten des Proletariats in der sozialistischen Revolution	57
Der Kommunismus als Endziel der proletarischen Revolution wird im Programm nicht erwähnt	62
Die Rolle der Partei als Vortrupp des Proletariats in der proletarischen Revolution wird unzureichend behandelt	64
Weitere Fehler	66
Unterschätzung der Möglichkeiten der Bourgeoisie, auch aus tiefsten Krisen noch einen Ausweg zu finden	66
Auch die proletarischen Frauen müssen sich bewaffnen und Teil der Arbeitermiliz des proletarischen Staates werden	67
Die Losung „Sozialisierung der Gesellschaft“ – ein sozialdemokratisches Überbleibsel	68
Zusammenfassung	69

Den Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für die proletarische Revolution und den Kommunismus weiterführen!

71

Stationen und Positionen des revolutionären Kampfes von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

72

Gegen Reformismus – für Revolution	72
Gegen den verdamnten revisionistischen Aberglauben an die „Demokratie“	74
Kampf statt Ermattung	75
Für den proletarischen Internationalismus – Kampf gegen die Verbrechen der deutschen Imperialisten an den unterdrückten Völkern und gegen den deutschen Chauvinismus	76
Kampf gegen den imperialistischen Krieg	79
Rosa Luxemburg und Lenin im gemeinsamen Kampf	79
Gegen die „patriotische Rattenfängerei“	80
„Der Hauptfeind steht im eigenen Land“	80

Der Kampf gegen den Imperialismus ist vom Kampf gegen den Opportunismus nicht zu trennen	81
Lenin über Karl Liebknecht 1919	83
Der 1. Mai 1916 – Demonstration gegen den Krieg	83
Lenin über die revolutionären Taten der deutschen Linken 1917	85
Vorhut des Proletariats in der Revolution 1918/19 in Deutschland	84
Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland	86
Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – begeisterte Anhänger der sozialistischen Oktoberrevolution	87
Warum die Novemberrevolution eine bürgerliche Revolution war	89
Kampf für die Weiterführung der Novemberrevolution zur proletarischen Revolution	94
Zur Münchner Räterepublik April 1919	98
Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Auftrag der SPD-Regierung	100
Vertreter des westdeutschen Imperialismus ehren die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht	100
SPD-Noske: „Einer muß der Bluthund werden!“	102
Öffentliche Mordhetze	103
Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht unter dem Oberbefehl Noskes	105
Die SPD-Regierung läßt die Morde ungesühnt	106
Lenin zur Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg	107
Zur Einschätzung Rosa Luxemburgs durch Lenin und Stalin	108
Trotz all ihrer Fehler war und bleibt Rosa Luxemburg eine große Kommunistin	110
Die Polemik zur Organisationsfrage (1904)	112
Lenins Kritik an Rosa Luxemburgs Haltung zum Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen (1914)	114
Lenins Einschätzung der „Junius-Broschüre“ (1916)	118
Warnung Lenins vor Zugeständnissen an den deutschen Chauvinismus	119

Die Leugnung nationaler Kriege in der Epoche des Imperialismus kann zu chauvinistischer Gleichgültigkeit gegenüber nationalen Befreiungsbewegungen führen	120
Die Losung der „großdeutschen Republik“ in der Epoche des Imperialismus leistet dem deutschen Chauvinismus Vorschub	121
Kritik am inkonsequenten Kampf und zu spätem Bruch mit dem ganzen opportunistischen Sumpf	123
Stalin zur Unterstützung der Menschewiki durch Rosa Luxemburg 1904	126
Stalin zu Rosa Luxemburgs Haltung zur Linie der Bolschewiki in der russischen Revolution 1905	126
Stalin zu Rosa Luxemburgs Ablehnung des Rechts der unterdrückten Nationen auf Lostrennung und Bildung selbständiger Staaten	128
Die falschen Freunde von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bekämpfen!	133
„Durch Milde töten“	134
Rosa Luxemburg wird entgegen der geschichtlichen Wahrheit als Gegnerin des bewaffneten Kampfes dargestellt	135
Rosa Luxemburg wird als lammfromme Kritikerin der Sozialdemokratie dargestellt	137
Rosa Luxemburg – Eine Anbeterin der Spontaneität?	138
Bewußte Disziplin kontra Kadavergehorsam	140
„Freiheit der Andersdenkenden“ heißt nicht Freiheit für die Konterrevolutionäre	141
Anhang	149
Stationen im Leben von Rosa Luxemburg	149
Stationen im Leben von Karl Liebknecht	154
Diskussionsbeitrag zu einigen Fragen der Einschätzung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht	159
I. Zu einigen Debatten und Fragen auf dem Gründungsparteitag der KPD	160

Zur Debatte über die Frage des Terrors als proletarisches Kampfmittel	160
Die Räteform garantiert noch nicht den sozialistisch-proletarischen Inhalt	166
Zur Einschätzung der Verbündeten des Proletariats auf dem Land	167
Offene und öffentliche Debatte der Widersprüche – ein bolschewistisches Merkmal der KPD von Anfang an	168
Zur Frage des Zentralismus	168
Die Frage der Konspiration	170
II. Die Kommunistische Internationale 1925 zur Einschätzung Rosa Luxemburgs	171
Warum der Begriff „Luxemburgismus“ abgelehnt werden muß	172
III. Zur Auseinandersetzung in der KPD um die Einschätzung Rosa Luxemburgs (1931 – 33)	175
P. Langners „Der Massenstreik im Kampfe des Proletariats“ (1931)	175
Kritik von Julius Alpari an Kurt Sauerlands unsolidarischer Kritik an Rosa Luxemburg	179
Thälmanns Stellungnahme 1932	180
IV. Ein abschreckendes Beispiel: Fred Oelßners Machwerk „Rosa Luxemburg“ von 1951	183
Literaturhinweise	196

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Marx/Engels:

„Manifest der Kommunistischen Partei“

Preis 15,- DM